COMPARATIV

Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung

Veröffentlicht vom

Interdisziplinäres Zentrum

zur vergleichenden Erforschung gesellschaftlicher Transformationen (IZT) i.G. an der
Universität Leipzig und der Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig e. V.

Wissenschaftlicher Beirat:

Llouis Roura Aulinas, Barcelona • Hans-Joachim König, Eichstätt • Wolfgang Küttler,
Berlin • Guy Lemarchand, Rouen • Hans-Jürgen Lüsebrink, Passau • Magnus Mörner,
Göteborg • Edoardo Tortarolo, Turin • Michel Vovelle, Paris

Redaktion:

Maria Bude, Dorothea Ernst, Manfred Kossok, Editha Kroß, Katharina Middell,
Matthias Middell, Rolf Müller-Syring, Michael Zeuske

Anschrift der Redaktion:

Interdisziplinäres Zentrum zur vergleichenden Erforschung gesellschaftlicher
Transformationen (IZT) i.G.

Universität Leipzig

Augustusplatz 9 • 7010 Leipzig • Tel. 719 2281

Hefproduktion:

Verlagsbüro Pauselius, Leipzig

Bezugsbedingungen:

Die Zeitschrift erscheint viermal jährlich mit einem Umfang von ca. 120 Seiten.

Einzelheftpreis 9,80 DM; Jahresabonnement 37,- DM;

Studentenabonnement 29,40 DM (jeweils incl. Mehrwertsteuer);

Abonnement für Mitglieder der

Karl-Lamprecht-Gesellschaft 33,- DM (im Mitgliedsbeitrag enthalten).

Bestellungen direkt an die Redaktion erbeten.

COMPARATIV

**Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung
Heft 2 (1991)**

Lateinamerika – Vom Reformkolonialismus zur Unabhängigkeit

Herausgegeben von Michael Zeuske

ISSN-Nr. 0940 – 3566

Inhalt	Seite
Editorial	6
Aufsätze	
<i>Manfred Kossok</i> Alternativen gesellschaftlicher Transformation in Lateinamerika: Die Unabhängigkeitsrevolutionen von 1790 bis 1830. Eine Problemskizze	9
<i>Bernd Schröter/Michael Zeuske</i> Transformation, Widerstand und Volksbewegungen in Spanisch-Amerika: Vom „bourbonischen Jahrhundert“ zur Unabhängigkeit	26
<i>Horst Pietschmann</i> Betrachtungen über Protoliberalismus, bourbonische Reformen und Revolution. Neu-Spanien im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts	50
Mitteilungen und Berichte	
Der Einfluß Iberoamerikas auf die Kultur Europas in der frühen Neuzeit (<i>M. Zeuske</i>)	72
Problemfeld Globalgeschichte (<i>M. Kossok</i>)	74
Medien/Revolution/Historie (<i>M. Middell</i>).	75
100 Jahre Französische Revolutionsgeschichte an der Sorbonne (<i>M. Middell</i>)	75
Forschungszentrum für vergleichende Geschichte sozialen Wandels an der Universität Rouen (<i>M. Middell</i>)	76
Akademisches Leben (<i>B. Schröter; V. Külow</i>)	77
Buchbesprechungen	78
• A. W. Crosby, Die Früchte des Weißen Mannes. Ökologischer Imperialismus 900-1900, Frankfurt/New York: Campus Verlag 1991 (<i>M. Zeuske</i>)	
• M. Artola (Hrsg.), Las Cortés de Cádiz, Madrid: Closas-Orcoyen S.L. 1991 (<i>M. Kossok</i>)	
• E. Pelzer, Der elsässische Adel im Spätfeudalismus. Tradition und Wandel einer regionalen Elite zwischen dem Westfälischen Frieden und der Revolution (1648-1790), München: R. Oldenbourg Verlag 1990 (<i>K. Middell</i>)	
• H.-Ch. Harten, Elementarschule und Pädagogik in der Französischen Revolution, München: R. Oldenbourg Verlag 1990 (<i>M. Middell</i>)	
• P. Chaunu/G. Duby/J. Le Goff/M. Perrot, Leben mit der Geschichte. Vier Selbstbeschreibungen, hrsg. von P. Nora, Frankfurt/M.: S. Fischer 1989 (<i>S. Sammler</i>)	
• Wolfgang Schwanitz (Hrsg.), Berlin-Kairo: Damals und heute. Zur Geschichte deutsch-ägyptischer Beziehungen, Berlin: 1991 (<i>R. Müller-Syring</i>)	
• BBC WORLD NEWS 1990, Jahrbuch für internationale Politik, hrsg. v. Werner Kastor, Leipzig: Reclam-Verlag 1991 (<i>G. Diesener</i>).	

Variationen eines Themas: die Transformation in Spanisch-Amerika

Neben der Geschichte der Conquista ist die Unabhängigkeitsbewegung in Spanisch-Amerika inzwischen zu einem traditionellen Thema der Historiographie avanciert. Ähnlich verhält es sich mit der Erforschung der „bourbonischen Reformen“, die ein bevorzugtes Untersuchungsgebiet v.a. für spanische, englische und nordamerikanische Historiker abgeben. Im vorliegenden Heft wird dieses Problemfeld in einer neuen Perspektive - universalhistorisch - und mit einem neuen Paradigma - der Transformation - als Variation traditioneller Themata behandelt.

Seit den Versuchen, das Sowjetimperium über eine *Perestroika* zu reformieren, und als Folge der abrupten Veränderungen im einstigen „Ostblock“ ist die „Transformation großer gesellschaftlicher Systeme“ wieder massiv in das Blickfeld der Geistes- und Sozialwissenschaften gerückt. Historiker verstehen *Transformation* gewiß als einen Bestandteil des historischen Wandels, allerdings als einen qualitativ deutlich herausgehobenen Abschnitt geschichtlicher „Entwicklung“. Es muß nicht erst auf die „Rückkehr des Politischen“ verwiesen werden, wenn bei der historischen Analyse der Transformation in Spanisch-Amerika v.a. nach Gruppen und Individuen gefragt wird, Menschen also, die den Gestaltwandel, der aneh für die Zeitgenossen erkennbar und notwendig geworden war, vollzogen und aktiv beeinflussten.

Transformation - oder der aktivere Begriff Transformierung - wird in diesem Heft verstanden als politische Steuerung sozialer, ökonomischer, kultureller und politischer Prozesse zunächst über eine zentralistisch angelegte imperiale Reform (*bourbonische Reformen*) „von oben“, dann mit den Mitteln der Hegemonisierung eines ganzen Ensembles regionaler Antworten, d.h. einer Revolutionierung „von unten“. Das auslösende Moment des Umschlags vom reformerischen in das revolutionäre Stadium der Transformation stellte der Hegemonie- und Legitimationskonflikt zwischen den metropolitane gebundenen spanischen und den spanisch-amerikanischen Eliten (*Juntabewegung*) dar. Die Transformation in Spanisch-Amerika läßt sich chronologisch auf die Jahrzehnte zwischen 1760 und 1830 eingrenzen. Dabei markieren die Jahre der politischen Wirksamkeit des Indienministers José de Gálvez (vgl. den Beitrag von Horst Pietschmann) den Höhepunkt des metropolitane reformerischen Stadiums, und die Jahre zwischen 1810 und 1820 den Höhepunkt der revolutionären Etappe der Transformation.

Mit der Übernahme des Thrones durch die Bourbonen kehrte in Spanien tiefe Betroffenheit über die Krise der einstigen Weltmacht ein; in einer zweiten Etappe bis Mitte des 18. Jh. wurde sie durch den historischen Optimismus des „proyectismo“ abgelöst. Vereinfacht und im Sinne der Systemtheorie formuliert, führte die progressive Eingliederung des spanisch-amerikani-

schen Wirtschaftsraumes mit seinen unterschiedlichen Subsystemen in das moderne Welt-system seit dem 17. Jh. zur Anhäufung unterschiedlichster Widersprüche, die sich über Reformen z.T. multiplizierten, z.T. durch sie abgeschwächt oder ausgeglichen werden konnten. Als allerdings, nicht zuletzt hervorgerufen durch äußere Folgen der Reformen, seit 1790 eine schwierige internationale Lage entstanden war und es auf die besondere Loyalität der einzelnen Bestandteile des Imperiums ankam, erwiesen sich bestimmte Ziele der Reformen gegenüber den Eigeninteressen der lokalen kreolischen Oligarchien als folgenschwerer Fehlgreif. Zwischen 1790 und 1812 zeigte sich, daß die Transformation mit reformerischen Mitteln nicht mehr gesteuert werden konnte und ins (systemtheoretisch verstandene) „Chaos“ abdriftete. Entgegen einigen Tendenzen in der spanischen Historiographie war das beiläufig nicht nur die Schuld von Godoy, Karl IV. und Ferdinand VII. Auch die Übernahme der Führung durch konservative Führungsgruppen der lokalen kreolischen Oligarchien brachte nur vorübergehend (1810-1812) und in einzelnen Regionen eine Entspannung der Situation. Dagegen kam es in Mexiko (Neu-Spanien) und auch - z.T. zeitversetzt - in anderen Regionen zu Sozialrevolutionen, die, getragen von breiten Volksbewegungen, kreolische und spanische Oberschichten bedrohten. Erst eine durch Niederlagen erzwungene, dann aber zunehmend aktiver betriebene Allianzpolitik mit Widerstandskulturen und Volksbewegungen vermochte bestimmten kreolischen Gruppen in Regionen wie Venezuela und Argentinien solche sozialen Energien zu sichern, die für eine Orientierung der Prozesse im Sinne liberaler Ordnungsprojekte (Armee, Kongresse, Konstitutionen, Republik, Nation) notwendig waren. Interessanterweise taucht erst im Zusammenhang mit dieser Allianzpolitik, und dann auch nur punktuell, die Selbstbezeichnung „Revolution“ bzw. „Revolutionäre“ auf. Die ursprünglichen Zielvorstellungen der bourbonischen Reformen, die, wie Horst Pietschmann in seinem Beitrag über Neu-Spanien zeigt, nur gegen zähe Widerstände bzw. andere Konzepte innerhalb der Kolonialbürokratie „vor Ort“ ansatzweise realisierbar waren, wurden dabei in ganz Spanisch-Amerika überholt bzw., durch einen spanienfeindlichen Diskurs regelrecht „zuschrieben“, von den liberalen Bürokratien der neuen Republiken übernommen (Ausnahmen: Kuba und Puerto Rico). Mit einer Gesamtsicht auf Spanisch-Amerika stellt M. Kossok die Alternativen und Wege vor, die sich innerhalb der bislang oftmals monolithisch als „Independencia“ begriffenen regionalen Antworten auf die imperialen Reformen und äußeren Einflüsse ergaben. Es entsteht das Bild eines auf geographisch-ökonomischen und traditionellen Grundlagen aufgefücherten sozial-politischen Vielfachangebots von *Unabhängigkeitsrevolutionen*, die nur mühselig durch die dünnen Linien eines regionalen Diskurses und den gemeinsamen Echtzeitrahmens zusammengehalten werden können.

„Amerika“ ist zwar die globale Metapher der selbsternannten „Patrioten“, seine wirklichen Energien aber bezieht der Transformierungsprozeß in beiden Stadien aus regionalen und lokalen Quellen. Die regionalen Komplexe Spanisch-Amerikas untersucht der Beitrag von B. Schröter und M. Zeuske, indem er in zwei horizontal-strukturellen Quer- und einem zeitlichen Längsschnitt die Verbindung von Transformation, traditionellem Widerstand von Volkskulturen gegen Kreolen wie Spanier und die Volksbewegungen sowie den Radikalismus innerhalb der Independencia problematisiert.

Neu und im Sinne der Grundlinie von COMPARATIV huffantlich fruchtbar ist wohl auch die Zusammenschau verschiedener deutscher Ansätze zum Thema Transformation in diesem

Heft. Pietschmann steht in der Tradition der von Richard Konetzke begründeten Kölner Schule der Lateinamerikaforschung. Er nähert sich, von der Analyse der bourbonischen Reformen ausgehend, in chronologisch „aufsteigendem“ Sinne dem Zeitalter der Revolution in Mexiko. Die Vertreter der von Walter Markov und Manfred Kossok begründeten Leipziger Schule der Kolonial- und Revolutionsforschung (im Falle der Sicht auf Spanisch-Amerika ebenfalls deutlich von der Konetzketradition geprägt) sind dagegen schon seit Jahren bemüht, chronologisch zurückzugreifen und in einer Paradigmenerweiterung auch reformerische Prozesse in ihr Transformationskonzept einzubeziehen (vgl. Leipziger Beiträge zur Revolutionsforschung, H. 16, S. 5ff.). Die Verbindung regionaler und universaler Horizonte läßt neue Einsichten in das Problemfeld „historisch-gesellschaftliche Transformationsprozesse“ erwarten.

Wir danken der Botschaft und dem Konsulat der Republik Venezuela in Deutschland, die mit ihrer finanziellen Unterstützung die Publikation dieses Heftes ermöglichten.

Leipzig, Juli 1991

Michael Zeuske

Alternativen gesellschaftlicher Transformation in Lateinamerika: Die Unabhängigkeitsrevolutionen von 1790 bis 1830. Eine Problem- skizze

Wenn der hier vorgelegte Text als „Skizze“ bezeichnet wird, dann nicht, um einer möglichen Kritik zu begegnen, sondern um anzudeuten, daß es sich um ein Feld handelt, dem bislang in der Geschichtsschreibung keine oder zumindest eine auffallend geringe Aufmerksamkeit zuteil geworden ist.

Ungescllet nannigfaouer Streitpunkte um den Charakter und den historischen Ort der antikolonialen Emanzipation dürfte ein Konsens darüber bestehen, daß die Unabhängigkeitsrevolutionen Lateinamerikas in den großen historischen Zusammenhang der Epoche der Französischen Revolution und der von der Epochenwende 1789 ausgelösten Folgerevolutionen gehören.¹⁾ Sie waren damit Bestandteil eines universalen Revolutionszyklus, der zur Ablösung der feudalistischen und anderer vorkapitalistischer Formationselemente durch die bürgerliche Gesellschaft führte. Trotzdem ist der Begriff „Bürgerliche Revolution“ auf die Realität Lateinamerikas nicht linear übertragbar. Selbst für die „zentrale Revolutionsachse“ (Niederlande, England, USA, Frankreich, Europa 1848/49) erweist sich dieser Begriff als eine Abstraktion, eine Art von Idealtyp, der in der Anwendung auf die Realgeschichte der gesellschaftlichen Transformation jeweils der konkret-historischen Präzisierung im Rahmen einer typologischen Auffächerung bedarf.²⁾ Revolution „an sich“ oder „als solche“ kann Gegenstand einer Definition, jedoch nicht der realhistorischen Analyse sein.

Zu den neuen Qualitäten des Epochenbruchs von 1789 gehörten zwei entscheidende Phänomene: die Globalisierung und die Diversifizierung der Prozesse gesellschaftlicher Transformation. Die mit 1789 kulminierende Revolutionstriade (ökonomisch-strukturelle Revolution, mündend in die industrielle Umrwälzung; politisch-sozial-institutionelle Revolution, am reifsten ausgeprägt in der Französischen Revolution; die von der Renaissance über Rationalismus und Aufklärung bis zum klassischen Idealismus reichende philosophisch-kulturelle Revolution) trat in die Etappe ihrer Globalisierung, wobei dieser Prozeß in einem doppelten Sinne zu verstehen ist:

- Horizontale Globalisierung im Sinne der unmittelbaren Ausstrahlung der von 1789 und den Folgewirkungen ausgehenden Impulse;
- Vertikale Globalisierung durch die Umrwälzung aller Ebenen der menschlichen Existenz von der ökonomischen Basis bis in die Sphäre institutionell-juristischer Normen und geistig-kultureller Wertvorstellungen.

Mit der Globalisierung der bürgerlichen Transformationsprozesse vollzog sich zugleich eine Diversifizierung (d.h. die typologische Auffächerung) ihrer Realisierungswege und -formen. Neue Alternativen der gesellschaftlichen Umrwälzung wurden wirksam.³⁾ Revolution bedeutete ab 1789 nicht mehr allein die Ablösung einer Gesellschaftsformation und der sie repräsentierenden Klasse durch die nächst höhere („systemüberwindende Funktion“), wie dies z.B. 1830 und

1848 in Frankreich der Fall war. Neben die Revolution vom Typ Frankreich 1789 (den Prototyp der bürgerlichen Revolution: „im Feudalismus gegen den Feudalismus“) trat die Revolution „in Kapitalismus für dessen weitere Konsolidierung“, einschließlich des Machtwechsels innerhalb der herrschenden Klasse. Deutschland 1848/49 wiederum bot das Beispiel einer Revolution „au dem Wege zum Kapitalismus“, da wesentliche Positionen der Feudalität seit 1806/07 bereits auf reformerischem Wege abgebaut waren.⁴⁾

In dem Maße, wie die politisch-soziale Revolution (ausgehend von Frankreich) mit der ökonomisch-technologischen Revolution (ausgehend von England) zur Doppelrevolution verschmolz, die als die entscheidende Triebkraft für die Globalisierung (universal Dimensionierung) der bürgerlichen Umwälzung anzusehen ist, trat ein weiteres neues qualitative Element in die Wegeproblematik: die Möglichkeit des reformerischen Übergangs zur neuen Ordnung, wie sie auf „klassische“ Weise seit 1806/07 durch Preußen realisiert wurde.⁵⁾ Revolution oder/und Reform bildeten die dialektische, komplementär verbundene Alternativkonstellation für die bürgerliche Umwälzung seit 1789 und über das gesamte 19. Jahrhundert.

Mit der geographischen, strukturellen und zeitlichen Distanz zur „zentralen Revolutionsachse“ wuchsen sowohl in den Regionen der inneren Peripherie des kapitalistischen Systems (wozu z.B. Portugal, Spanien, Süditalien, Teile Ost- und Südosteuropas gehörten) als auch in den Regionen der äußeren Peripherie (wozu - neben Asien und Afrika - auch eindeutig Lateinamerika zählte) die Vielfalt, Eigenheiten und Besonderheiten der Transformationsprozesse, gleich ob revolutionärer oder reformerischer Natur. Diese Spezifik machte es erforderlich, die antikolonial (nationale und soziale) Befreiungsrevolution als eine eigenständige Kategorie (Typ) innerhalb des globalen Revolutionszyklus jener Zeit zu fassen, deren Analyse zugleich ein Abgehen von eurozentrischen Erfahrungswerten zur Voraussetzung hat. Trotz regionaler und nationaler Vielfalt der Transformationsprozesse in Europa ist es möglich, eine Art von „europäischer“ Revolutionstypus zu machen, der sich von den (späteren) revolutionären Bewegungen in afroasiatischen Raum differiert. Für Lateinamerika stellt sich die Situation insofern komplizierte dar, da es im übertragenen Sinne in engerer „historischer Nähe“ zu Europa stand.

Das 1789 eingetretene Zeitalter des Bürgertums war ein globales Phänomen, da die Bourgeoisie die in ihren Existenzbedingungen erste global orientierte Klasse der Weltgeschichte darstellte. Bürgerliches Zeitalter bedeutete folglich zugleich die „Verdichtung“ der Menschheits- zu Weltgeschichte, d.h. die Realisierung von Weltgeschichte im engeren Sinne des Begriffs. Da die Bourgeoisie als „historische Klasse“ (Antonio Gramsci) im Zentrum der Epoche stand, kann sinnbildlich von einer bürgerlichen Epochenhegemonie gesprochen werden. Wie jedoch gerade die Unabhängigkeitsrevolutionen Lateinamerikas zeigen, hieß, im „Zentrum der Epoche“ zu stehen, mitnichten im Zentrum jeden Landes oder jeder Region zu stehen. Typisch für diese Revolutionen wie für die Transformationsprozesse in den Regionen der inneren und äußeren Peripherie blieb das ausgeprägte Defizit (bzw. Fehlen) eines bürgerlichen Hegemoniepotentials. Allerdings führt der universalhistorisch angelegte Revolutionsvergleich für die Neuzeit zu dem Erkenntnis, daß jede Fixiertheit auf bestimmte Paradigmen (1789: die „klassische“ Revolution die Gefahr einer Horizontverengung heraufbeschwört. Statt der eigenen historischen Dimension des jeweiligen Transformationsprozesses (warum nicht auch mittels einer „verstehenden“ Befragung?) auszuloten, werden allzu rasch Deformationen, Abweichungen oder Anomalien im Verhältnis zu den europäischen „Modellen“ diagnostiziert. Wie Albert Soboul aber zu Rech

bemerkte, gibt es in der Geschichte nur Wege und keine Modelle von Revolutionen.⁷⁾ Inzwischen hat die Debatte um den 200. Jahrestag der Französischen Revolution den Diskurs zur Wegeproblematik neu belebt.⁸⁾ Ausgehend von den inneren und äußeren Faktoren, den Trieb- und Führungskräften sowie den unmittelbaren wie mittelheren Ergebnissen kann die Emanzipation Lateinamerikas als eine Kette antikolonialer Befreiungsrevolutionen potentiell bürgerlichen Charakters, die sozial wie politisch unvollendet blieben, definiert werden.

Mit der Revolution Haitis wie der Independencia des mittel- und südamerikanischen Festlandes hat die Französische Revolution (genauer: der aus dem Gegensatz Frankreich - England resultierende Kontinentalkonflikt) dem Zusammenbruch des traditionell-vorindustriellen Kolonialsystems den entscheidenden Anstoß gegeben. Jedoch legten bereits die erste Phase („haitianische Phase“, 1790-1804) und die zweite Phase („kontinental-iberische Phase“, 1801/10-1830) der antikolonialen Emanzipation Lateinamerikas den inneren Widerspruch der „peripheren“ Revolution frei:

Zwar bildete die antikoloniale Revolution einen Bestandteil der Globalisierung der bürgerlichen Transformationsprozesse, eine wesentliche Folge dieses Prozesses bestand jedoch gerade in der forcierten Integration, d.h. in der Ein- und Unterordnung der Peripherie in das sich aufzügig formierende kapitalistische Weltsystem. Damit trat die „Europäisierung“ der Weltgeschichte in eine qualitativ neue Phase. Ziel der antikolonialen Revolution mußte es jedoch sein, die traditionellen Abhängigkeitsformen zu beseitigen und gleichzeitig zu verhindern, daß die befreiten Regionen zum Objekt der im Ergebnis der Doppelrevolution sich verstärkenden internationalen Arbeitsteilung degenerierten, zu deren Folgewirkungen im Verlaufe des 19. Jahrhunderts die Herausbildung des Kolonialsystems des Kapitalismus der freien Konkurrenz gehörte. Also bestand zwischen der bürgerlichen Revolution „europäischen“ Typs und der antikolonialen Revolution ein funktionaler Widerspruch, der bislang in der Forschung (auch unter vergleichendem Aspekt) nicht die genügende Beachtung gefunden hat. Für Lateinamerika materialisierte sich dieser Widerspruch in der Tendenz zu einer indirekten Rekolonisation, d.h. der Entstehung eines qualitativ neuen Systems der Abhängigkeit (primär von der wirtschaftlichen Hegemonie Großbritanniens)⁹⁾, infolge der nichtvollendeten Unabhängigkeitsrevolution. Die Nichtüberwindung des kolonialen Erbes wurde zu einem entscheidenden inneren Element einer regressiven Präfiguration der weiteren Transformationsprozesse.

Geschichte ist in ihrem Wesen alternativ. Historische Gesetzmäßigkeiten realisieren sich als Tendenzen der Entwicklung im Widerspruch und Konflikt mit Gegenteilstendenzen. Deshalb kann sich die Beurteilung eines Ereignisses oder Prozesses nicht allein auf das jeweilige Ergebnis reduzieren. Eine solche Betrachtungsweise unterstellt der Geschichte eine Zwangsläufigkeit (Determinismus), die in der Wirklichkeit nicht existiert, und enthält, gleich ob bewußt oder unbewußt, ein teleologisches Moment. Hier muß auch an den wichtigen Gedanken von H. R. Trevor-Roper erinnert werden, daß es zu den Schwächen der Historiker gehört, sich die Geschichte kaum mehr als in zwei Alternativen vorstellen zu können.¹⁰⁾ Vielmehr geht es um die Frage, welche der in einem bestimmten geschichtlichen Prozeß angelegten Alternativen (Möglichkeiten) sich infolge welcher Faktoren realisierten und warum andere Chancen (Varianten) der Entwicklung sich nicht durchsetzten. Die Frage so zu stellen, heißt nicht, einer „Was-wäre-wenn“-Geschichtsauffassung das Wort zu reden, sondern der stets im Ansatz gegebenen Vielfalt von Alternativen und den Ursachen für die schließliche Dominanz einer bestimmten Alternative

nachzuspüren. Es geht, um nochmals auf Trevor-Roper zu verweisen, um das fundamentale Problem der „lost moments of history“, jener in der Geschichte aller Völker möglichen, aber letztlich nicht genutzten Weichenstellungen.¹¹⁾

Versuchen wir die angedeuteten methodischen Überlegungen auf die Unabhängigkeitsrevolutionen in Lateinamerika (unter bewußtem Einschluß Haitis) anzuwenden, so eröffnen sich für eine Diskussion die folgenden Problemfelder:

Die Möglichkeiten des Reformkolonialismus in Verbindung mit dem aufgeklärten Absolutismus. Das im wesentlichen auf das Modelldreieck Preußen (Friedrich II.) - St. Petersburg (Katharina II.) - Österreich (Joseph II.) eingeeengte Bild des aufgeklärten Absolutismus begünstigte eine Unterschätzung der in anderen Ländern und Regionen über bestimmte Zeit wirksam gewordenen Reformalternativen.¹²⁾ Dazu gehört auch Spanien. Angesichts des Aufschwungs, den die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonien, einschließlich der politisch-administrativen Reorganisation unter der Regierung Karls III. genommen hat¹³⁾, kann für diesen Bereich der bourbonischen Macht durchaus von einem Erfolg der aufgeklärten Reformen gesprochen werden, ohne deren objektive wie subjektive Ergebnisse der Ausbruch der Independencia unverständlich bliebe. Allerdings ist die positive Bewertung der Kolonialpolitik des Reformabsolutismus ein in der spanischen Historiographie auffällig umstrittenes Thema, das nicht selten - und m.E. zu Unrecht - als Schibboleth konservativen Denkens gilt. Vor allem die von Vicerat Rodríguez Casado versuchte Aufwertung des Reformabsolutismus zur „bürgerlichen Revolution des 18. Jahrhunderts in Spanien“ (1951) scheint die sachliche Debatte über die reformerischen Perspektiven bis in die jüngste Gegenwart zu überschatten (Luís Roma, 1987). Bis zu einem gewissen Grade verbreiterte die Reformpolitik zunächst die politisch-soziale Basis der spanischen Macht in den Kreisen der kompromißbereiten kreolischen Elite (México, Peru, Chile). Allerdings verurteilte die Wende in der Metropole seit 1788/89¹⁴⁾ die geweckten Hoffnungen und Ansprüche zum Scheitern. Damit entstand jene historische Entscheidungssituation, die ohne Realisierung des „kreolischen Projektes“ nicht mehr innerhalb, sondern in der Perspektive nur noch gegen das bestehende System zuließ. Angesichts der Erkenntnis, daß Spaniens Macht nicht mehr mit den Methoden der vergangenen Jahrhunderte aufrechtzuerhalten war, kommt dem sog. Arandaprojekt, nämlich auf die Bildung halbsovereiner Dependenzien der Bourbonenmonarchie abzielte, durchaus der Rang einer möglichen Variante für die Lösung der Kolonialkrise zu. Im Wesen handelte es sich um den historisch verfrühten Versuch einer „portugiesischen Lösung“, wie sie für Brasilien ab 1807 anstand. Bald schreckten die Initiatoren vor der eigenen Kühnheit zurück; eine für den aufgeklärten Absolutismus keineswegs seltene Haltung. In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß für die konservativen Kreise der kreolischen Aristokratie die monarchische Variante (Beispiel: Junta von Buenos Aires) noch bis in die zwanziger Jahre des 19. Jahrhunderts als eine realpolitische Lösung erschien.

Im Unterschied zu Spanien (und Portugal) war für Frankreich eine Reform der Kolonialpolitik aus der Sicht der Regierenden kein Thema. Das hatte zunächst mit der fundamentalen Tatsache zu tun, daß seit dem Sturz Turgots (1776) die Möglichkeiten innerer Reformansätze als *conditio sine qua non* eventueller „äußerer“, d.h. auf die Kolonien zielender Reformpolitik blockiert wurden. Die verspätete Wende vom „traditionellen“ zum „aufgeklärten“ Absolutismus oder sogar die evolutionäre „Modernisierung“ (= Verbürgerlichung) der absoluten Monarchie aufblühte.¹⁵⁾ Eine Diskussion der kolonialen Frage, von den Zeitgenossen primär als Skievenfrage begriffen, blieb auf einige Aufklärer beschränkt; die kurz vor der Revolution aus der Taufe

gehobene „Société des Amis des Noirs“¹⁶⁾ konnte zwar Sympathiewerbung für den Abolitionismus betreiben, doch praktischen politischen Einfluß auf die Regierungspolitik gewann sie nicht. Und als die Revolution in Frankreich ausbrach, teilten die Plantagenbesitzer von Haiti keineswegs die Mahnung Mirabeaus: „Habitants des Antilles, vous habitez sous le Vesuve“.¹⁷⁾ Im Gegenteil: Im Bewußtsein der engen Interessensymbiose mit einem einflußreichen Teil der metropolitanen Bourgeoisie (Bordeaux, Le Havre, Nantes, Rouen etc.) setzten sie sich im Club Massiac¹⁸⁾ eine Lobby zur Verteidigung des Status quo, der jedoch schon 1790 ins Wanken geriet.

Entgegen der traditionellen Unterbelichtung der haitianischen Revolution und ihrer faktischen Abtrennung von der Independencia des iberisch-amerikanischen Festlandes scheint es geboten, eindeutig auf die Dialektik von Einheit und Vielfalt im Prozeß der revolutionären Transformation Lateinamerikas zwischen 1790 und 1830 zu verweisen. Im Rahmen einer vergleichenden Analyse der lateinamerikanischen Unabhängigkeitsrevolutionen an der Wende zum 19. Jahrhundert und in dessen erstem Drittel verdient Haitis Revolution besonders unter folgenden Aspekten Erwähnung.

1. In ihrer Funktion als erste und Auftaktphase des lateinamerikanischen Emanzipationsprozesses, womit Haiti zugleich die für das iberische Amerika kennzeichnend gewordene enge Verbindung von metropolitaner und kolonialer Revolution vorwegnahm (1808, 1820, 1868);

2. Als radikalste Komponente dieses Prozesses und einzige erfolgreiche Volksbewegung;

3. Durch die doppelte Wirkung des Haitisyndroms: mobilisierend für die Sklavenbevölkerung der Tierra firme (bis hin zur Beeinflussung des lokalen Widerstandes)¹⁹⁾, lähmend für den kreolischen Führungskern der Independencia (einschließlich Simón Bolívar), der jede „Haitianisierung“ (Pardocracia), d.h. die bedingungslose Öffnung der Revolution gegenüber den unteren (= andersfarbigen) Volksklassen, ablehnte, wenn nötig mit Gewalt, die wiederum Bolívar in der sog. Piar-Affäre²⁰⁾ bewies;

4. Der auch im Falle Haitis auffällige Widerspruch von Politik und Ökonomie, d.h. Befreiungskrieg und Agrarfrage, der schwerwiegende Folgen für die Formierung von Staat und Nation hatte.

Während die ersten drei genannten Aspekte allgemein bekannt und in der Historiographie konsensfähig sind, gehört der vierte Aspekt zu den eindeutig umstrittenen und in vieler Hinsicht noch von offenen Fragen behafteten Problemfeldern. Die traditionelle Dominanz der Politik-, Kriegs- und Persönlichkeitsgeschichte in der Darstellung der haitianischen Revolution (einschließlich der fast klassischen Toussaint-L'Ouverture-Biographie von C.L.R.James)²¹⁾ ist bislang am radikalsten vom polnischen Historiker Tadeusz Lepkowski durchbrochen worden. Seine zweibändige Studie (1969) fußt dank der umfassenden Verarbeitung der bisherigen Historiographie und eigener weiterführende theoretischer und methodologischer Denksätze auf der Verbindung von politischer, ethno-sozialer, wirtschaftlicher und kulturell-mentaler Geschichte. Das Werk Lepkowskis hat leider nicht die verdiente internationale Aufmerksamkeit gefunden, da die Haitispezialisten anscheinend kaum des Spanischen mächtig sind, während die Kenner der iberisch-amerikanischen Geschichte zumeist Haiti aussparen, was einer integrativen Sicht jeweils im Wege steht.

Wiederum thesenhaft sei nun auf einige der wichtigsten von Lepkowski aufgeworfenen Fragen verwiesen:

1. Das extrem komplizierte Bild der Interessengegensätze - die faktisch konterrevolutionäre Position der Pflanzaristokratie (Grands blancs), das Eigeninteresse der übrigen weißen Bevölkerung (Petits blancs), die besondere Stellung der Mulatten (z.T. bereits als selbständige Plantageneigentümer), die Zwischenposition der Kolonialbürokratie (worauf jüngst Torcuato S. Di Tella erneut aufmerksam gemacht hat)²²⁾ und schließlich der am Ende alles hinwegfegende Aufstand der Plantagensklaven.

2. Die zunehmende „Eihnsierung“ des Konfliktes - die für ganz Lateinamerika typische Überlappung von sozialer und ethnischer Differenzierung, die nicht selten zum Primat des ethnischen über das soziale Bewußtsein führte, nahm in Haiti besonders extreme Formen an. Allerdings gilt es, klar die Stufen dieser Entwicklung herauszuarbeiten. Toussaint L'Ouverture ließ sich noch eindeutig vom Interessenausgleich zwischen weißer Pflanzerschicht und befreiten Sklaven leiten.²³⁾ Erst der von den Franzosen erklärte Vernichtungskrieg führte seitens der schwarzen Aufständischen zur Taktik der verbrauchten Erde und zu der von Jean-Jacques Dessalines systematisch betriebenen Vernichtung der gesamten weißen, insbesondere französischen Bevölkerung.²⁴⁾ Das Verbot der Ansiedlung von Weißen wurde Staatsgesetz, wie umgekehrt Haiti allen flüchtigen Sklaven als Refugium offen stand. Welche Konsequenzen hatte diese fast totale Abschottung gegen eine technologisch fortgeschrittenere, aber durch ihre barbarischen Kolonialpraktiken unwiderruflich diskreditierte Zivilisation? In diesem Zusammenhang muß auf einen in der Regel kaum beachteten Fakt verwiesen werden: Die Jakobiner verkündeten zwar angesichts der objektiv gegebenen Situation die bedingungslose Aufhebung der Sklaverei (4. Februar 1794)²⁵⁾, betrachteten die Insel aber weiter als integralen Teil („une et indivisible“) der Französischen Republik; eine Unabhängigkeitsdebatte im Konvent gab es nicht. Selbst die Frage, ob Maximilien Robespierre Abolitionist gewesen sei, bleibt umstritten. Unter der Bedingung der regionalen Autonomie war Toussaint L'Ouverture bereit, das Kompromiß mit Frankreich zu akzeptieren. Bonaparte, zunächst noch Konsul, zerstörte diese Geschäftsgrundlage auf doppelte Weise, was ihm allerdings erst auf St. Helena als sein „größter Irrtum“ erschien:

Er beseitigte die Autonomie und betrieb erklärterweise, wie in Guadeloupe und Martinique mit Erfolg praktiziert, die Wiederherstellung der Sklaverei: Nolens volens war damit der Boden für intransigente Persönlichkeiten von der Steuer Dessalines²⁶⁾ berührt, nime deshalb für die Erklärung der Vernichtungs- und Ausrüttungsstrategie rassenspezifische Atavismen heranziehen zu müssen. Eine ganz andere Frage ist es - und das gilt letztlich für jede radikale Revolution -, bis zu welchem Grade durch die langjährige Verbindung von Revolution, Krieg, Bürgerkrieg und Intervention sich das Phänomen Gewalt mehr oder weniger total verelbständigte, was in Haiti ohne Zweifel auf besonders dramatische und tragische Weise geschah. Die Ersetzung der Losung „Liberté, Egalité, Fraternité“ durch „Indépendance ou la Mort“ symbolisierte gleichsam die Einengung des ursprünglich universalen Emanzipationshorizonts auf eine insulare Überlebensstrategie.

3. Die entscheidende Frage nach dem Charakter der revolutionären und postrevolutionären Sozial- und Wirtschaftsstrukturen - mit anderen Worten formuliert: Warum scheiterte trotz erfolgreicher politischer Revolution (Erringung der Unabhängigkeit 1804) die Transformation der einstigen Kolonialgesellschaft in „moderne“ (bürgerliche) Gesellschaftsstrukturen? Was sich tatsächlich vollzog, kann auf bildliche Weise als Prozeß der doppelten Archaisierung (im Sinne eines zivilisatorischen Rückschlages) bezeichnet werden.

Haiti bedeutete primär Zucker, und Zucker bedeutete wiederum eine auf extensiver Großraumwirtschaft fußende Plantagensklaverei. Der Versuch, die agrarische Großproduktion unter den Bedingungen der Sklavenbefreiung aufrechtzuerhalten, geriet allen Führern der Revolution, angefangen bei Toussaint L'Ouverture bis in die unmittelbare nachrevolutionäre Zeit der Kaiser und Präsidenten, zur Quadratur des Kreises. Da die ehemaligen Sklaven nicht bereit waren, als „freie“ Lohnarbeiter weiter zu die neu, wurde bereits unter Toussaint L'Ouverture ein System der gesetzlich fixierten Zwangsarbeit eingeführt, um die Plantagen weiter zu bewirtschaften.²⁷ Die durch die Flucht, Vertreibung und schließlich Ausrottung der weißen Pflanzer freigewordenen Plantagen wurden nicht parzelliert, sondern in „Domaines nationaux“ umgewandelt, deren Verwaltung zumeist den Generalen und Offizieren der Armee oblag. Auf diese Weise entstand eine neue, nunmehr einheimische („nationale“) herrschende Klasse von Großgrundbesitzern, deren Existenz auf die Verfügung über abhängige, durch administrativen Zwang an den Boden gebundene Arbeitskräfte angewiesen blieb. Lepkowski bezeichnete dieses Wirtschaftssystem als Militärféudalismus. Der unter Dessalines unternommene Versuch, durch Bodenreform die Agrarstruktur zu demokratisieren, scheiterte am Widerstand eben dieser neuen Oberschicht, die damit einen „französischen Weg“ der Agrarumwälzung blockierte.²⁸ Soweit sich die befreiten Sklaven wirtschaftlich verselbständigten, geschah dies in einer zweiten Form der Archaisierung: sie praktizierten eine technologisch primitive Form der Subsistenzwirtschaft mit einem Minimum an Marktbindung. Auch von dieser Seite blieb der Weg in eine „Modernisierung“ blockiert.

Die Gesamtheit der für die in Haiti erfolgte „Modernisierungsblockade“ maßgeblichen Faktoren läßt sich - grob skizziert - wie folgt kennzeichnen:

- Totaler Zerstörung der Wirtschaftsstrukturen durch einen zwölfjährigen Krieg, der über ganze Phasen in einer Taktik der verbrannten Erde kulminierte. Während die Agrarkulturen (Zuckerrohr- und Kaffeeplantagen) wiederhergestellt werden konnten, gelang ein Gleiches mit der technischen Infrastruktur (z.B. Zuckermöhlen) nicht.

- Dezimierung der Bevölkerung durch Krieg, Seuchen, Ausrottung und Vertreibung. Dieser Aderlaß konnte auch nicht durch eine forcierte Werbung für eine schwarze Einwanderung kompensiert werden. Dessalines Versuch zur Eroberung des benachbarten Santo Domingo entsprang nicht zuletzt der Hoffnung, neue Arbeitskräfte zu gewinnen.²⁹

- Die neue Grundbesitzerklasse setzte faktisch die Praktiken der ehemaligen weißen Pflanzer fort, jedoch unter primitiveren Voraussetzungen, da sie nicht über vergleichbare Möglichkeiten des außerökonomischen Zwanges verfügte, um die erforderliche wirtschaftliche Effizienz der Latifundien zu garantieren.

- Mit der Vernichtung und Vertreibung der weißen Bevölkerung und dem „bis in alle Ewigkeit“ geltenden Siedlungsverbot erfolgte die bewußte Abkoppelung von der technologisch explosiv expandierenden europäischen Zivilisation (industrielle Revolution!), die jedoch in den Augen der befreiten Sklaven durch ihre koloniale Barbarei spätestens seit dem französischen Versuch der Riekkolonisation unwiderruflich diskreditiert war.

- Die weitgehende Zerstörung der inneren Akkumulationsmöglichkeiten korrespondierte mit einer Selbstblockade gegenüber den äußeren Akkumulationsmöglichkeiten.

- Auf die Dauer erholte sich weder die Zucker- noch die Baumwollproduktion, wobei eine Rolle spielte, daß Haiti auf Grund seines ungenügenden technologischen Niveaus der heranwachsenden internationalen Konkurrenz (Kuba, Südstaaten der USA) nicht gewachsen war.

Haiti litt nicht nur an der eigenen Ausblutung, es gehörte zugleich zu den prominentesten Opfern der Verlagerung der wirtschaftlichen Schwerpunkte im karibisch-amerikanischen Raum während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.³⁰⁾

Für Spanisch-Amerika schuf die napoleonische Invasion und der damit verbundene Zusammenbruch des traditionellen bourbonischen Machtgefüges eine Entscheidungssituation neuer Qualität, die eindeutig vom Primat der „äußeren Front“ geprägt blieb.³¹⁾ Diese Verschiebung in der Dialektik von endogenen und exogenen Faktoren (z.B. im Verhältnis zur französischen Kräftekonstellation von 1789, die vom Primat der inneren Faktoren bestimmt war) beeinflusste entscheidend den Charakter der Independencia. Angesichts der neuen historischen Situation erfolgte eine Differenzierung innerhalb der kreolischen Aristokratie, die sich jeweils mit unterschiedlichen Alternativen für das künftige Schicksal der Kolonien verband:

- Die verschwindende Minderheit der profranzösischen Afrancesados. Zwar verkörperte das Regime José I. ein System begrenzter bürgerlicher Reformen, denen die aufgeklärte Elite durchwegs zustimmte. Die mögliche Wirkung dieser Alternative blieb für die Kolonien jedoch irrelevant infolge der überseeischen Oligarchie Frankreichs. Für die Kreolen hieß die Option nicht Ferdinand VII. oder Napoleon, sondern Ferdinand VII. oder die Unabhängigkeit.

- Die Mehrheit der kreolischen Kolonialbürokratie setzte auf eine Politik der Loyalität gegenüber Ferdinand VII. und der sich in seinem Namen konstituierenden Machtorgane (Junta Central, Regentschaft, Cortes von Cádiz). Der selbstbewußte Auftritt der „Americanos“ in den Cortes zeigte, daß ein reformerischer Ausgleich zwischen Metropole und Kolonie (bei Gewährleistung von Autonomie und Freihandel) durchaus - bis in die Zeit der Independencia hinein (Hauptbeispiel México) - im Bereich des Möglichen lag. Auch das „Programm“ der Heiligen Allianz für die Lösung der „Südamerikanischen Frage“ zielte eindeutig auf das reformerische Kompromiß mit den gemäßigten Kreolen.³²⁾ Mit Ausnahme Rußlands, dessen reale Einflußmöglichkeiten jedoch gering blieben, billigten alle Allianzmitglieder direkt oder indirekt die vom britischen Kabinett inspirierte Kompromißpolitik. Diese Alternative schniterte an der Intransigenz des 1814 in Spanien restaurierten Absolutismus Ferdinands VII., der auf die bedingungslose Wiederherstellung des status quo ante manu militari setzte.

- Die Forderung einer kreolischen Unabhängigkeitspartei, wobei von Anbeginn zwei Strömungen gegeneinanderstanden: die konservativ-monarchische und die liberal-republikanische. Die kreolische Unabhängigkeitspartei umfaßte eindeutig eine Minderheit der lokalen Aristokratie. Erst in den Jahren 1820/22 schwenkte die Mehrheit der kreolischen Aristokratie auf die Independencia ein. Diese Wende bedeutete eine beachtliche Stärkung des militärischen Potentials der Independencia, hatte aber schwerwiegende Folgen für deren politische und soziale Dimension in dem Maße, wie die neuen Machtstrukturen gleichsam konservativ aufgefüllt wurden. Die auf den Ejército libertador eingegrenzten radikaleren Bolívarianos wurden damit zunehmend ihres Einflusses an der Basis beraubt.³³⁾

- Von entscheidender Bedeutung für die Profilierung und Differenzierung der kreolischen Unabhängigkeitspartei wurde das strategische Problem der kontinentalen Revolution. Die konservative Variante der kontinentalen Revolution verkörperte José de San Martín, dagegen war Simón Bolívar der Exponent ihrer liberal-republikanischen Variante³⁴⁾, die sich nach dem Treffen von Guayaquil im Jahre 1822 als die dominierende durchsetzte. Die Independencia ist als eine spezifische Form von Revolutionstrüben deutbar: Sie hatte als regionale Aufstandsbewegung (Caracas, México, Quito, Buenos Aires, Santiago) begonnen, wuchs in die kontinentale Revolu-

tion (mit der Eroberung Perus und Boliviens als Höhe- und Schlußpunkte) hinüber und konsolidierte sich erneut auf regionaler (nunmehr jedoch staatlich-nationaler) Ebene.

Die Option kontinentale vs. regionale (nationale) Revolution blieb für die ganze Zeit der Independencia ein umstrittenes und ungelöstes Problem. Der Konflikt zwischen Simón Bolívar als führender Kopf der kontinentalen und Francisco Paula de Santander in Neu-Granada, dem Vertreter der regional-nationalen Option³⁵, hat diesen Widerspruch auf dramatische Weise verdeutlicht. Der bis in die Gegenwart reichende Streit, ob Bolívar oder Santander „im Recht“ gewesen sei, ist insofern ahistorisch, da beide Positionen ihre eigenen objektiven Begründungen haben und sich damit jeder „Entweder-Oder“-Entscheidung entzogen.

Bolívar selbst überschritt die enge Dimension einer regionalen Independencia, indem er sein lokales Machtprovisorium am oberen Orinoco mit dem Anspruch ausstattete, die Keimzelle für ein Großkontinuum zu werden. Diese strategische Herausforderung der spanischen Kolonialmacht konnte nur in Gestalt einer kontinentalen Revolution, verbunden mit Befreiungskrieg und Absage an jede (reformerische) Kompromißlösung verstanden werden. Voraussetzung war jedoch, daß Bolívar nolens volens (d.h. weniger aus eigener Einsicht, sondern infolge katastrophaler Anfangsniederlagen) die geographische und soziale Enge der Stadt- und Küstenrevolution überwand und mit dem Zug in die Llanos des Orinoco das Risiko (aber auch die historische Chance) einer Realisierung und Agrarisierung der Revolution einging.

Zum strategischen Schlüsselproblem der kontinentalen Revolution wurde Peru; Bolívar selbst brachte es auf die Form: „Triunfar o morir en el Perú.“ Im Falle Perus handelte es sich um eine autonome royalistisch-konterrevolutionäre Kernbastion, die militärisch, ökonomisch und politisch ohne die unmittelbare Hilfe Spaniens (im Unterschied zu dem stets auf Expeditionshilfe angewiesenen Neu-Granada oder Venezuela) existieren konnte. Der peruanische Vizekönig stützte sich auf eine Armee loyaler Kreolen und Indianer. Wenn am Ende die Niederlage von Ayacucho (9. Dezember 1824) stand, dann nicht wegen der gewiß imponierenden militärischen Leistungen José Antonio de Sucre's, sondern ebenso ob des Umstandes der inneren Spaltung und schließlich offenen Auseinandersetzung im Lager der Royalisten.³⁶

Nach den Erfahrungen der Aufstände von Tupac Amaru (1780/81) und Pumacahua (1813) in Peru war eine Lage gegeben, die das Entstehen einer revolutionären Situation unter der kreolischen Elite verhinderte, was zunächst San Martín und dann Simón Bolívar zwang, die Revolution in diese Region - mit allen daraus resultierenden Konsequenzen - „von außen“ hineinzutragen. Bildlich gesprochen, lag Peru an der äußersten Peripherie der von den Ursprungs-herden der Independencia ausgehenden konzentrischen Kreise. Peru war Objekt und nicht Subjekt der Independencia. Die auffällig unterschiedliche Reife und Neigung der kreolischen Aristokratie, sich der Independencia zu öffnen - vom „militärischen Jakobinismus“ Bolívars und den monarchisch-aristokratischen Visionen San Martíns über die konservative Revolution Iturbides und den offenen Widerstand im Stile eines Rivas-Agüero -, bedürfen noch der detaillierteren Aufhellung. Hier schlugen das bürgerliche Hegemoniedefizit der Unabhängigkeitsrevolution und ihre daraus resultierende innere („organische“) Schwäche am deutlichsten zu Buche. Für die von John Lynch erhobene Forderung, nicht von der Unabhängigkeitsrevolution, sondern den Unabhängigkeitsrevolutionen zu sprechen, gibt es gute Gründe.

Das grundsätzliche Problem der möglichen, verschütteten und am Ende realisierten Alternativen innerhalb der Independencia bestand im Verhältnis von Führung (Hegemonie) - Klasse

(Fehlen einer Bourgeoisie als nationale Klasse) - Masse (Rolle der Volksbewegung). Aus der Nichtexistenz eines „revolutionären Blockes“ vom Typ 1789 mit der Fähigkeit, die unterschiedlichsten Klassen und Klasseninteressen in ein aktionsfähiges Amalgam zu bringen und für bestimmte Zeit über das Phänomen der „heroischen Illusion“ zu binden (wobei nicht gesagt sein soll, die Independencia habe keine „heroische Illusion“ gekannt), resultierte die auffällige Differenz zwischen „politischer“ und „sozialer“ Revolution in der Independencia und die darauf geknüpfte Perspektivlosigkeit einer demokratisch-revolutionären („jakobinischen“) Alternative der Independencia.

Die über den Horizont der liberal-republikanischen Führungskomponente (Bolivarismus hinausdrängende revolutionär-demokratische Bewegung als eigenständige Alternative existiert durchaus, aber sie scheiterte an den verschiedensten Bedingungen; Gegenschlag der lokalen Konterrevolution (Hidalgo und Morelos in México), Niederlage im Fraktionskampf (Mariano Moreno in Buenos Aires), Invasion einer ausländischen Macht (Gervasio Artigas in der Banda Oriental), erzwungene Selbstisolierung (Rodríguez de Francia in Paraguay).

Bei aller Ungunst der inneren und äußeren Umstände für den Erfolg einer „von unten“ getragenen demokratischen Alternative scheint es erforderlich, die Sonde tiefer anzusetzen, was hier natürlich nur andeutungsweise und stark schematisiert erfolgen kann: Am radikalsten wurden die Grenzen der „politischen“ Revolution, die auf eine Beseitigung der kolonialen Machtstrukturen abzielte, in Richtung einer „sozialen“ Revolution, die auch sozialökonomische Wurzeln der Kolonialherrschaft beseitigte, durch die Agrarrevolution überschritten. Dieser Weg öffnete sich in zwei Regionen Spanisch-Amerikas während der Independencia. Gemessen an dem wesentlich enger gezogenen Aktionshorizont der kreolischen Elite (trotz Bolívars Vorstellungen über eine Agrarreform), handelte es sich um eine „Revolution in der Revolution“. In der Banda Oriental wuchs die Independencia in eine von kreolischen Mittel- und Kleingrundbesitzern unter Gervasio Artigas getragene Agrarrevolution hinüber, deren juristische Basis der Reglamento von 1815 wurde.³⁷⁾ Die noch relativ offene und ungefügte Grenzstruktur der Region und der ausgeprägte Stadt-Land-Gegensatz (Montevideo-Campana)³⁸⁾ prägten die Spezifik dieser Agrarrevolution, die mit der portugiesisch-brasilianischen Invasion von 1816 und der Gegenrevolution der einheimischen Großgrundbesitzer ihr Ende fand.

Eine ungleich gewaltigere Dimension gewann die von Miguel Hidalgo y Costilla und José María Morelos y Pavón geführte Bewegung in México.³⁹⁾ Ihre soziale Massenbasis hatte diese Bewegung in der indianischen Bauernschaft, zunehmend ergänzt durch Teile des (ebenfalls vorwiegend indianischen) Bergbauproletariats. Auffällig bleibt die über die Dauer des Kampfes gegen die Kolonialherrschaft erhaltene geblichene kreolische Hegemonie, deren Verkörperung Hidalgo und Allende (ungeachtet ihrer prinzipiellen strategischen Differenzen) darstellten. Diese Diskrepanz von Masse und Führung trifft in der Geschichte auf viele Bauernrevolutionen zu.

Wiederholt ist die Frage aufgeworfen worden, was die Hidalgo-Bewegung über das Niveau der traditionellen indianischen Bauernaufstände der Kolonialzeit hinaus hob und nicht nur zur Begleiterscheinung, sondern zu einer der tragenden Komponenten der Independencia werden ließ (Auf analoge Weise ist in der Historiographie das Problem des Verhältnisses von traditionellem Protest und revolutionärer Erneuerung bekanntlich auch für den Deutschen Bauernkrieg und dessen Stellung in der frühbürgerlichen Revolution aufgeworfen worden).

Im Falle der Hidalgo-Morelos-Bewegung erwiesen sich die folgenden Faktoren als konstitutive Elemente der Massenerhebung⁴⁰: der demographische Druck innerhalb der traditionellen bäuerlichen Ökonomie, der rapide unter das herkömmliche (ohnehin niedrige) Niveau absinkende Lebensstandard; die wachsende Proletarisierung und Entwurzelung erheblicher Teile der bäuerlichen, d.h. primär indianischen Bevölkerung, der zugespitzte Konflikt zwischen den Comunidades indígenas und den expansiven Haciendas; die Auflösungs- und Desintegrations-tendenzen innerhalb der Comunidades selbst. Aber reichten diese „nichtideologischen“ Faktoren aus, um eine Unabhängigkeitsbewegung auszulösen?

Was die Hidalgo-Bewegung über das Niveau einer „normalen“ Bauernbewegung hinaushob, war zunächst ihr kompakter Massencharakter mit etwa 80 000 Anhängern auf dem Höhepunkt. Damit erreichte sie eine den Aufstand unter Tupac Amaru vergleichbare Dimension, war aber ohne Zweifel wesentlich kohärenter und aktionsfähiger. Hinzu trat als weiteres Merkmal der für eine bäuerliche Bewegung überdurchschnittlich hohen Grad an innerer Organisiertheit. Ein drittes Kriterium bestand in der geographischen Dimension der Bewegung, die erst durch die Revolution von 1910 übertroffen wurde. Allerdings erwies sich die agrarische Verwurzelung der Bewegung in dem Sinne als ihre Achillesferse, da sie (mit der bedeutenden Ausnahme Guanajuatos) an der Stadt scheiterte und (unter Morelos) an die „Peripherie“ auswich und schließlich in regionale und lokale Widerstandsherde zerfaserte. Weiterhin verfügte die Bewegung über eine bis dahin unbekannt intensive militärische Macht in Form der lokalen Guerilla, aber auch im Aufbau großer, dem modernen Militärstandard nahekommender Einheiten. Trotz der Niederlage hielt der militärische Widerstand bis 1821 an und konnte von Iturbide in die „konservative“ Unabhängigkeitsrevolution integriert werden. Agustín de Iturbide verkörperte gleichsam idealtypisch den Horror der künftig Herrschenden gegen die soziale, d.h. indianische Revolution: zunächst als Exponent der einheimischen kreolischen Konterrevolution (die keiner Hilfe von Spanien bedurfte) 1810-1813 und dann an der Spitze des antiliberalen Aufstandes von 1821 (bis hin zum verfehlten Versuch, das Kaiserreich Pedro I. von Brasilien zu imitieren).

„Das (1810 - M.K.) war kein Aufstand gegen eine bestimmte Steuer ... oder gegen eine lokale Autorität .. sondern ein Kampf um die politische Unabhängigkeit und die Schaffung eines Nationalstaates.“⁴¹)

Für diesen qualitativen Umschlag vom herkömmlichen Bauernaufstand in eine Unabhängigkeitsrevolution bedurfte es des Zusammenwirkens der unterschiedlichsten Faktorenkomplexe:

1. das historisch neue Niveau (qualitative und quantitative Dimension) der bäuerlichen Bewegung;

2. die tiefgreifende allgemeine Krise der traditionellen kolonialen Wirtschafts-, Sozial- und Machtstrukturen;

3. die Existenz einer kreolischen Hegemonie (Hidalgo - Allende), die der Bewegung ein zunehmend auf die Unabhängigkeit gerichtetes ideologisch-politisches Programm gab, das unter Hidalgo 1810 ausgereift war und von Morelos weiterentwickelt und radikalisiert wurde. Es spricht für das Gewicht des Traditionalismus in der bäuerlich-indianischen Bewegung, daß der Gedanke der Unabhängigkeit nicht über die Postulate der radikalen Aufklärung, sondern über die in den Massen verwurzelte Religion mittels der Symbolgewalt der Virgen de Guadalupe⁴²) transportiert wurde. Umgekehrt betrafte sich die Konterrevolution, die Aufständischen mit dem Stigma der, atheistischen Aufklärung und des jakobinischen Terrorismus zu belegen: sie galten

als Sansculotten. Mit welchem Ernst sich Hidalgo im Verhör gegen den Vorwurf, ein Feind der Religion gewesen zu sein, verteidigte, ist beeindruckend anhand der in der Lilly-Library von Indiana deponierten Quellen nachweisbar;

4. die internationale Konjunktur (Sturz der Dynastie in der Metropole) als auslösendes Moment der Revolution.

Auch die Frage nach der Niederlage der revolutionär-demokratischen Alternative (massiver Dimension unter Hidalgo und Artigas oder lokaler Dimension unter Moreno und Francia) bedarf noch der umfassenderen Aufhellung. Als Anstoß für eine solche Diskussion seien - wiederum thesenhaft verkürzt - die folgenden Gedanken formuliert:

- Im Unterschied zur Revolution von 1789 bildete in der Independencia die Einheit von politischer und sozialer Revolution die Ausnahme und nicht die Regel. Beide Revolutionsebenen (die politische und die soziale) verhielten sich nicht komplementär, sondern konträr zueinander: Es gab in diesem Sinne keine „organische“ Revolution. Hinzu kam die weitgehende Verselbständigung der militärischen Aktionsebene infolge des permanenten Krieges.

- Infolge des fehlenden bürgerlichen Hegemoniepotentials kam es zur sozialen und institutionellen Hegemoniesubstitution. Von sozialer Hegemoniesubstitution darf insofern gesprochen werden, da die kreolische Grundoligarchie eine im erheblichen Umfange durch ihre realen Lebensbedingungen noch vorbürgerlich geprägte Klasse (oder Herrschaftsschicht) darstellte. Dem widerspricht nicht ihre partielle ideologische „Modernität“ (Einfluß der Aufklärung, des englischen Verfassungsmodells, der USA und Frankreichs), ebensowenig ihre regional z.T. intensive Markteinbindung (wie im Falle Venezuelas oder von Buenos Aires). Fakt bleibt, daß die mit 1789 in Frankreich und der industriellen Umwälzung in England sich durchsetzende bürgerliche Epochenhegemonie im Grad der wachsenden Entfernung von der „zentralen Revolutionsachse“ in Europa hin zur Peripherie eine starke Brechung und Modifizierung erfuhr. Das Ereignis vollzog sich zeitversetzt: chronologisch lag die Independencia nach 1789, in ihren strukturellen Voraussetzungen und Abläufen lag sie jedoch davor. Pierre Chaunu's apodiktische Feststellung⁴³, die Independencia sei entweder zu spät oder zu früh gekommen, zielt zwar nicht auf das Problem der gespaltenen historischen Zeit, kennzeichnet das Dilemma aber durchaus zutreffend. Eine institutionelle Hegemoniesubstitution ergab sich in dem Sinne, daß infolge des kontinentalen Befreiungskrieges der Armee (Ejército libertador) eine zentrale Rolle zukam. Es erfolgte zwangsläufig eine Militarisierung der Revolution und eine Verselbständigung der bewaffneten Gewalt. Die Armee kompensierte nicht nur das Fehlen einer „modernen“ Hegemoniaklasse, sie kompensierte ebenso die fehlende Massenbasis der Revolution. Zu oft wird ein wichtiges Faktum übersehen: Der Höhepunkt der radikalen und eigenständigen Volksbewegungen fällt weitestgehend mit der ersten Phase der Independencia 1809/10 - 1815/16, d.h. mit der regionalen Inkubationszeit der Revolution zusammen. Die zweite Phase, d.h. die „eigentliche“ kontinentale Revolution, reduziert sich wesentlich auf die militärische Komponente der Independencia. Damit entfielen zuneunend die Voraussetzungen für eine „jakobinische“ Alternative mit entsprechender Transmission zwischen Führung und Massenbasis;

- Durch die Überlappung von Klassen- und Rassengegensätzen wurden selbst die fortgeschrittensten Vertreter der Kreolenpartei durch die Gefahr der Pardocracia, das bereits erwähnte Haiti-Syndrom, traumatisiert;

- Die Revolution konnte nur als kontinentale Revolution siegen. Diese kontinentale Revolution war jedoch ein primär politisch-militärisches und kein soziales Phänomen. Die Konstituierung

der realen politischen und sozialen Macht erfolgte auf regionaler Basis unter Kontrolle der gemäßigt-liberalen bis offen konservativen kreolischen Interessengruppen. Damit war der Sturz der Bolívarianos (1825/30) programmiert, zugleich aber auch die Chance einer erneuten sozialen Öffnung der Revolution, wie sie für Bolivien durch Bolívar und Sucre zumindest in der Tendenz angelegt war;

- Die Ansätze einer revolutionär-demokratischen und agrarischen Alternative der Independencia blieben stets lokal und regional gebunden, ohne die Möglichkeit einer kontinentalen Ausstrahlung. So begrenzte sich die kontinentale Komponente auf den („von oben“ bestimmten) Aktionsradius des Ejército libertador und blieb folglich ohne eine eigenständige „soziale Dimension“.

Es vertiefte sich zunehmend jene Klassenkonstellation, deren Resultat die soziale Nicht- und die politische Teilvollendung der Independencia war.

Exkurs über Dr. Francia:

Die besondere Stellung Paraguays, speziell der persönlichen Diktatur von Dr. Gaspar Rodríguez de Francia, ist durch das Dezemberkolloquium 1990 der italienischen Vereinigung für lateinamerikanische Sozialstudien (ASSLA) in Rom auf Initiative von P. Catalano erneut zum Gegenstand einer breiteren wissenschaftlichen Öffentlichkeit geworden und führte paraguayische wie europäische Experten zu kritischem Dialog zusammen. Obwohl es um die „Aspekte des öffentlichen Rechtes im Denken und Handeln des Dr. Francia“ ging, stand - wie nicht anders zu erwarten - das historische Gesamtwerk Francias zur Diskussion. Da inzwischen die beiden ersten Bände der „*Cartas y Decretos del Dictador*“ (eine auf der Grundlage der kaum noch greifbaren *Colección Barreiro* von A. Viola besorgte Ausgabe, die am Ende etwa 15 Bände umfassen soll) vorliegen, besteht die Möglichkeit, die bisherige Fixiertheit der Urteile auf die zeitgenössischen Berichte von Rengger-Longchamp und den Brüdern Robertson zu überwinden. Das genannte Kolloquium machte die Fülle der Fragen deutlich, die noch immer für die historische Einordnung des „Phänomens Francia“ in der Geschichte der Independencia bestehen. Fest steht die Tatsache, daß die Franciadiktatur eine autonome Alternative im Prozeß der Independencia darstellte, obwohl die Urteile noch immer zwischen einer fast grenzenlosen Idealisierung (A. Irala Burgos) und der Verdammung als „barbarischer Kazique“ (Carlos Pereyra) schwanken. Was jedoch die eigentliche historische Faszination der Herrschaft Francias von 1814/16 bis 1840 ausmacht, läßt sich in folgenden Gedanken zusammenfassen:

1. Der Versuch, den neuen Staat institutionell nach dem antik-römischen Vorbild zu formieren. Es handelte sich dabei nicht um eine lediglich über Frankreich vermittelte Vorstellung, sondern die bewußte Rezeption des über die Aufklärung gewonnenen Antikebildes, das in seinen entscheidenden Institutionen (Triumvirat, Konsulat, Diktatur auf Zeit und schließlich auf Lebenszeit) eine von der heroischen Illusion jener Epoche geprägte abstrakte Idee der antiken Gesellschaft einschloß.

2. Oberstes Prinzip der Politik war die Verteidigung der Souveränität des Landes gegen den Herrschaftsanspruch von Buenos Aires, Brasilien und einer möglichen spanischen Invasion zur Wiederoberung, wie sie von Morillo und Monteverde zeitweilig im Norden des Subkontinents (Venezuela) versucht wurde. Aus dieser Dreifrontenstellung erwuchs die Notwendigkeit für die weitestgehende Selbstisolierung des Landes.

3. An die Stelle der ursprünglich von Francia favorisierten Idee einer Konföderation unabhängiger Republiken trat der von außen erzwungene Rückzug auf das eigene Potential. Auf diese Weise sicherte sich Paraguay, im Unterschied zum von Caudillo-Ambitionen und Bürgerkriegen geschüttelten restlichen Lateinamerika, eine über Jahre andauernde ökonomische und soziale Prosperität, bis hin zu den Grundlagen einer autochthonen manufaktuellen Produktion.

4. Die soziale Basis der Franciadherrschaft war die bäuerlich-indianische Bevölkerung, der über moderate Pachtsätze der Zugriff vom Boden erleichtert wurde und über die „Estancias de la Patria“ das traditionelle kreolische Bodenmonopol beseitigte. Vom erzwungenen Protektionismus zog das einheimische Handwerk Gewinn.

5. Zwar führte Francia, da Paraguay ein längerer Befreiungskrieg erspart blieb, keine „Guerra a Muerte“ im Sinne Simón Bolívars (weshalb die Zahl der physischen Opfer der Revolution im Unterschied zum übrigen Lateinamerika moderat blieb), jedoch sorgte ein ganzes System von Maßnahmen (Einteilungen, Beseitigung des Erbrechts, Tributaufgaben, Verbot des Heiratens weißer Frauen durch Eurospanier und Kreolen, Umsiedlung in das Landesinnere) für eine soziale und ethnische Homogenisierung, d.h. die gezielte Schaffung einer „paraguayischen Nation“, deren Entstehung von deutscher Seite bis jetzt am umfassendsten von G. Kahle dargestellt worden ist. Einen vergleichbaren Versuch der ethnischen Homogenisierung, wenngleich unter extrem gewaltsamen und an Genozid gemahenden Bedingungen kennt eigentlich, wie oben skizziert, nur noch die Geschichte Haitis zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Mit dem Element des offenen Terrors fehlte der Franciadiktatur ein entscheidendes Merkmal des „Totalitarismus“: Selbst hohe Schätzungen verzeichnen in der sechszwanzigjährigen Herrschaft nicht mehr als 68 Hingegerichtete (einschließlich von Kriminellen); Bolívar ließ dagegen allein in La Guaira 870 Gefangene erschießen, da ihm die Zahl des Bewachungspersonals zu deren Kontrolle zu gering erschien...

6. Da Francia, dessen Intentionen eindeutig den Vergleich mit einem nicht durch, aber für das Volk regierenden „aufgeklärten Despoten“ (C. F. Mathias de Souza) herausfordern, davon ausging, daß das Volk einen Zeitraum von etwa vierzig Jahren benötigte, um zur freien Selbstbestimmung nach „normalen“ demokratischen Spielregeln fähig zu sein, nahm seine Herrschaft die Formen einer persönlichen Diktatur an (Dictador Supremo y Perpetuo de la República), die alle drei Gewalten auf ihm vereinigte. Diese Diktatur war weder Instrument einer bestimmten Klassenherrschaft noch der in vielen anderen Ländern im Kampf um die politische Macht stehenden regionalen Interessengruppen. Damit entfallen die Voraussetzungen, um die Persönlichkeit Francias in die vorgestanzten Schemata des traditionellen Caudillismus oder sogar der von Rousseau und den Jakobinern abgeleiteten Gewaltlinie der neuzeitlichen Geschichte einzuordnen. Für den Bezug auf ein an Hannah Arendt geschultes Totalitarismusverständnis fehlen ebenfalls wesentliche Elemente, von der plebiszitären Demokratie und jakobinischen Intransigenz bis zum Zusammenspiel von Mob und Elite und dem extrem expansiven Nationalismus. Andererseits kann die anhaltende Debatte um den „national-demokratischen“ Charakter der Franciadiktatur (M.S. Arjpermvic, M. Kussok, V. Mirosevskij, E.L. Nitoburg, S. Guerra Vilaboy, Omar Díaz de Arce u.a.) die Tatsache einer starken Tendenz zur „Revolution von oben“ nicht ohne weiteres übergehen. Die anlässlich des Seminars über „Yo el supremo“ von Augusto Roa Bastos (Poitiers, 1976) vertretene These „José Gaspar de Francia, el Robespierre de la Independencia Americana“ (Georges Fournial) entbehrt natürlich nicht einer gewissen Attraktivität.

Aus der Sicht Francias stellte sich Paraguay - bildlich formuliert - als eine „republica de huerfanos“ dar. Ob jesuitische Tradition eine Rolle spielte, mag dahingestellt bleiben (der anhaltende Streit um diese Frage kann hier nicht ausgetragen werden). Festhaltenswert scheint dagegen die Tatsache, daß es sich bei der Diktatur des Dr. Francia um eine Variante des „vormundschafflichen Staates“ gehandelt hat, deren Wurzeln im Pädagogismus der Aufklärung ebenso zu suchen sind wie in den besonderen historischen Bedingungen der politisch-staatlichen Emanzipation dieser Region, die innerhalb des spanisch-amerikanischen Kolonialimperiums stets von einer eigenen Entwicklung gekennzeichnet war. Eurozentrische Bewertungskriterien, die schon für die Independencia insgesamt versagen, tun dies im Falle Paraguays auf besondere Weise. Deswegen vermag auch das von V. Frantel bereits 1954 in Anwendung gebrachte Konzept der „nación-cultura“ und des „pueblo-provincia“ keine überzeugende Lösung zu bieten.

7. Der schwierigste Punkt der Debatte um die Francia-Diktatur bleibt am Ende offensichtlich das Fehlen von (im Sinne von 1789) modernen (Bürger-)Rechten. Diese Diskussionsebene über den politischen Zustand im „neuen China“ (Rengger-Longchamp) ist die am meisten emotionsüberlagerte. Auch hier versagen die üblichen eurozentrischen Vergleiche: Wer erinnert sich daran, daß der Prozeß der Herausbildung der „modernen“ Demokratie vom 16. bis zum 19. Jahrhundert weit über 400 Jahre dauerte und allein Frankreich eine ganze Serie von Revolutionen durchlief, ehe im Jahre 1875 die III. Republik zumindest einen Teil der Prinzipien von 1789 dauerhaft verankerte. Für andereuropäische Regionen gilt offensichtlich noch immer ein anderes historisches Zeitverständnis. Ebenso oft wird angesichts der zumeist negativen Urteile der Zeitgenossen, die es Francia nicht verziehen, ein transkreatives, d.h. über die Interessen der lokalen Oligarchie hinweggehendes Staats- und Gesellschaftsmodell (von R. García Mellid nicht unzutreffend als „tipo semi-comunitario“ bezeichnet) errichtet zu haben, dem wesentliche Elemente einer „moral economy“ eigen waren. Gab es für Francia die Möglichkeit, über das protobürgerliche Entwicklungsniveau einer bäuerlich-handwerklich-manufaktuellen Wirtschaft hinauszustoßen?

8. Die Absage der Franciadiktatur an das liberale Modell war keineswegs wertkonservativ begründet und entzieht sich damit auch der Einordnung in die traditionelle Bipolarität von Liberalismus und Konservatismus, die das politische Leben des postrevolutionären Lateinamerika beherrschte. Der Umgang mit dem Begriff der Freiheit - der behaupteten wie der tatsächlichen - bedarf für die Epoche der Französischen Revolution und ihrer Nachfolgerevolutionen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch der differenzierten Aufarbeitung fernab jeglicher abstrakt-juristischer Konstrukte idealtypischer Tendenz. Selbst die überzeugten Anhänger der radikalsten Demokratie - es mag genügen, auf Maximilien Robespierre zu verweisen, tendierten zu einem „kanalisierten“ Gebrauch der Freiheit, indem sie diese den rigiden Normen einer eng gefaßten republikanischen Moral unterwarfen. Francias Politik ist durchaus an einer Reihe von Maximen meßbar, die Robespierre in seiner berühmten Rede vom 5. nivôse de l'an II (25. Dezember 1793) formulierte:

- „Die konstitutionelle Regierung befaßt sich hauptsächlich mit der Bürgerfreiheit; die Revolutionsregierung mit der Staatsfreiheit“;
- „Sie [die Revolutionsregierung] stützt sich auf das heiligste aller Gesetze, das Wohl des Volkes, auf den unbestreitbarsten aller Rechtsgründe, die Notwendigkeit“;
- „Der Patriotismus ist heiß von Natur aus. Wer kann sein Vaterland lieben und kalt sein!“

Man vergleiche diese Ansichten Robespierres mit der wiederholten Beschwörung der „sagrada soberanía“ durch Francia, seinem Gebot, „die allgemeine Sicherheit, das öffentliche Wohl, die Festigung der Freiheit und die bürgerliche Unabhängigkeit der Republik“ über alles zu stellen und öffentliche Ämter nur denjenigen Patrioten anzuvertrauen, die Gewähr bieten, „feste und entschiedene Anhänger der gegenwärtigen Verfassung, der Freiheit und absoluten Unabhängigkeit dieser Republik“ zu sein (Brief an den Stadtrat von Asunción, 21. Dezember 1815). Bei Dr. Francia gab es eine deutliche Unterscheidung zwischen der Freiheit des Einzelnen („Bürgerfreiheit“) und der gesellschaftlichen Freiheit („Staatsfreiheit“). Aus dem Konzept der absoluten Unabhängigkeit des Landes und der „heiligen Souveränität“ resultierte der Primat der gesellschaftlichen („staatlichen“) Freiheit, d.h. die politisch-staatliche Freiheit aller Landesbewohner („Bürger“) stand über der Freiheit des einzelnen Individuums. Faktisch gab es ein kollektives Fundamentalrecht, das auf der Unabhängigkeit des Landes fußte, und ein Individualrecht, das von ersterem abgeleitet wurde, diesem aber stets nachgeordnet blieb. Es handelte sich um nicht weniger als um eine spezifische Form der Auslegung der von Jean-Jacques Rousseau übernommenen Idee der „volonté générale“. Wenn Julio Chávez, der zweifellos bedeutendste Biograph Francias, die Frage stellte, wann sich der einstige Rousseau-Schüler mit dem Übergang zur persönlichen Diktatur von den Ideen seines geistigen Ziehvaters verabschiedet habe, so müßte es wohl eher heißen, wann und warum der Diktator die Prinzipien Rousseaus auf neue Art zu interpretieren begann. Der Unterschied zwischen dem „theoretischen“ Rousseau und dem „praktischen“ Dr. Francia war kaum größer als bei den Robespieristen. Schließlich teilten die jakobinische Terreur und der egalitäre Patriarchalismus Francias ein Element, worauf der kubanische Historiker S. Guerra Vilaboy (1984) hinwies: die Utopie.

- ¹ M. Kossok, El carácter histórico-social de las revoluciones de Independencia en América Latina, in: Ders., La revolución en la historia de América Latina, La Habana 1989, S. 155ff.
- ² Ders., Historia comparativa de las revoluciones de la época moderna. Problemas metodológicos y empíricos de la investigación, in: M. Kossok u.a., Las revoluciones burguesas, Barcelona 1983, S. 11ff.
- ³ Ders., 1789 und die neuen Alternativen gesellschaftlicher Transformation, Berlin 1989 (= Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, 9 G 1989).
- ⁴ W. Schmidt u.a., Die europäischen Revolutionen 1848/49, in: Revolutionen der Neuzeit 1500-1917, hrsg. und eingel. von M. Kossok, Vaduz 1982, S. 289.
- ⁵ G. Moll, „Preußischer Weg“ und bürgerliche Umwälzung in Deutschland, Berlin 1988.
- ⁶ Der Vf. ist in seinen Überlegungen zu „Anomalien im bürgerlichen Revolutionszyklus“ gelegentlich auch dieser Tendenz erlegen.
- ⁷ A. Soboul, La fondation Basso et Histoire de la Révolution française, in: Annali della Fondazione Lelio e Lisli Basso - Isocco, Bd. 1, Rom 1975, S. XLI.
- ⁸ Vgl. La Révolution française, modèle ou voie spécifique?, Paris 1988, Cahiers d'histoire de l'institut de Recherches marxistes, Nr. 32.
- ⁹ C. Furtado, Economic Development of Latin America. A Survey from Colonial Times to the Cuban Revolution, Cambridge 1970, S. 19ff.
- ¹⁰ H. R. Trevor-Roper, The Lost Moments of History, in: The New York Review, Oct. 27, 1988, S. 61ff.
- ¹¹ Ebenda.
- ¹² L'Absolutisme éclairé, hrsg. von B. Köpeczi, Budapest/Paris 1988; L. Krieger, An Essay on the Theory of Enlightened Despotism, Chicago/London 1975.
- ¹³ Vgl. „Las Indias en el siglo XVIII“, in: Historia de España. Menéndez Pidal, hrsg. von J. M. Jover Zamora, Bd. XX/2, Madrid 1988, S. 11f.

- ¹⁴ Über „Florida Blancas Große Furcht“ vgl. R. Herr, *The Eighteenth Century Revolution in Spain*, Princeton N.J. 1958, S. 239ff.
- ¹⁵ K. O. Frhr. v. Aretin, *Aufgeklärter Herrscher oder aufgeklärter Absolutismus*, in: *Gesellschaftsgeschichte. Festschrift für K. Bosl zum 80. Geburtstag*, hrsg. von F. Seibt, München, Bd. I, 1988, S. 78ff.
- ¹⁶ J. Bruhat, *Les origines de l'anticolonialisme en France*, in: *Cahiers Internationaux*, Nr. 43, Febr. 1953.
- ¹⁷ T. S. Di Tella, *La Rebelión de los Esclavos de Haití*, Buenos Aires 1984, S. 14.
- ¹⁸ G. Debien, *Les colons de Saint-Domingue et la Révolution. Essai sur le Club Massiac (Aout 1789 - Aout 1790)* Paris 1953. Der Klub umfaßte 361 offizielle Mitglieder.
- ¹⁹ F. Brito Figueroa, *Las insurrecciones de los Esclavos Negros en Venezuela Colonial*, Caracas 1961.
- ²⁰ Vgl. M. Zeuske jr., *Kolonie, Reform und Revolution. Vom „bourbonischen Jahrhundert“ in Spanisch-Amerika zur Unabhängigkeit Lateinamerikas: Simón Bolívar und die Formierung der kreolischen Hegemonie in der Independencia Venezuelas*, Habilitationsschrift (Ms.), Leipzig 1991, S. 129ff.
- ²¹ C. L. R. James, *Die schwarzen Jakobiner. Toussaint L'Ouverture und die San-Domingo-Revolution*, Berlin 1984.
- ²² Vgl. *Anm.* 17.
- ²³ James, a.a.O., S. 266ff.
- ²⁴ Ebenda, S. 424ff.
- ²⁵ J. Bruhat, *Maximilien Robespierre und die Kolonialprobleme*, in: *Maximilien Robespierre 1758-1794*, hrsg. von W. Markov, Berlin 1958, S. 152.
- ²⁶ José L. Franco, *Historia de la Revolución de Haití*, La Habana 1966: „El genio de Dessalines era unilateral. Pero en esta etapa histórica el hombre necesario era él y no Toussaint“ (S. 301).
- ²⁷ Vgl. das „Réglement de Culture“ vom 12. Oktober 1800, in: E. H. J. Maurer, *Der schwarze Revolutionsär. Toussaint l'Ouverture*, Meisenheim/Glein 1950, S. 204ff.
- ²⁸ G. Lemarchand, *Caractères nouveaux et historiquement spécifiques apportés par la Révolution*, in: *La Révolution française [Anm. 8]*, S. 37ff.
- ²⁹ T. Lepkowski, *Haití*, La Habana 1968, Bd. 1, S. 91ff.
- ³⁰ Vgl. M. Zeuske jr./C. J. Munford, *Die „Große Furcht“ in der Karibik: Saint-Domingue und Kuba 1789-1795*, in: *ZfG* 1991, H. 1, S. 41ff.
- ³¹ Vgl. den Grundtenor der Beiträge in: *L'Amérique Latine et la Révolution française*, Paris 1989.
- ³² M. Kossok, *Historia de la Santa Alianza y la Emancipación de América Latina*, Buenos Aires 1968, S. 109ff.
- ³³ Ders., *Simón Bolívar und das historische Schicksal Lateinamerikas*, Berlin 1983 (=Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, 12 G 1983).
- ³⁴ D. Bushnell, *El régimen de Santander en la Gran Colombia*, Bogotá 1966, S. 88ff.
- ³⁵ M. Kossok/M. Zeuske jr., *El factor militar en la Independencia. La dialectica entre guerra et revolución en el período 1810-1830*, Bordeaux 1991 (im Druck).
- ³⁶ T. Halperin Donghi, *La crisis de Independencia*, in: *La Independencia en el Perú*, Lima 1972, S. 112f.
- ³⁷ Vgl. J. Artigas, *Documentos*, La Habana 1971, S. 159ff.
- ³⁸ Vgl. B. Schröter, *Die Unabhängigkeitsrevolution in der Banda Oriental (Uruguay) 1911 bis 1820*, in: *AALa* 1988, H. 6, S. 1082.
- ³⁹ Vgl. die Beiträge (Part II), in: *Riot Rebellion, and Revolution. Rural Social Conflict in Mexico*, hrsg. von F. Katz, Princeton 1988, S. 65ff. - Ebenfalls: *The Independence of Mexico and the Creation of the New Nation*, hrsg. von J. E. Rodríguez, Los Angeles 1989, S. 19ff., 301ff.
- ⁴⁰ Vgl. den Beitrag von E. van Young in: F. Katz, a.a.O., S. 176ff.
- ⁴¹ Van Young, a.a.O.
- ⁴² Beiträge von E. van Young (S. 109ff.) und J. del Arenal Fenochio (S. 237ff.) in: J. E. Rodríguez, a.a.O.
- ⁴³ P. Chaunu, *Interprétation de l'indépendance de l'Amérique Latine*, in: *Bulletin de la Faculté des Lettres de Strasbourg*, Nr. 3, 1963, S. 5-33.

Transformation, Widerstand und Volksbewegungen in Spanisch-Amerika: Vom „bourbonischen Jahrhundert“ zur Unabhängigkeit (1750-1830)

Transformation als „Gestaltwandel“ läßt sich in Spanisch-Amerika schon bei einem flüchtigen Vergleich der Jahre 1750 und 1830 leicht nachweisen. Im Makrobereich der Politik war aus dem in trügerischem „Frieden“ ruhenden spanischen „Kolonialimperium“ ein unruhiger Kontinent neuer Staaten und Republiken geworden. Die Machtstrukturen des „äußeren“ imperialen Kolonialismus wichen einer fragilen politischen Unabhängigkeit einzelner Republiken. Eine Epoche der Kriege, Rebellionen und Kämpfe löste die scheinbare Ruhe des Kolonialzeitalters ab. Aus „Spanisch-Amerika“ wurde über eine Zwischenstufe („ehemalige spanische Kolonien in Amerika“) „Lateinamerika“ oder die eher geographische Benennung „südamerikanische Freistaaten“. Auch die politischen Eingriffe der unteren Volksklassen vollzogen einen qualitativen „Gestaltwandel“. Während die Kolonialzeit durch eine Kontinuität von *Widerständen* gegen das Vordringen der spanisch-keolischen Kulturen geprägt war, deren Geschichte - gegen den Mythos von der „abgeschlossenen Conquista“ - noch zu schreiben ist, kam es im Umfeld und während der Transformation zu *Volksbewegungen* eigenständigen Charakters.

Auch im Mikrobereich, etwa in der äußeren Erscheinung, in der Kleidung, im Denken und im Verhalten der Individuen zeigte sich der Gestaltwandel, wie durch den Vergleich von zeitgenössischen Bildern und Texten der Zeit um 1750 mit solchen der Jahre um 1830 leicht zu erkennen ist.

Versteht man aber Transformation in der Handlungsebene als „Gestaltung“ von Gesellschaften, bei der bestimmte Menschengruppen mit vorrangig politischen Mitteln ihre Projekte und Modelle realisieren *wollen*, so stellt sich das grundsätzliche Problem von objektiven Bedingungen und Politik. Während bestimmte Gruppen und Schichten immer *im* Transformationsprozeß der Kolonialgesellschaft ihre Ziele zu verwirklichen suchten, leisteten speziell in Amerika große Gruppen der Bevölkerung seit der Conquista des 16. Jh. langanhaltenden Widerstand gegen jedwede Kolonialpolitik. Mit dem massiven Einsetzen der Reformpolitik seit 1760 („bourbonische Reformen“) nahm dieser Widerstand quantitativ und speziell seit 1791 auch qualitativ neue Züge an, um dann in der Unabhängigkeitsbewegung und *Independencia* („Unabhängigkeitsrevolutionen“ 1810-1830) in offensiven Formen aufzutreten, neue politische Formen zu prägen und - v.a. über den „Caudillismo“ - auch die entstehenden „nationalen“ Gesellschaften (mit)zugestalten. Letztere Phänomene sind in der marxistisch orientierten Revolutionsforschung mit dem Großbegriff der „Volksbewegung“ gefaßt worden.

Vorliegende Arbeit soll in Form einer Synthese zeigen, daß diese bisherige begriffliche Kanonisierung zu wenig nach den differenzierten regionalen (geographischen), ökonomisch-sozialen und soziokulturellen Grundlagen sowie historischen Wurzeln des Phänomens „Volks-

bewegung“ gefragt hat. Überhaupt scheint der Bereich „Widerstand“, der sich nicht mit dem Begriff einer „zielgerichteten“ *Volksbewegung* gleichsetzen läßt, bisher zu wenig im Sinne von eigenständiger Politik, von Politikalternativen und von permanenter, wenn auch diskontinuierlich wirkender Gegenmacht thematisiert worden zu sein. Dabei kann davon ausgegangen werden, daß aus der Perspektive der vergleichenden Revolutionsforschung das Verhältnis von *Volksbewegung* (ern) und *Revolutionsführung* (Hegemonie) den zentralen Dreh- und Angelpunkt aller Revolutionen bürgerlich-liberalen Typs bildet. Den kolonialamerikanischen Bedingungen entsprach nach diesem Konzept eine *Volksbewegung* mit spezifischen Beziehungen zu den Hegemoniekräften. In den meisten Texten aber erscheinendiese „Bewegungen“ faktisch aus dem historischen Nichts auf der Bildfläche der Revolution und verschwanden nach vollendeter „progressiver“ Leistung auch wieder dorthin; das Zusammenwirken völlig unterschiedlicher sozialer Kräfte wurde oftmals mit der Erfüllung geschichtlicher „Aufgaben“ erklärt.

Eine genauere Analyse des amerikanischen Transformationsprozesses in der Dimension der „longue durée“ zeigt aber, daß gerade geographische Gegebenheiten, wirtschaftliche Strukturen und spezifische soziokulturelle Konstellationen einzelner Regionen differenzierte Formen von Widerständen gegen Kolonialreformen wie auch gegen Revolutionäre kreolischer Herkunft hervorbrachten. Zugleich wird deutlich, daß sich diese Widerstände gegen Kolonisierung und koloniale Gesellschaft erst in bestimmten Etappen und Regionen zu *Volksbewegungen* wandelten, die die politische Dimension der Transformation, v.a. in ihrer revolutionären Phase (seit 1810/12), mitgestalteten. „*Volksbewegungen*“ radikalen Typs gar für die Ziele bürgerlicher Revolutionen bildeten auf dieser breiten Grundlage von Widerständen aber eher die interessante Ausnahme und erfordern deshalb eine genauere Analyse ihrer Genese und Struktur. Radikalisierung konnte sich dabei gleichlaufend (bezogen auf den gesamten Transformationsprozeß) auf allen Ebenen, d.h. als militärische, soziale, politische, ideologische und kulturelle Radikalisierung, oder in verschiedenen Kombinationen vollziehen.¹⁾ Dabei kann zweifelsohne der militärischen Radikalisierung unter den Bedingungen von erodierendem kolonialem Repressionsapparat, permanentem antikolonialem (Bürger-)Krieg und militärischen Invasionen besondere Bedeutung zu. Von ihr gingen nach einem „liberal-juntistischen Zwischenspiel“ die wesentlichen Impulse für eine Verknüpfung mit den anderen Ebenen aus. Letztlich die *Maierevolution* in Buenos Aires scheint hier eine gewisse Ausnahme darzustellen.²⁾

Mit Sicht auf das spanische Kolonialreich lassen sich für den zeitlich weitgefaßten Zusammenhang von Ausgangsbedingungen, Widerstand und Radikalität von *Volksbewegungen* folgende relevante regionale Komplexe herausarbeiten.³⁾

1. Viehwirtschafts- und/oder Grenzregionen

Die Grundcharakteristika der betreffenden Regionen erwachsen aus der wechselseitigen Verknüpfung der Besonderheiten des Kolonisierungsprozesses (Triebkräfte, Dauer, Derivate), den schwach entwickelten kolonialen Gesellschaftsstrukturen und der Entstehung von Flucht- und Widerstandskulturen, der großen sozialen Mobilität der Einwohner und aus den soziokulturellen und mentalen Spezifika (eigentümliche regionale Sitten und Bräuche, elementares Politik- und Eigentumsverständnis, hoher Grad von Spontaneität, Tradition der Gewalt).

Diese generellen Aspekte konnten, in Abhängigkeit von der unterschiedlichen Gewichtung von Viehwirtschaft und Grenze im Verhältnis zueinander oder in Abhängigkeit von der differenzierten Ausprägung der beiden Typenelemente selbst, mehr oder weniger großen

Modifizierungen unterworfen sein. In ähnlich differenzierter Weise wirkte sich die unterschiedliche Einbindung der Region in den dazugehörigen wirtschaftlichen Großraum aus.

Ausgehend von diesen Generalia lassen sich mit Blick auf Venezuela, Neu-Granada und Apam (Zentralmexiko), die Provincias Internas (Nordmexiko), Patagonien und Südchile einige relevante Problemfelder hervorheben.

Das Phänomen der Grenze⁴⁾ in Spanisch-Amerika differenzierte sich entsprechend seiner militärischen, politischen, ökonomischen und sozio-kulturellen Konditionen zumindest in indianische, kontinental-fremdländische und maritim-fremdländische Grenztypen, aber es kamen auch Grenzen vor, die es zeitweilig oder andauernd mit Widerstand (Maronen, Quilembos) zu tun hatten. In der Banda Oriental, neben den Llanos von Venezuela wohl die typische Viehwirtschafts- und Grenzregion, war v.a. der portugiesische Expansionismus und nachgeordnet der anhaltende indianische Widerstand gegen die spanische Kolonisation von besonderer Relevanz. Im Zusammenspiel mit wachsenden Konflikten zum politisch-ökonomischen Hinterland erwuchsen daraus die ungemaine Gewichtung des Schmuggels als wesentliches Moment der ursprünglichen Akkumulation, eine überdurchschnittliche Konzentration des Klein- und Mittelbesitzes, eine im weitesten Sinne in den Vorhof liberalen Nationalismus' anzusiedelnde Tendenz der Integration bzw. Desintegration des Gaucho - als tragendes soziales Strukturelement dieser Regionen, in die koloniale Exportgesellschaft.⁵⁾

In den Llanos von Venezuela hatten sich bereits kurz nach der Conquista Flucht- und Widerstandskulturen um indianisch-mestizische Kerne gebildet. Mit der Herausbildung der Plantagenökonomie floß diesen Gesellschaften ein regelmäßiger Strom geflohener Sklaven, Entwurzelter und zu Verbrechern abgestempelter freier Farbiger („Pardos“) sowie Schmuggler, entlaufener Soldaten und Mönchen zu. Mit der Ausdehnung der Fleischproduktion (Häute, Talg, Transportvieh) zur Versorgung der Plantagenzonen und Städte schob sich die von kleinen Viehzüchtern und großen Besitzern getragene Schlacht- und Weidewirtschaft gegen die Llanerokultur vor, die auf Jagd, Vieh"rauh" und Schmuggel beruhte. Die Geschichte der Llanos wurde zur „Chronik der angekündigten Gewalt“⁶⁾. Über hundert Jahre (1750-1850) kam es zu Widerstand und zu bewaffneten Konflikten, die bis zur mit grausamsten Mitteln geführten „Guerra a muerte“ eskalierten. Die Llaneros ergriffen die Offensive gegen den urbanisierten Norden. Dabeiprägten sie der Independencia zeitweilig ihre Politikformen auf.

In Südchile und Nordmexiko dominierte vor allen Dingen die permanente Auseinandersetzung mit den nicht unterworfenen indianischen Stämmen der Araukaner bzw. Yuki und Chichimeken.

Allernählich prägte sich in Nordostmexiko (Texas), ähnlich, wenngleich auch genetisch noch weit schwächer als in der Banda Oriental, eine Tendenz zu regionalen Autonomiebestrebungen aus.⁷⁾ Die für Mexiko auf fatale Weise „anwachsende“ Nähe zu den USA spielte dabei eine immer größere Rolle. Einschließlich des von Spanien nahezu unberührten Patagonien wird an diesen Regionen besonders deutlich, daß es sich bei den meisten Vieh- und Grenzregionen um traditionelle indianische Widerstands- und Rückzugsgebiete handelte, die im Laufe der Kolonialzeit zu regelrechten Fluchtzonen mit meist mestizisierten synkretistischen Kulturen wurden und sich - je nach konkreten Gegebenheiten - zu Reservoirs der Volksbewegungen entwickelten.

Einen anderen Fall stellen die Llanos von Apam dar. Geographisch und wirtschaftlich gesehen, könnte man sie im weiteren Sinne als viehwirtschaftliche Enklave betrachten. Es scheint, daß quasi als Kompensation für den fehlenden Grenzcharakter die strategisch bedeutsame

Lage der Region möglicherweise als konstitutives Strukturelement fungiert hat.⁸⁾ Größere soziale und räumliche Mobilität sowie traditionelle, oftmals als „Banditentum“ bezeichnete Lebensweise und politische Kultur sowie Traditionen des Widerstandes waren in allen genannten Regionen wichtige Faktoren für die Ausprägung regionaler Volksbewegungen in der Independencia.

2. Zonen der Koexistenz von indianischen Dorfgemeinden und Hacienda-Produktion

Hierzu rechnen wir v.a. solche Gebiete wie Zentralmexiko und die im Süden angrenzenden Regionen, das Hochland von Peru und Teile Neugranadas sowie Venezuelas (Mérida). Die sozialen und ökonomischen Grundelemente dieser Regionen wurden geprägt durch seitens der Spanier modifizierte präkolumbianische Ausbeutungsformen und kulturelle Traditionen während der Kolonialzeit. Dazu kam eine relativ hohe ethnische und soziale Homogenität der unteren Volksklassen und ihre seit der zweiten Hälfte des 16. Jh. ausgeprägte Fähigkeit der Verweigerung von Akkulturation selbst innerhalb der „zivilisierten“ Kolonialgesellschaft. Die Integration in entstehende regionale oder gar überregionale Märkte bzw. Zirkulationskreisläufe (und die daran gekoppelten Konjunkturzyklen), die Dynamik der Haciendaexpansion, die Stabilität der indianischen Dorfgemeinden und die sich verändernden fiskalischen Interessen der Kolonialmacht waren letztlich für einsetzende Differenzierungsprozesse verantwortlich. Dementsprechend lassen sich z.B. für Neu-Spanien verschiedene Existenzformen der indianischen Dorfgemeinde nachweisen. Während im Bajío ein relativ hoher Prozentsatz von Gemeinden der sozialen und kulturellen Erosion anheimfielen, dominierten im Umfeld der Hauptstadt Mexiko relativ stabile Gemeinden, die von günstigen regionalen Marktbeziehungen profitierten. In Michoacán dagegen waren v.a. die noch relativ abgeschlossenen, auf Subsistenzwirtschaft beruhenden Dorfgemeinden anzutreffen.⁹⁾ Hiervon läßt sich unverkennbar ein Zusammenhang mit der sich später ausformenden „Geographie der Revolution“ in Neu-Spanien ableiten. Es spricht vieles dafür, daß es eine enge Verbindung gab zwischen existenziell bedrohter oder besonders benachteiligter Dorfgemeinde, zunehmendem Widerstand, Sozialbanditentum und schließlich eruptiv-radikaler Volksbewegung auf der einen sowie noch relativ autarker und stabiler Gemeinde und beständigeren Rückhalt für die antikolonialen Kräfte auf der anderen Seite. Ein bisher schwer genau kalkulierbarer, aber für die Radikalität der Volksbewegung insgesamt äußerst wichtiger Faktor entsprang der Verbindung von autochthonen und aus dem synkretistisch umfunktionierten Katholizismus respektive spanischen Traditionalismus entlehnten Wert- und Gesellschaftsvorstellungen und deren Projizierung in authentisch erscheinende Führerpersönlichkeit. Letzteres spielte besonders in Peru eine große Rolle.

3. Plantagenzonen

In den wichtigsten Plantagenzonen (Kuba, Küstenregionen Venezuelas und Neu-Granadas, Küstenzonen Perus) hatten mit der Hochkonjunktur von Genußmitteln (Zucker, Kakao, Kaffee) und landwirtschaftlichen Rohstoffen (Indigo, Baumwolle u.a.) Negerklaven die Ureinwohner in der Arbeitskräftebasis ersetzt (mit Ausnahme der Plantagen in Yucatán/Guatemala). Die kapitalintensiven Exportproduktionen, gesteuert und kontrolliert von lokalen Eliten kreolischer Oligarchien sowie einem rüden (z.T. monopolistischen) Handelskapitalismus und dem Wucherkapital v.a. kirchlicher Institutionen, führte durch neue Wirtschaftsprinzipien (bourbonische Reformen) und intensivere Ausbeutung zu einem raschen Aufschwung ehemaliger Peripherien des Kolonialimperiums. Die Plantagenproduktion konnte nur auf einer breiten Basis der

Ernährungsproduktion (Haciendas für Massenernährungsgüter, Fleischproduktion, Ranchos bzw. Hatos) formal freier, aber in Schuldknechtschaft gehaltener Bauern und der Subsistenzwirtschaft der Sklaven existieren. Zugleich verdrängte die Exportproduktion bestimmte Zweige der indianischen Subsistenzproduktion bzw. der autochthonen Manufakturproduktion für den Binnenmarkt. Die Plantagenwirtschaft konnte bis weit ins 19. Jh. hinein nur mittels dauerndem Nachschub unfreier Arbeitskräfte aufrecht erhalten werden. Die demographischen und sozialen Veränderungen - seit dem 17. Jh. v.a. die Mestizisierung - bewirkten eine dynamische, aber auch extrem fragile und konjunkturabhängige Gesellschaftsstruktur, an deren Spitze auf Familiengrundlagen organisierte endogame städtische Oligarchien standen (Mantuanos von Caracas, Oligarchie von Havanna). Die Hauptkomponenten der Gesellschaftsstruktur waren neben den führenden einheimischen Oligarchien, die seit 1780 in stetig wachsendem Gegensatz zu Vertretern des spanischen großen Handelskapitals standen, sowie eine kleine Schicht spanischer Beamter und Offiziere neben einer breiten Gruppe armer Weißer und freier Farbiger (pardos), meist Bewohner kleinerer Städte, und Bauern, deren negroide Elemente sich in Richtung Sklavenbasis der Gesellschaft verdichteten. Das politisch entscheidende Verhältnis wurde durch die quantitative Relation Weiße-Mulatten/Mestizen-Negersklaven gebildet, es konnte nur durch eine relativ gut ausgeprägte statistische Überwachung und politisch-juristische Privilegierung einnischer Gruppen kontrolliert werden. So wurde seit den bourbonischen Reformen wirtschaftlich Erfolgreicheren aus der Mulatten-/Mestizenwischenschicht der Status eines Weißen zugestanden.¹⁰⁾ Seit der Sklavenrevolution in Saint-Domingue entfaltete sich das Widerstandspotential in Plantagenregionen besonders rapide dort, wo Überlappungen von Wirtschaftsregionen (und Zonen sozialer Kulturen) konstatierbar sind. Befanden sich städtische Ballungszentren (wie Havanna/Caracas) in den Plantagengebieten, so wurden sie zur Grundlage wirtschaftlichen Autonomiestrebens, das sich in Krisenzeiten schnell politisierte. In der Independencia Venezuelas selbst wurden die Kämpfe jahrelang um die Kontrolle der Plantagen- und Zentralregionen (Caracas - La Guaira - Valles de Aragua) geführt, generell entschied erst ihre Besetzung bzw. Kontrolle über Erfolg und Mißerfolg.¹¹⁾

4. Städtische Wirtschaftszentren einschließlich Bergbauzonen

Gerade für den Bereich des Widerstandes in Städten existieren große Forschungsdesiderata. Deshalb sind verallgemeinerte Aussagen nur in sehr begrenztem Umfange möglich. Hinzu kommt, daß die in Spanisch-Amerika entstandenen Stadtreignisse eine außerordentlich große strukturelle Vielfalt aufwiesen, angefangen von der ethnischen und sozialen Zusammensetzung ihrer Bewohner über die zum Teil äußerst unterschiedlichen historischen Wurzeln sowie politische und geographische (Binnenzentren/Küstenzentren) Bedeutung bis hin zur Art und Weise ihrer Integration in das sozial-ökonomische Getriebe der kolonialen Gesellschaft.¹²⁾ Nur aus der Korrelation der Gesamtheit dieser und anderer Faktoren wären halbare Schlüsse möglich. Erschwerend tritt noch hinzu, daß sich die bisherigen Forschungen zu den Volksbewegungen in Amerika v.a. auf ihre ländliche Komponente konzentrierten, während „alltäglicher“ urbaner Widerstand kaum analysiert wurde. Das war nicht zuletzt dadurch bedingt, daß die von der Landbevölkerung getragenen Bewegungen aufgrund verschiedenster Ursachen sowohl hinsichtlich ihrer Quantität als auch ihrer qualitativen Durchschlagskraft am ehesten den Gang politischer

Ereignisse und Revolutionen beeinflussten. Doch nur dort, wo es gelang, Städte als strategische Knotenpunkte zu erobern, hatten Revolutionen militärisch eine Perspektive. Das zeigte sich sehr deutlich in allen Phasen des kontinentalen Zyklus der Independencia. So zementierte beispielsweise der Besitz der strategisch entscheidenden Hafenstädte am Río de la Plata, Buenos Aires und Montevideo die weitestgehende Chancenlosigkeit jeglicher spanischer „Reconquista-Versuche“; in Neu-Spanien leitete demgegenüber der Verzicht auf die Eroberung der Hauptstadt den definitiven strategischen Umschwung des Kräfteverhältnisses in der Hidalgo-Etappe der Revolution ein, und der erfolglose Versuch Morelos' Ende 1813, Valladolid einzunehmen, besiegelte den unaufhaltsamen Abstieg der mächtigsten Volksbewegung in der revolutionären Phase der Transformation.

Die Patrioten unter Bolívar mußten sich nach der Niederlage gegen die ländliche Volksbewegung 1814 selbst zeitweilig auf eine rurale Basis zurückziehen (Guayana, Llanos), um von dort den Kampf um die Städte bzw. Zentralregionen zu führen (Caracas, Bogotá). Dabei spielte in der bisherigen Debatte das Problem noch kaum eine Rolle, inwieweit sich kreolische Loyalisten („Fidelistas“), Royalisten, Spanier und kreolische Patrioten in einer quasi „schweigenden Übereinkunft“ einig waren, die zentrale Plantagenregion wegen der Gefahr von Sklavenaufständen aus den Kämpfen „herauszuhalten“.

Während mit Ausnahme der La Plata-Region (abgesehen von der „Insel“ Montevideo bis 1814) die Potenzen der Städte während der Independencia in der Regel zugunsten der Royalisten zu Buche schlugen, sie zu deren Rekrutierungs- und Stationierungsfeldern wurden und - wie im Falle Lima - zum Zentrum einer im subkontinentalen Maßstab konzipierten und teilweise funktionierenden Gegenrevolution, waren Städte demgegenüber in vorrevolutionärer Zeit nicht selten die Brutstätten antispanischer Verschwörungen. Allerdings - und das ist symptomatisch - erreichte deren Kraft eigentlich nur in den Städten der aufstrebenden kolonialen Peripherie bzw. in deren engerem Umfeld aus, um mit einigem Erfolg eine antispanische Bewegung in Gang zu setzen, wie die Beispiele Caracas, Buenos Aires, Bogotá, Santiago de Chile und mit Abstrichen Asunción belegen. Die Versuche in La Paz und Quito scheiterten relativ rasch, in den Vizekönigreichen Neu-Spanien und Peru kam es zunächst nicht einmal dazu. Es scheint sich hier ein gewisser Zusammenhang zwischen größerer wirtschaftlicher Dynamik und sich daraus speisendem Veränderungspotential in der Peripherie zu zeigen. Dennoch blieben städtische Volksbewegungen die Ausnahme. Eher kam es wohl zu einem Anschluß städtischer Schichten an die ländlichen Flucht- und Widerstandskulturen, die nach 1810 in die Offensive gingen, sieht man von wiederholt auftretenden Verschwörungen, Spionage- und Versorgungstätigkeit zugunsten der patriotisch-kreolischen Bewegung und ihrer Rekrutierung für Milizen bzw. Heere ab.

Frägt man nach den Ursachen für diese allgemeinen Phänomene, so sollen hier zunächst folgende generelle Aspekte ins Feld geführt werden:

1. Die Städtestruktur als „Korsett“ des spanischen Kolonialimperiums bildete die Konzentrationsschwerpunkte der spanischen Machtorgane und war dementsprechend von militärischen Anlagen und Kräften geschützt. Das schloß die hier besonders direkte Präsenz und Wirksamkeit der katholischen Kirche ein.

2. Die Städte stellten in der Regel auch die Zentren der Ansiedlung der Europaspanier und ihrer Familien und damit auch des weitgehend an sie gekoppelten loyalistischen („Fidelistas“) bzw. royalistischen Potentials dar. Als „Residenzen“ der kreolischen Aristokratie bzw. Oligarchie

wurden sie zudem sehr häufig auch zu Konzentrationspunkten der wirtschaftlich aktivsten Kräfte.

3. Die soziale Differenzierung bzw. Strukturierung und die damit verbundene kastenmäßige Hierarchisierung nach ethnischen Gesichtspunkten waren mit ihren komplexen sozialen und psychologischen Auswirkungen in den Städten weit stärker spürbar als auf dem Lande.¹³⁾

4. Dem Vorteil der relativ großen räumlichen Konzentration standen die weitgehende Inexistenz von traditionellen oder qualitativ neuen politischen Organisationsstrukturen gegenüber, die die ethnisch-soziale Vielfalt und Gegensätzlichkeit hätten überwinden können. Dort, wo es in Südamerika zur Bildung patriotischer Armeen kam, stand ihre Formierung meist unter der Kontrolle militärisch-liberaler Kräfte der kreolischen Oberschicht (San Martín, Bolívar, siehe auch die sog. „Partei der Mulatten“ unter Ribas und Miranda 1810/12 in Caracas) oder - auf der Gegenseite - unter Führung spanischer Liberaler. Ergab sich die Gefahr der militärischen Organisation unterer Volksschichten, wie im Falle der Widerstandskultur der Llaneros unter Boves oder der Guerrilla unter Piar, nutzten alle (übrigen) politischen Kräfte das Mittel der physischen Ausrottung und - seit anderthalb Jahrhunderten - das Mittel der historiographisch-historischen Exekution „in Effigie“.

5. Die über die potentiellen Hegemoniekräfte ausstrahlenden (meist) liberalen Ideen, Projekte und Konzepte verschiedenster Provenienz konnten kaum zum konstitutiven Element einer sich formierenden Volkshbewegung in der Revolution werden, da verbindende demokratische Gesellschaftskonzepte vor und während der ersten Phase der Independencia v.a. von nichtoligarchischen, oftmals auch spanischen Intellektuellen oder Beamten vertreten wurden. Das wurde von Mitgliedern der kreolischen Oligarchie abgelehnt, während diese in ihrem Hegemonieanspruch wiederum von vornherein beargwöhnt wurden, ihre exklusive Stellung verteidigen oder ausbauen zu wollen. Die Konzepte von regionalen Widerstandsbewegungen richteten sich in der übergroßen Zahl seit jeher direkt gegen die Oberschichten und gegen Städte wie gegen die auf Städte gestützte „offizielle“ Kolonialkultur überhaupt. Dieser der Independencia zugrundeliegende soziokulturelle Basiskonflikt ist bislang kaum thematisiert worden. Aus alledem ergab sich, daß die Erfolgsschwelle für mögliche Volksbewegungen auf städtischer Basis relativ hoch und für eine dauerhafte Existenz der objektive wie subjektive Spielraum äußerst gering war.

5. „Ausnahmegebiete“

Der (zeitweilige oder längerfristige) „Ausnahmestatus“ der betreffenden kleineren oder größeren Regionen wie Yucatán, Coro und die vom Tupak-Amaru-Aufstand betroffene (Kern-)Zone Perus und Oberperus resultierte aus der Spezifik des Zerfalls und der Wechselwirkung von ökonomischen, kulturell-traditionalistischen, politischen und geographischen Faktoren. In den Ausnahmegebieten kam es zum explosionsartigen Auftreten relativ organisierter Volksbewegungen, die trotz zum Teil beträchtlicher typologischer Abweichungen vom „eigentlichen“ Zyklus der Independencia - zumindest chronologisch - in deren weiteres Umfeld gehören. Dazu zählen der bis dato größte Aufstand unter Tupak Amaru (bis 1781) in Peru 1780/83, die Aufstände in Coro (Venezuela 1795) und die der Indianer von Yucatán (Guerra de Castas¹⁴⁾ ab 1847. Allerdings sollte darauf verwiesen werden, daß die Auflistung dieser Volksbewegungen in der Perspektive der Independencia auch die Gefahr in sich trägt, ihre Eigenständigkeit in Bezug auf Führung, soziale Basis, Methoden, Motive und Zielstellungen zu minimieren. Für die Indianer-

aufstände in Peru und Mexiko erwiesen sich die Verschlechterungen bzw. Änderung der wirtschaftlichen Situation und die Besinnung auf autochthone Traditionen von großer Bedeutung. Beiden Momenten wurde v.a. durch eine ihre Lebenslage verändernde Wirtschaftspolitik der machtausübenden Kräfte Vorschub geleistet, ob durch Korruption und Amtsmissbrauch, wie etwa durch die Corregidores in Peru, durch die systematische Enteignung ihrer Ländereien oder durch politische Ränke innerer und äußerer Gruppierungen, v.a. in Yucatán.¹⁴⁾

Der Aufstand in Coro, bei dem Neger, Mulatten und Indios zusammenwirkten, wurde durch den Versuch einer höheren Besteuerung des wirtschaftlichen Aufschwungs ausgelöst. Im Raum Coro war die Sklaverei weitgehend von Pacht- und Ernteteilhaberhältnissen (Manumisión, Aparcería) abgelöst worden. Nahrungsmittelproduktion und kleiner Handel wurden weitgehend von freigelassenen Negern und Mulatten kontrolliert, die einen extrem hohen Anteil an der Bevölkerung bildeten. Als Steuerrhöhungen verkündet wurden, organisierte sich der Aufstand rapide auf Basis der Farbigenmilizen und unter Nutzung von haitianischen Erfahrungen sowie revolutionärer „französischer“ Propaganda („Gesetz der Franzosen“). Der Aufstand richtete sich schnell gegen „alle Weißen“. Bei seiner Niederschlagung wurde die Anklage „Anhänger der Franzosen“ zu sein (wobei die Bezeichnung „francés“ - Franzose - im damaligen Venezuela auch für Sklaven verwendet wurde, die aus französischen Kolonien stammten), zu einem Hauptmittel bei der Kriminalisierung der Unterlegenen.¹⁵⁾

Ein zeitlicher Längsschnitt der Transformation: Von der Reform zur Revolution

Neben der Skizze systematisch-geographischer Aspekte liefert eine historisch-chronologische Perspektive weitere notwendige Anhaltspunkte für den Zusammenhang von Ausgangsbedingungen und der möglichen Radikalität von Widerstand bzw. von Volksbewegungen in der Epoche gesellschaftlicher Transformation 1750-1850. Als zeitlicher „Leitstrahl“ bietet sich die Entwicklung der unter Karl III. eingeleiteten und auf die effektivere Integration der Kolonien zielenden Reformen des aufgeklärten Absolutismus seit 1759 und deren Auswirkungen an.

Nach unserer Auffassung waren die Reformen v.a. auf vier Ziele gerichtet: 1. (Wieder-)Erlangung eines höheren Anteils des spanischen Staates und des spanischen Handelskapitals am transatlantischen Handel; 2. Beträchtliche Steigerung der Finanzeinkünfte aus den Kolonien; 3. stärkere Kontrolle und Unterordnung der kreolischen Aristokratie, um dadurch einen höheren Anteil der imperialen Kosten auf sie abwälzen zu können; 4. Stärkung der inneren Stabilität und Verteidigungsfähigkeit der Kolonien aus eigenen Mitteln.¹⁶⁾ Die Reformen wurden somit zum bewußten Beginn des Transformationsprozesses. Der erste Aspekt begünstigte bzw. provozierte die intervallartige Verwicklung Spaniens in kriegerische Auseinandersetzungen v.a. mit Großbritannien als der entscheidenden Seemacht dieser Zeit (Großmächtelkonflikte des 18. Jh., „Kampf um den Atlantik“). Am deutlichsten zeigte sich das für die Kolonien in einer ganzen Kette von mittelbaren und unmittelbaren Bedrohungen, angefangen von der zeitweiligen Besetzung Havannas 1762/63 über die Eroberung von Trinidad (1797) und die Aufgabe des Monopolsanspruchs auf die Pazifikküsten (Nootkazwischenfall 1789), der in ihren mentalen Wirkungen katastrophalen Aufgabe von Sto. Domingo (1795), bis hin zu den Invasionen im La-Plata-Raum der Jahre 1806/07. Daraus erwuchsen vielfältige finanzielle Belastungen u.a. für den Bau von

Befestigungen, für den Flottenbau, den Unterhalt von Truppen und Milizen oder für die Sicherung des Seehandels. Dabei kam es v.a. darauf an, woher der spanische Staat die Finanzmittel¹⁷⁾ gewann. Gerade die Problembereiche des Handels und der Steuerbelastung entschieden über die Nichtpartizipation vieler lokaler Oligarchien am Reformprozeß. Das Gegenstück dazu ist die Benüchtigung der Oligarchie von Havanna am Festungsbau durch „Verleihung“ von Sklaven, Nahrungsmittelgroßlieferungen u.a. Die kriegerischen Entwicklungen Spaniens führten aber auch, im Gegensatz zu den anvisierten Zielen, zu einer drastischen Einschränkung und zur Unsicherheit des Transatlantikhandels. Nur für wenige Jahre schlug die schrittweise Legalisierung der „verborgenen Kommerzialisierung“ (Schmuggel), genannt „Freihandel“, zugunsten größerer Gewinne und besserer Versorgung der Kolonien zu Buete.¹⁸⁾ Ab 1797/99 mußte sogar zeitweilig der Verkehr mit neutralen Staaten zugelassen werden, Ausdruck der völligen Insuffizienz der politischen Kontrolle des spanischen Handels.

Die unperiodische Rücknahme von „Freiheiten“ zugunsten spanischer Monopolgesellschaften schuf zusätzlich Spannungen: Die mentalen Auswirkungen der Verluste taten ein Übriges. Dem Schmuggel und der Infiltration europäischen oder nordamerikanischen Gedankengutes wurde damit in großem Maße Vorschub geleistet. Die faktische - immer aber bedrohte - Legalisierung des Schmuggels führte darüber hinaus wie seit jeher zur „geheimen“ Akkumulation durch oligarchische Gruppen und Beamte. Deutlich trat hierbei ein relativ starkes regionales „Gefälle“ zutage. Bedingt durch geographische Aspekte (v.a. die Küstenlage) und die Art und Weise der Integration in Wirtschafts- bzw. Handelskreisläufe erhielt die „Schmuggel“problematik v.a. in der aufstrebenden kolonialen Peripherie einen außerordentlich hohen Stellenwert, avancierte sie zum „ley social de la época“.¹⁹⁾ Nicht zuletzt deshalb ist eine kritische Bewertung des Terminus „Schmuggel“ vonnöten. Wird das Wort wegen seiner traditionellen Verankerung weiter verwandt, so sollte es im Sinne von „verborgener Kommerzialisierung“ verstanden werden.

Die Versuche, die materiellen Auswirkungen der kriegerischen Vorwirkungen v.a. zu Lasten der unteren Volksklassen zu kompensieren, sowie die Maßnahmen der spanischen Krone zur Steigerung der direkten Finanzeinkünfte aus den Kolonien lösten eine Vielzahl von Widerständen, Volksaufständen und Unruhen aus. So durchzieht beispielsweise eine ganze Serie von in der Historiographie als antifiskalisch bezeichneten Aufständen die Geschichte des Vizekönigreiches Peru im 18. Jh. wie auch die Neu-Granadas (Comuneros) und Venezuelas.²⁰⁾ Diese erreichten mit dem Aufstand unter Tupak Amaru ihren Höhe- und qualitativen Umschlagpunkt. Die im Zuge von Finanzreformen eingeleiteten Steuer- und Zollerhöhungen sowie die grassierende Korruption der Beamten verursachten scharfe soziale Spannungen, die durch die Tradition der Gewalt, Hierarchisierung und Unterdrückung verschärft wurden. Die Konflikte wuchsen bald in Ansätze einer genuin antikolonialen Revolution hinüber. Diese wurde nach dem Absinken bzw. der zunehmenden Abstinenz der anfänglich opponierten Teile der kreolischen Oberschichten v.a. von indianischen, in einigen Gebieten auch von mestizischen Bevölkerungsgruppen getragen. Der durch sie erzeugte Druck führte, potenziert durch den sich versteifenden Widerstand der Spanier und die Organisation der Gegengewalt, zu einer explosionsartigen sozialen Radikalisierung. Konzeptionell zunächst auf Beschneidung kolonialer Repression begrenzt, wurden die Kämpfe durch die Abläufe der konkreten Auseinandersetzungen in einigen Regionen in spontaner Weise weit darüber hinaus geführt und bedrohten die physische Existenz ganzer Gruppen wie auch bald politische Interessen des Imperiums sowie spanische und kreolische Eigentumsinteressen. Diese

soziale Radikalität verband sich im Verlaufe des Aufstandes mit einer ursprünglich wohl kaum ernsthaft kalkulierten politischen Radikalisierung, deren sichtbarster, wiewohl bis heute nicht ganz unumstrittener Beleg die im März 1781 beabsichtigte Verkündung der Unabhängigkeit von Spanien darstellte.²¹⁾

In den folgenden Jahren (ca. bis Ende des 18. Jh.), insbesondere auch in der Zeit nach der Französischen Revolution von 1789, flauten Unruhen und Aufstandsbewegungen im kontinentalen Maßstab ab. Auch die „Umdrehung“ der Erfahrungen der Revolution von 1789 zur Kriminalisierung von sozialen Bewegungen war gang und gäbe. Spätestens ab Mitte der neunziger Jahre jedoch begann eine neue Welle von Aktionen, in der sich die im Tupak-Amaru-Aufstand anklingende antikoloniale Komponente weiter ausprägte. Sie erfaßte allmählich den ganzen Kontinent. Wesentliche Indizien für die sich ausprägende neue Qualität waren auch die mehr oder weniger klaren Rückgriffe einzelner kreolischer Gruppierungen auf äußere „Modelle“ und das Reservoir der europäischen Aufklärung und die Erfahrungen des Epochenerignisses von 1789 (für Amerika „übersetzt“ durch die Sklavenrevolution in Haiti). Charakteristisch für die Aktivitäten nach 1789 war der sichtbare Rückgang der quantitativen Beteiligung. Dominierend wurden Verschwörungen zumeist mit lokaler, seltener mit regionaler Basis. Das war verbunden mit der zunehmend stärkeren Beteiligung bestimmter Gruppen der kreolischen Oberschichten und der „Weißen“ überhaupt, deutlicher Hinweis auf die sich auch im Zuge der spanischen Reformpolitik verschärfenden Auseinandersetzungen zwischen diesen einheimischen Klassenkräften und den Spaniern um Neudefinition der Machtverhältnisse in Amerika. Letzteres entsprang gleichermaßen dem sich formierenden proto-nationalen Selbstbewußtsein der Kreolen und dem zunehmenden Druck der Kolonialadministrationen nach effektiverer Absehhöpfung des kolonialen Mehrproduktes zu Lasten der Kolonialbevölkerung. Die Unvereinbarkeit beider Faktoren mündete ab 1808 in die tendenziell antikoloniale Juntabewegung.

Möglichkeiten und Grenzen eines von der Französischen Revolution inspirierten Radikalismus

Im folgenden sollen Fragen nach den Möglichkeiten und Grenzen der Übernahme und Umsetzung von radikalen Ideen aus Frankreich („Jakobinismus“) angesichts der skizzierten historischen Hintergründe angeschnitten werden. Dabei können zwei von der bisherigen Forschung sanktionierte Prämissen gesetzt werden.

1. Wenn es zur Übernahme von Elementen des Jakobinismus kam, so ausschließlich in städtischen Zentren mit relativ entwickelten Mittelschichten und Intellektuellengruppen. Diesbezüglich zeigte sich zumindest eine punktuelle und ansatzweise strukturelle Kongruenz bei den „Trägern“ des Jakobinismus diesseits und jenseits des Atlantiks, ohne daß man dabei deren quantitativ wie qualitativ weitgehend voneinander abweichende Stellung in der jeweiligen Gesellschaft aus den Augen verlieren darf.

2. Vor 1789 dominierten die autochthonen Motive und Zielvorstellungen bei der Formulierung von Forderungen und Programmen innerhalb der Volksbewegungen. Dies ergänzte sich zunehmend mit Anleihen beim spanischen Traditionalismus, wie bereits in den Comuneros-Bewegungen in Paraguay und Neu-Granada/Venezuela als einer Art Vorstufe erkennbar. Die Juntabewegung

des Jahres 1808 stellte hierbei den Höhepunkt dar. Wie etwa in Neu-Spanien konnten Elemente des spanischen Traditionalismus (Souveränitätsbegriff) auch zur Basis eines sich konstituierenden gemäßigten politischen Radikalismus (für die damalige Situation) werden, wenngleich die in der Historiographie teilweise konträr geschene Nähe bzw. Distanz zu Ideen der Aufklärung für die unmittelbar vorrevolutionäre Zeit in Anschlag zu bringen ist.²²⁾ Vor 1789 haben aufklärerisches Gedankengut und konkretes Vorbild einer Revolution - etwa der hier USA - kaum eine Rolle gespielt. In temporärer Verschiebung zu Europa trennten die politischen Vorgänge in Frankreich für Spanisch-Amerika eher die geistige Inkubationsphase von der Periode der allerdings bereits mit dem jakobinischen Zerrbild behafteten realen Anwendungsversuchen in der Folgezeit. Deutlich sichtbar zeigte sich dies auch mit Blick auf viele spätere Führer radikaler Volksbewegungen von Neu-Spanien bis zum La-Plata-Raum. Im wesentlichen durchliefen sie bis in die neunziger Jahre ihre „Lehrzeit“, und oft dauerte es noch ein Jahrzehnt mehr bis zur Wortmeldung in den politischen Auseinandersetzungen. Der geistige Standard dieser (späteren) kreolischen Führungsgruppen war quantitativ eindeutig vom spanischen Reformdenken geprägt, wie es in den Ausbildungsprogrammen hispanoamerikanischer Universitäten abzulesen ist.²³⁾

Eine Bilanz der äußeren - v.a. der von der Französischen Revolution geprägten - Einflüsse auf die Independencia zeigt folgende zeitliche Einschnitte: Im Gegensatz zu anderen politisch-kulturellen Großräumen galt es *keine* „Nullperiode“, d.h. keinen Zeitraum, in dem die Ereignisse in Frankreich *keine* Aufmerksamkeit fanden. Eine *erste Periode* umfaßt etwa die Zeit von 1789/90 bis zur Jahrhundertwende. Wie die Beispiele des Sklavenaufstandes von Coro (1795), der Verschwörung der Franzosen in Buenos Aires 1795, die Bewegung von Gual und España in Venezuela belegen, kam es im spanischen Amerika erst seit dem Ende der „Echtzeit“revolution in Frankreich zu Versuchen der direkten Übernahme jakobinischer Forderungen bzw. der direkten Nachahmung des französischen Beispiels. Eindeutig und durch die Forschung nachgewiesen (und an den Ordenanzas und weiteren Dokumenten deutlich ablesbar) ist dieser Zusammenhang bei der Verschwörung von Gual und España gegeben (1797). Sie orientierte sich klar auf ein französisches Modell und an der politischen Kultur von 1793, wenn auch mit interessanten Modifikationen. Mit aktiver Hilfe der tonangebenden Vertreter der kreolischen Oligarchie niedergeschlagen, löste sie doch eine kryptische Ideologische Tradition in der kreolischen Oligarchie, besonders unter der Jugend aus, die 1810-1814 eine wichtige Rolle als geistige Orientierung bei der Formierung der kontinentalen Hegemonie spielte.²⁴⁾ Das heißt auf einen Nenner gebracht, während und unmittelbar nach dem engeren französischen Revolutionsszyklus von 1789-95 diente die Französische Revolution bzw. einzelne ihrer Elemente für radikale oppositionelle Kräfte in unverfälschter Weise als nachahmenswertes Modell. Die Attraktivität dieses Modells für breitere kreolische Schichten sank allerdings mit dem Fortgang der Sklavenrevolution in der Karibik (Haiti). Obwohl die praktischen Bezüge auf Frankreich über ganz Spanisch-Amerika verstreut nachweisbar sind, blieben sie jedoch ausnahmslos - wenn überhaupt - auf den lokalen Rahmen und auf wenige Beteiligte, vorrangig auf die Mittelschichten und „Gebildete“, beschränkt und führten nicht zu einer ernsthaften Destabilisierung der spanischen Macht. Dennoch sind die zum Teil umfangreichen aktiven wie reaktiven Maßnahmen der Kolonialadministration (mit Unterstützung von großen Teilen der etablierten Oligarchien) bemerkenswert, wie Proskription bzw. Observation aller Franzosen, vereinzelt Ausweisungen und entschiedenes Vorgehen gegen politisch Mißliebige oder wirtschaftliche Konkurrenz.

In der folgenden *zweiten Periode* 1799-1804/05 scheint sich neben einer ersten Welle der Kriminalisierung von Anhängern französischer Ideen durch die Kolonialmacht v.a. die intellektuelle Auseinandersetzung innerhalb oppositioneller Gruppen mit bestimmten Komplexen der Französischen Revolution in den Vordergrund geschoben zu haben. Die „Europaerfahrung“ (Bildungsreisen) von Protagonisten der Independencia ist wohl in der biographischen Forschung, kaum aber als soziologisches Phänomen bekannt. Auch die breitere Erforschung der Universitätsbildung wie überhaupt der geistigen Sozialisierung kreolischer Gruppen bzw. die vielfältigen Diskussionen in *Sociedades*, Lesegruppen, Salons, Diskussionszirkeln hatten nach der Aufhebung. Dabei muß die Forschung an regionalen Punkten ansetzen, verallgemeinerte Grobfolgerungen führen hier nicht weiter.

Mit der langgezogenen Agonie des zentralistisch dirigierten spanischen Imperiums und der sich parallel dazu herauskristallisierenden Idee der Unabhängigkeit deutete sich mit einer *dritten Periode* 1804/05-1808 ein Wandel im Stellenwert und in der Nutzung der Erfahrungen der Französischen Revolution durch die oppositionellen Kräfte in einzelnen Regionen an, zunächst geprägt durch Antizentralismus und die Erkenntnis, daß das Imperium nicht mehr in der Lage schien, seine Aufgaben in den Zeiten des Weltmachtkonflikts (England-Frankreich) zu erfüllen. Die Kontrolle des eigenen Territoriums und der Handelsverbindungen zum Weltmarkt wurde für bestimmte kreolische Oligarchien (z.B. von Caracas: Abflachen der Kakaokonjunktur, Notwendigkeit der Umorientierung auf „moderne“ Kulturen) zur Überlebensfrage. Vor dem Hintergrund eines mehr unfreiwilligen Bündnisses zwischen Spanien und dem napoleonischen Frankreich vollzog sich eine *Verquickung von „Aufklärungen“ unterschiedlicher Provenienz, spanischem Traditionalismus und bestimmten Revolutionserfahrungen* (Frankreich und USA). Hier sei nur auf die napoleonischen „Emissäre“ verwiesen, von denen F. Depons wegen seines Reiseberichtes über die „Tercera Firme“ (Venezuela/Kolumbien) am bekanntesten ist. Auch im Vizekönigreich Neu-Spanien nahmen die Probleme der dritten Periode Gestalt an, wo in der Auseinandersetzung zwischen Ayuntamiento und Audiencia 1808 die verschiedenen Konzeptionen bei der Bestimmung des weiteren Schicksals der Kolonien aufeinanderprallten. In anderen konkreten, aber prinzipiell ähnlichen Abläufen, wurde die Konfliktsituation oftmals sogar von den Spitzenbeamten der Kolonialadministration (Somaruelos in Havanna, Las Casas in Caracas) ausgelöst. Zum anderen muß eine Zunahme der *gezielten Selektion* des Erbes der Revolution konstatiert werden. Dabei fielen v.a. der soziale und ideologisch-antiklerikale Radikalismus, besonders der Jakobinerzeit, selbst bei den bisher nachgewiesenen „Radikalen“ durch das angelegte Raster. So ließen in Neu-Spanien Talamantes wie Primo de Verdad keinen Zweifel an der staatstragenden Rolle der katholischen Religion, eine Position, die später partiell nur von José Morelos in Frage gestellt und erst in der Ära Juárez definitiv aufgegeben wurde.²⁵ Mit der französischen Invasion in Spanien 1808 ergab sich eine neue Konstellation zumindest im „*offiziellen*“ Umgang mit den Ideen der (französischen) Aufklärung und der Revolutionszeit. Die fortlaufende, aber auch gesteuerte Ausformung einer die „Medien“ (Zeitungen) und offiziellen Diskurse vollständig dominierenden antifranzösischen Stimmung von Neu-Spanien bis zum Cono del Sur machte jede offene Propagierung bzw. Identifikation mit dem Erbe der Französischen Revolution, insbesondere der Jakobinerphase, unmöglich. Sie hätte unweigerlich eine sofortige vernichtende Diskreditierung, v.a. unter den königstreuen Bevölkerungsgruppen, nach sich gezogen. Der Formierung von Bewegungen mit ideologischen Anleihen bei den französischen Revolutionären

wurde damit endgültig ein Riegel vorgeschoben. Für solcherart Bewegungen spielten „französische Ideen“ keine oder kaum eine Rolle.

In der ab 1808 datierenden *vierten Periode* vollzog sich zunächst eine Fortsetzung der unterschweligen Nutzung der Symbolik und politischen Kultur der Französischen Revolution durch die sich formierenden späteren Führungsgruppen der patriotischen Unabhängigkeitsbewegung. Für die Zeit der Independencia selbst lassen sich prinzipiell, dabei durchaus noch nicht repräsentativ, bei einigen patriotischen Führern wie auch Führern von Volksbewegungen (besonders in Mexiko) auch immer wieder Ansätze des direkten Vergleichs zwischen Independencia und Französische Revolution sowie der Nachahmung einzelner Maßnahmen nachweisen. Allerdings ist dabei ein interessantes Phänomen festzustellen. Während der Kämpfe selbst finden sich etwa in Bolívartexten bis Anfang der zwanziger Jahre meist offiziell-verbale Abgrenzungen gegenüber französischen Einflüssen, während eben die Struktur dieser Texte, bestimmte Termini und Verhaltensweisen im Gegenteil auf die tiefe Verwurzelung des „Libertadors“ in der französischen politischen Kultur hinweisen. Erst gegen Ende seines Lebens, in der rückblickenden Reflektion, kam Bolívar (in Briefen!) öfter direkt auf die Französische Revolution zu sprechen. Der direkteste und tragischste Vergleich findet sich im Brief an Flores, in dem auch der bittere Satz vorkommt: „Wer der Revolution dient, pflügt das Meer.“²⁶⁾

Andererseits wurde das „französische Beispiel“ als Symbol (dem die Blutsäuerlegende oder „Königsmord“ unterlegt war) mehr und mehr zu einer wirksamen Waffe des ideologischen Konservatismus ab 1810. Die dem jeweiligen Erkenntnishorizont geschickt angepaßte Verkettung der Revolutionäre als Spießgesellen des Tyrannen Napoleon (der durchaus richtig als Testamentsvollstrecker der Revolution begriffen wurde) und der Jakobiner avancierte zur Hauptmethode.²⁷⁾

Die Wurzeln radikalen Widerstands und radikaler Volksbewegungen. Ihre spezifischen Erscheinungsformen

Entsprechend der eingangs vorgeschlagenen regionalen Typisierung sollen die spezifischen Wurzeln und konkreten Erscheinungsformen von Widerstand und Volksbewegungen in Umrissen dargestellt werden, wobei ausschließlich auf Ereignisse innerhalb des chronologischen Rahmens der Independencia Bezug genommen wird.

1. Viehwirtschafts- und Grenzregionen

Die Llaneros unter Boves und Páez stellen die umstrittenste Form einer klar eigenständigen, zunächst auf Seiten der Royalisten wirkenden Volksbewegung dar. Da sich diese Bewegung aus dem jahrhundertealten Widerstand der Llaneros entwickelt hatte und an eine bewußt die Akkulturation verweigernde Gegenkultur anlehnte, waren größere soziale Teile der Llaneros für liberale Politik gleich welcher Provenienz überhaupt nicht integrierbar. „Französische Ideen“ spielten keine Rolle. Hervorstechendes Merkmal der Bewegung waren der konsensbildende Haß „aller Farbigen gegen die Weißen“, der Drang nach Beute und die Grausamkeit der Kriegführung. Die Agrarfrage mit ihren beiden Seiten Sklavenbefreiung/Landvergabe spielte eine deutlich sekundäre, aber wichtige Rolle. Die Bewegung unter Boves und anderen nichtkastilischen

Spaniern (Asturiern, Basken, Katalanen, Kanariern) richtete sich - im Interesse einer spanischen Notlösung der Antiinsurrektionsstrategie - gegen die Institutionalisierung der kreolisch-oligarchischen Macht in Form einer unabhängigen Republik. Die Bovestruppen nutzten das Banner des Royalismus. Nach dem Sieg über die aristokratischen Patrioten unter Bolívar wandten sich Boves und sein Unterführer Morales auch gegen spanische Beamte und versuchten eine von eigenen Leuten getragene Verwaltung aufzubauen. Noch heute ist der Streit nicht entschieden, ob die Boves-Bewegung die Anfänge einer demokratischeren Variante des Übergangs zum Kapitalismus in Venezuela, eine Totalnegation des erreichten Standes der gesellschaftlichen Konsolidierung („Zivilisation“) oder die pure Konterrevolution darstellte. Darauf können in Zukunft nur detaillierte sozial- und ethnohistorische Forschung Antwort geben.

Aus dem, was über die Zusammensetzung der Boves-Truppen bekannt ist, ergibt sich folgendes Bild. Die breite Basis der Bewegung bildeten „freie“ Llaneros, die aus einer eigenständigen, nichtstaatlichen, stammesartig strukturierten Gegenkultur stammten. Ein kleinerer Teil der Mannschaften und der unteren Führungskräfte (die bis zu einem gewissen Niveau von unten nach oben, in Form militärischer Demokratie gewählt wurden) stellten Pardos (freie Farbige) dar, die bereits mit der Kolonialgesellschaft Berührung hatten, kleine Viehzüchter, entwurzelte Bauern, Sträflinge, Sklavenjäger und Menschen, die sich den Zwängen der Plantagensellschaft nicht beugen wollten. Die Führungskräfte von 60 bis 80 Weißen rekrutierten sich, außer wenigen spanischen Offizieren und Kreolen, aus der Gruppe der kleinen nichtmonopolistischen Händler und Schmuggler („Tenderos y Pulperos“) mit besten Verbindungen und Landeskenntnissen. Meist plebejischer, nichtkastilischer Abkunft, gehörten sie politisch zu den antiaristokratischen „Royalisten von unten“. Fest steht weiterhin, daß die große Zeit der royalistischen Llanerobewegung Ende 1814, nach dem Tod von Boves auf dem Schlachtfeld, überschritten war. Nach dem Verschwinden dieser Führungsfigur und dem Erscheinen der Expedition unter Morillo ordneten Morales und Teile der Truppen sich den Spaniern unter. Die anderen Bestandteile des „Ejército de Barlovento“, meist von freien Llaneros gebildet, zerfielen in viele lokale Guerrillagruppen, denen der permanente Krieg zur Existenzgrundlage wurde. José Antonio Páez gelang es wieder, größere Guerrillaverbände auf patriotischer Seite zu mobilisieren. Auch ein Bolívar mußte für ein loses Zusammenwirken zwischen Llaneros und Patrioten Zugeständnisse in der politischen Anerkennung der Widerstandskulturen und in der Agrarfrage machen; Páez bereitete auf dieser Grundlage seinen Aufstieg in die Oligarchie vor. Dabei gelang es Bolívar nur partiell, Páez auf Epochenbegriffe wie „Patria“ (Vaterland) oder „Nation“ einzuweltwören. Im Gegenteil, unterhalb dieser ideologischen Ebene prägte der robuste Caudillismo Paezschen Charakters die politische Kultur im Venezuela der Nachemanzipation.

In der Banda Oriental entstand ein Radikalismus, der v.a. auf der militärischen, sozialen, politischen, ideologischen und kulturellen Ebene den revolutionären Prozeß zeitweilig nahe an die Erfüllung grundlegender Erfordernisse der unteren Volksklassen heranbrachte. Militärisch gesehen, gelang es den revolutionären Kräften, sich in dem Dreifrontenkampf (Spanien, Portugal, Buenos Aires; vom Kampf gegen die noch freien Indianer kann hier abstrahiert werden) erfolgreich zu behaupten und zeitweilig einen vollständigen Sieg davonzutragen. Die entscheidene Kriegführung wurde zur Voraussetzung, um den im Artiguismo mündenden ideologisch-konzeptionellen Radikalismus in die politische Realität umsetzen zu können. Dafür stehen die Schaffung der Föderalen Liga, die entschiedene Verteidigung des Republikanismus und die

Versuche zur Schaffung demokratischer Machtstrukturen. Der soziale Radikalismus gewann v.a. durch die für Lateinamerika einzigartige Inangriffnahme der Agrarfrage Gestalt. In Anknüpfung an die Reformprogramme und -praktiken der Kolonialzeit wurde begonnen, konsequent die Ländereien der Spanier (bis auf wenige Ausnahmen) und anderer Feinde der Revolution an landlose und landarme Bewohner kostenlos zu verteilen und ihnen entsprechende Starthilfe zu gewähren. Obwohl durch die zweite portugiesische Invasion behindert, erfolgte damit ein erster Schritt, um eine stabile und potente Mittelbauernschaft zu etablieren und der tendenziellen Ausdehnung des Latifundismus Einhalt zu gebieten bzw. diese sogar umzukehren. In Umrissen zeichnete sich ein Reservoir ab, aus dem Kräfte in die Politik gefangen, von deren Bemühungen eine erfolgreiche Öffnung hin zur bürgerlich-demokratischen Lösung der Agrarfrage möglich gewesen wäre. Obwohl die Zeit zur irreversiblen Einpflanzung dieser Keime durch den frühen Beginn des Gegenschlages von außen nicht ausreichte, hinterließen sie noch bis in die dreißiger Jahre ihre Spuren in der sozialen und politischen Szenerie der Republik. Kulturelle Radikalität realisierte sich v.a. in den konzeptionellen und praktischen Schritten zur Lösung der Indianerfrage. Im Kern stand dahinter die Beilegung der bewaffneten Konflikte besonders mit den Stämmen der Charrúas und Minuanes und den Versuchen zur gleichberechtigten Integration aller Indianer in die neu zu gestaltende Gesellschaft. Landverteilungen, Gewährung der Selbstverwaltung, Sorge um die Bildung und medizinische Betreuung sowie Einbeziehung in die Armee waren die wesentlichsten Attribute dieser Politik. Eine Ausweitung dieser Praxis auf andere Ethnien, insbesondere auf die Negersklaven, erfolgte allerdings nicht in gleichem Maße.²⁸⁾

Wendet man sich der Frage nach dem Einfluß der Volksbewegung auf diese Entwicklung zu, so läßt sich folgendes thesenhaft zusammenfassen:

1. Der sich über Jahrzehnte aufbauende Land-Stadt-Gegensatz und die Rolle der schmuggelnden Gauchos als „Ritter der ursprünglichen Akkumulation“ sowie das relativ hohe Fortschrittspotential der Führungskräfte bildeten die objektiven Rahmenbedingungen für die massenhafte Integration der unteren Volksklassen in den revolutionären Prozeß. Ein gespaltenes Verhältnis der Volksmassen zur Revolution, typisch für viele andere Regionen Spanisch-Amerikas, existierte nicht.

2. Die aus der starken sozialen Mobilität und der „Clancho-Mentalität“ erwachsende Spontaneität und Irrationalität von Teilen der Landbevölkerung konnte v.a. durch die massenwirksamen integrativen Fähigkeiten des anerkannten revolutionären Führers, José Artigas, weitestgehend zugunsten der Revolution kanalisiert werden. Die genetische Schwäche und geographische Isolation der Konterrevolution leistete dem Vorschub.

3. Die in den Beständen der Volksbewegung eingehenden quantitativ relativ großen Gruppen von kleinen und mittleren Landbesitzern (einschließlich der Bedeutung der Pfarrer) erhöhten deren Potenz zu zielgerichteter und organisierter Aktion. Hauptsächlich aus diesem sozialen Reservoir rekrutierten sich ab 1812/13 die Kräfte, die in Kompensation zu den abfallenden Teilen der klerikalen Führung Hegemoniefunktionen ausüben konnten.

4. Die bisher genannten Aspekte führten dazu, daß die Kräfte der Volksbewegung zunächst als „Armeen zum Schlagen“ Bestandteil des sich rasch formierenden revolutionären Blocks wurden. Dieser war die Voraussetzung für die radikale und erfolgreiche Kriegsführung in den ersten Revolutionsjahren gegen Spanier wie Portugiesen. Die in erster Linie aus der offenen Konfrontation mit Buenos Aires resultierende Auflösung des revolutionären Blocks erhöhte das

Gewicht der Volksbewegung und leitete einen allmählichen Funktionswandel ein. Das hieß zum einen die direkte Übernahme von Hegemoniefunktionen über die unterste militärische und administrative Ebene hinaus, und zum anderen, die allmähliche synchrone gegenseitige Annäherung von Teilen der konsequentesten Führungskräfte um José Artigas und der Volksbewegung, insbesondere nach dem militärischen Sieg vom Februar 1815. Ermöglicht wurde das einerseits durch die traditionelle enge Verbundenheit José Artigas' mit der Landbevölkerung und der allmählichen Konturierung seines v.a. aus dem spanischen Traditionalismus und dem englisch-nordamerikanischen Ideenreservoir gespeisten demokratischen Gesellschaftskonzeptes. Andererseits begannen Teile der Volksbewegung immer bewußter und aktiver auf den revolutionären Prozeß Einfluß zu nehmen, ihm ihren Stempel aufzudrücken.

5. Da dokumentierte sich durch das Entstehen einer eigenständigen (sozialen) Volksbewegung im Herbst 1815. Sie zeichnete v.a. dafür verantwortlich, daß die von den Führungskräften um Artigas konzipierten strukturellen Veränderungen im Agrarsektor gegen den Widerstand der kreolischen Oberschichten und deren politischem Sprachrohr - dem Cabildo von Montevideo - in Angriff genommen und teilweise über die gesetzten Grenzmarken hinaus geführt wurden. Der konzeptionelle Ansatz zur sozialen Vertiefung der Revolution, unabdingbare Voraussetzung für die Wahrung der souveränen Interessen der Bevölkerung der Banda Oriental, erfuhr so durch das radikale Eingreifen einer selbständigen Volksbewegung seine Materialisierung. Die soziale Radikalisierung und die sichtbar wachsenden Potenzen zur politischen Demokratisierung der Gesellschaft unter Einschluß großer Teile der unteren Volksklassen provozierte ab Ende 1815 eine rasche Polarisierung der Klassenkräfte: die nunmehr um Artigas gescharte und nur mit einem äußerst geringen Teil der kreolischen Oberschichten verbundene Volksbewegung auf der einen und die mehr und mehr antirevolutionäre Positionen einnehmenden reichen kreolischen Eigentümerschichten auf der anderen Seite. Letztere verbanden sich mit der äußeren Konterrevolution, die nach einem mehr als dreijährigen Abwehrkrieg der Volksbewegung den Sieg davontrug.

Noch relativ ungefestigte gesellschaftliche Strukturen, die schon in großem Maße vom entstehenden kapitalistischen Weltmarkt ausgehenden ökonomischen Entwicklungsimpulse, ein von den urwüchsigen Verstellungen der Gauchos und einer relativ großen Schicht von kleinen und mittleren Landbesitzern genährtes demokratisches Potential, das in Gestalt eines revolutionären Caudillo konstruktiv gebündelt wurde, die Verquickung von traditionalistischen und englisch-nordamerikanischen Einflüssen sowie der große Einfluß einer vielgestaltigen „äußeren Front“ bildeten die Grundlage für die Verbindung von Volksbewegung und Radikalisierung innerhalb des revolutionären Prozesses in der Banda Oriental.

2. Zonen der Koexistenz von indianischen Dorfgemeinden und Hacienda-Produktion

Für das Verhältnis von Ausgangsbedingungen, Widerstand, Volksbewegung und Radikalismus in den hier ausgewählten zentralen Gebieten Neu-Spaniens erwiesen sich zwei Aspekte von grundlegender Bedeutung. Zum einen handelte es sich bei der genannten Region um ein traditionelles Zentrum des spanischen Kolonialimperiums in Amerika. Gesellschaftliche Veränderungen mußten, im Gegensatz zur Peripherie, gegen den rigiden Widerstand voll entwickelter und größtenteils verknöchelter Strukturen durchgesetzt werden. Neben anderen Faktoren erwuchs daraus eine große Anforderung an die Reife der Führungskräfte, schon allein mit Blick auf

die in großen geographischen Dimensionen zu führende indianische Bevölkerung, dem Hauptreservoir für die Formierung von Volksbewegungen. Zum anderen fielen hinsichtlich der grundlegenden Beziehung zwischen Hegemon und Volksbewegung bereits in der vorrevolutionären Zeit strategisch bedeutsame Vorentscheidungen. Das aufgrund objektiver und subjektiver Ursachen in Neu-Spanien besonders entwickelte liberal-reformerische Potential, in die Juntabewegung von 1808 mündend, zog eine konservative Gegenbewegung nach sich, die in einem Staatsstreik kulminierte. Damit wurde auf besonders drastische Weise den potentiellen Hegemoniekräften vor Augen geführt, daß nunmehr ein erfolgreicher Aufstand gegen die Kolonialmacht von vornherein nur mit einem hohem Einsatz geführt werden konnte, eine nur begrenzte, v.a. von den kreolischen Oberschichten getragene Aktionskraft kaum anseichend sein würde. Zu der damit objektiv anstehenden Orientierung auf die breite, obgleich streng regulierte, Einbeziehung der unteren Volksklassen fanden sich nur einige wenige Vertreter bereit. Das revolutionäre Potential möglicher Führungskräfte war angesichts dieser Konstellation bereits vor Ausbruch der Revolution überfordert.

In der Folge sah die im September 1810 ausbrechende Revolution das absolute Gros der „eigentlichen“ Hegemoniekräfte passiv oder bald auf Seiten der Royalisten. Der schließlich weitgehend spontane Aufstand stützte sich hauptsächlich auf die indianische Dauernschaft und mit Abtrübnen auch auf mstizische Schichten. Rasch schwoll die Zahl der Insurgenten an, schon nach wenigen Wochen erreichte sie etwa 80.000. Ebenso schnell wurden große Teile Zentralmexikos und der im Norden und Süden angrenzenden Gebiete vom Aufstand erfaßt. Als Eruptionszentrum fungierte der Bajío, das am weitesten entwickelte ökonomische Gebiet (Bergbau und Haciendaproduktion, Textilgewerbe) in Neu-Spanien. Hier sorgten die strukturellen Veränderungen, v.a. im Bereich der indianischen Dorfgemeinde, die mit der beginnenden massenhaften Desintegration von Teilen der Bevölkerung aus traditionellen kolonial-feudalen Bindungen einherging, für eine besonders rasche Anhäufung sozialen Sprengstoffs. Die hohe Mobilität ermöglichte den anfänglichen Massenzulauf, erschwerte aber die Schaffung einer notwendigen inneren Organisation und Konsistenz. Den Führungskräften der Volksbewegung um Miguel Hidalgo y Costilla, selbst in ihrer Haltung zu den Volksmassen uneins, gelang es nur vorübergehend und in Ansätzen, diese objektiv hemmenden Faktoren abzuschwächen und die große Spontaneität in konstruktive Bahnen zu lenken. Das wurde nur durch die zunehmende Verquickung von eigenen Forderungen mit denen der handelnden Volksmassen möglich. Letztere zeigten sich mehr in einem spontan praktizierten sozialen Radikalismus als in klar formulierten Programmatiken. Wie v.a. ab Mitte November 1810 ablesbar, vermochten es die aktiven Volksmassen - wenn auch auf einer niederen Stufe - der Bewegung auf dieser Ebene ihren Stempel aufzudrücken. Durch eine sich in Ansätzen entwickelnde Dialektik zwischen Basis und Führungskräften gelang es, die Bewegung weiter nach „links“ zu rücken, eine Tendenz, die durch die militärischen Niederlagen ab Januar 1811 zunächst abgebrochen wurde. Dabei zeigte sich das ganze Dilemma des Hegemonieproblems in Neu-Spanien. Einerseits war die zunehmende Radikalisierung der Revolution notwendig, um über die daraus potentiell resultierenden integrativen Potenzen für die Volksbewegung den weitgehenden Ausfall der Führung durch kreolische Oberschichten zu kompensieren. Andererseits begann sich schon in der ersten Etappe der Revolution zu zeigen, daß ein Erfolg über die Spanier angesichts der genetisch-strukturellen Schwäche der Volksbewegung nur mit Unterstützung dieser Oberschichten möglich gewesen

wäre, die aber aufgrund der sich entwickelnden Intransigenz nach wie vor ausbleiben mußte. Zudem war selbst unter den Führungskräften der Volksbewegung nur ein kleiner Teil um Hidalgo fähig und bereit, als aktiver Pol innerhalb der Dialektik von Führung und Basis zu fungieren. Eine Spaltung in der Führung war damit unausweichlich, personifiziert im Konflikt zwischen Hidalgo und Allende.

Der soziale Radikalismus war in erster Linie, wie bereits erwähnt, eine politische Folge der Deformation bzw. Auflösung traditioneller Strukturen, v.a. der Dorfgemeinde, und der anwachsenden wirtschaftlichen Belastungen. Er mündete in spontane Konfrontation mit den im Gesichtskreis der indianischen Volksmassen befindlichen „Verantwortlichen“ in Gestalt der örtlichen Großgrundbesitzer bzw. deren Eigentum. Davon betroffen waren auch kreolische Hacendados. Diese Form des spontanen sozialen Radikalismus reagierte auf die seit langem von spanischen und kreolischen Kräften praktizierte Landraubpolitik gegenüber der indianischen Dorfgemeinde, die vom Staat immer weniger behindert wurde, sowie auf die zunehmende Ausbeutung durch Staat und örtliche Landbesitzer. Obwohl nur schwer direkt nachweisbar, bestanden die Hauptziele in der Wiederherstellung der relativ unabhängigen Dorfgemeinde. Inwieweit das die „souveräne“ Integration in die sich entwickelnden Markt- u.a. ökonomischen Beziehungen in den Überlegungen einschloß, bleibt bisher weitgehend unklar. Der soziale Radikalismus fand seine konkrete Widerspiegelung besonders in der am 5. 12. 1810 dokumentierten Absicht Hidalgo nach Rückgabe der den indianischen Dorfgemeinden entzogenen Ländereien und deren zukünftige Nutzung ausschließlich durch die Indianer der betreffenden Dörfer.²⁹⁾ Damit wurden direkt die Eigentumsinteressen sowohl spanischer als auch kreolischer Hacendados berührt. Der konkrete Verlauf der militärischen Auseinandersetzungen, in dessen Folge die Aufständischen eine Niederlage hinnehmen mußten, verhinderte im wesentlichen die Inangriffnahme dieser Ziele wie auch die weitere klare Profilierung einer sozialen Programmatik.

Von erheblicher Bedeutung für die Entwicklung der Volksbewegung war eine beginnende ideologische Radikalisierung, die sich aus allen kulturellen Widerstandsformen speiste. In ihrem Kern beinhaltete sie die Herauskristallisierung des „Heiligen Krieges“, mögliches Synonym für die wesentlichsten massenwirksamen ideologischen Doktrinen der revolutionären Bewegung.³⁰⁾ Seine Hauptelemente waren die Verehrung der Jungfrau von Guadalupe, der Kampf um die Reinheit der Religion und in späterer Zeit die Idee der „Reconquista“. Zum einen als „Ersatz“ für einheitliche weltanschauliche Grundlagen und zum anderen als Kompensationsversuch für den Ausfall der ideologisch-konzeptionellen Führung durch die kreolischen Oberschichten fungierte die Doktrin des „Heiligen Krieges“ als ideologischer „Kitt“ der revolutionären Bewegung. Als besonders wirksam erwies sich der Kult um die „Virgen“ (nicht „Señora“!) de Guadalupe, der später von Morelos in den Rang eines offiziellen Revolutionskults gehoben wurde. Das resultierte v.a. daraus, daß in diesem Kult in synkretistischer Art und Weise autochthone Vorstellungen und Elemente des Katholizismus verbunden waren. Bereits lange vor der Revolution war die Virgen von Guadalupe zur Schutzpatronin der Indianer und Mestizen geworden. Die an sie geknüpften Hoffnungen auf eine bessere Zukunft und ihre außerordentlich große integrative Potenz unter den Indianern prädestinierten sie zum entscheidenden ideologischen Symbol einer um die Unabhängigkeit kämpfenden Massenbewegung. Auf einen Nenner gebracht, wurzelte die ideologische Radikalisierung im bewußten Versuch, mit der Revolution religiöse Zielvorstellungen zu verwirklichen.

Eng verbunden mit dem sozialen zeigten sich Ansätze eines kulturellen Radikalismus in der mexikanischen Volksbewegung. Er war v.a. auf die elementare Gleichstellung der Massen gerichtet. Das schloß zum einen die dekretierte Abschaffung der Sklaverei und zum anderen die Beseitigung des Tributs als Ausdruck eines inferioreren ethnisch-kulturellen Sonderstatus, den die Krone den Indianern oktroyiert hatte, ein.

Während der Morelos-Zeit (Mitte 1811 bis Ende 1815) fand eine teilweise Fortführung und Vertiefung radikaler Ansätze in der Volksbewegung statt. Auf dem sozialen Gebiet betraf das v.a. konkrete Maßnahmen zur Verbesserung des Lebensniveaus der unteren Volksklassen. So verkündete er am 29. 12. 1812 die Aufhebung oder Verringerung von Steuern, und knapp drei Monate später dekretierte er im Stile des „Großen Maximums“ die Festlegung von Höchstpreisen für Lebensmittel. Darüber hinaus formulierte Morelos in seinen „Sentimientos“ die Notwendigkeit der Erhöhung der Löhne und einer für alle Einwohner geltenden progressiven Steuer.³¹⁾ Demgegenüber kam es - über die Verkündung der Konfiszierung der Güter der Gachupines hinaus - nicht zur Propagierung und Umsetzung eines radikalen Agrarprogramms bürgerlich-demokratischer Prägung nach europäischem „Muster“. Mit Rücksicht auf die kreolischen Oberschichten und v.a. auf die indianischen Dorfgemeinden verbot sich das von vornherein. Die Ausgangsbedingungen diktierten eine andere Weichenstellung, die in der „ökonomischen Restauration“ der *Comunidades* durch Rückgabe der ihnen gehörenden Ländereien und in der Gewährung des Rechts, souverän über ihre Angelegenheiten zu entscheiden, bestand. Hier zeigte sich zum einen, gemessen an der europäischen Elle, daß die *Independencia* auf eine anderen ökonomisch-strukturellen Grundlage als die Revolutionen bürgerlichen Typs in der alten Welt ablief. Zum anderen muß man die Frage aufwerfen, ob hierbei nicht, basierend auf der Nutzung und Förderung der Potenzen der *Comunidades* als Betriebsform (Hausgewerbe, Fähigkeit zur Marktproduktion etc.) in einer sich allmählich kapitalistisch wandelnden Umwelt, möglicherweise eine reale, sicherlich zeitlich begrenzte, autochthone protoindustrielle Alternative der Entwicklung gegeben war. Daß hier ein großes Maß an Unwägbarkeiten zum Tragen kommt, zeigt ein erneuter Blick auf den Zusammenhang von Entwicklungsstadium der Dorfgemeinden und Geographie der Revolution. Dort, wo die ursprünglichen Strukturen der Dorfgemeinden am meisten deformiert oder gar zerfallen waren, erhielt die revolutionäre Bewegung den absolut größten, zeitlich aber nur eng begrenzten Schub, während im umgekehrten Fall sich die Revolutionäre auf ein über längere Zeit relativ stabiles Hinterland stützen konnten (v.a. Michoacán), auch von geographischen Faktoren begünstigt. Demgegenüber verhielten sich die als relativ feste Einheit in umfangreichen Marktbeziehungen integrierten Dorfgemeinden im weiteren Umfeld der Hauptstadt besonders konservativ.³²⁾

3. Plantagenzonen

In den engeren Plantagenzonen nahmen aufgrund der traditionell starken ethnischen und sozialen Spannungen Konflikte schnell einen extrem gewaltsamen Charakter an. In Venezuela wurden mehrere Versuche, durch einen Staat in Form einer „modernen“ Republik die politische Macht städtischer Oligarchien zu institutionalisieren, durch das Zusammenwirken von Bürgerkriegen, Sklavenerhebungen und militärischer Steuerung durch Spanier (1812) zunichte gemacht. 1814 kam es zur Totalniederlage der kreolischen Patrioten durch die Offensive von Llaneros, die sich Sklaven anschlossen. Im Grunde bereits seit 1812 hatten breiteste Teile der lokalen Oligarchien

Venezuelas begriffen, daß in der engeren Plantagenzone jeglicher Versuch einer Revolutionierung - trotz hoher wirtschaftlicher und politischer Attraktion einer Selbstregierung - einem Tanz auf dem Vulkan gleichzusetzen war.³³⁾ Seitens der aus Widerstandskulturen erwachsenden radikalen Volksbewegungen auf dem Gebiet des heutigen Venezuela gab es keine Versuche, mit der kreolischen Oligarchie zusammenzuarbeiten. Die eigenständigen Volksbewegungen und ihre militärisch-politischen Organisationsformen, die Guerrillas, griffen auch selbst nicht oder kaum auf französische Ideen zurück, dagegen sehr auf die Vielfalt - oftmals synkretistischer - eigener Kulturen. Französische Ideen und Verhaltensweisen sowie Elemente der französischen politischen Kultur (Politikformen, Medien, Diskursformen, Zentralbegriffe, Sprache, Uniformierung, Stile u.ä.)³⁴⁾ gelangten über verschiedene Trägergruppen in die Unabhängigkeitsbewegung der Tierra Firme:

1. Über eine bislang kaum beachtete Miskulturl von Schmugglern, Korsaren, Kapitänen und oftmals mulattischen oder auch sephardischen Händlern der Karibikzone. Ihr Einflußgebiet war der Osten Venezuelas, sie bedienten sich einer ausgeprägten oralen und symbolischen Tradition und stützten sich auf die große Gruppe der freien Farbigen und der Sklaven, deren Forderungen sie in „französischen Ausdrücken“ in die offizielle Politik und Ideologie einbrachten („Gleichheit, Freiheit“). Ihr bekanntester Führer war Manuel Piar, ein Mulatte aus Curaçao. Er verfügte über ausgezeichnete Verbindungen Republik Haiti und war der erfolgreichste General auf seiten der Patrioten in den Jahren 1814-1817. Selbst Einheiten von Karibenindianern kämpften unter seinen Fahnen. Noch wenig beachtet worden ist die einfache Tatsache, daß „revolutionäre“ Ideen sich in Venezuela auch mit englischen oder französischen Waren verbreiteten (etwa von Trinidad aus), auf denen etwa „Freiheit für Amerika“ geschrieben stand.

2. Eine zweite Gruppe der Träger französischer Ideen waren die „Apostel des Napoleonismus“, zu denen der bereits erwähnte F. Depons zu zählen ist. Sie konnten sich seit 1795 relativ frei in Amerika bewegen.

3. „Französische Ideen“ wurden auch von Vertretern der Kolonialautoritäten getragen und verbreitet. Zu dieser Gruppe gehörten viele höhere Beamte, wie beispielsweise Vicente Emparán, Freund Humboldts und Generalkapitän 1810.

4. Träger von französischen Einflüssen waren auch französische Gefangene und französische Flüchtlinge sowie ihre Sklaven als Folge der jahrzehntelangen Kämpfe in und um die französischen Kolonien in der Karibik.

5. Über die bereits erwähnte Tradition der Verschwörung der „Afrancesados“ unter Picornell, Gual und España einerseits sowie über die Europaerfahrung junger Mitglieder reichster Familien der kreolischen Oligarchie von Caracas andererseits. Herausragende Beispiele sind hier José Felix Ribas und Simón Bolívar. Vor allem Ersterer erwarb durch seine Radikalität und seinen „unklaren Jakobinismus“ eine Menge Anhänger unter der kreolischen Jugend. Er führte die militärische Auseinandersetzung unter jakobinischen Losungen und bekleidete sich auch - im Wortsinne - mit Symbolen des Jakobinismus (Phrygiernütze). In der ersten Phase der Revolution (1810-12) wurde das politische Modell des Jakobinerklubs von der Jugend in Caracas regelrecht inszeniert. Es erhielt starken Zulauf von einer sog. „Partei der Molanon“.³⁵⁾ Die politische Bewegung der „lungen“ geriet mit ihrer Symbolik und ihren Modellvorstellungen allerdings in die Krise, als die Volksbewegung unter Boves die oligarchische Republik 1814 hinwegfegte und alle Weißen bzw. alle „Städter“ (d.h. potentiell auch „Pardos“) in ihrer physischen Existenz

bedrohte. Wie bereits erwähnt, hat Bolívar sich in offiziellen Äußerungen immer vom Jakobinismus abgegrenzt. In seiner Politik aber, in persönlichen wie militärischen Verhalten, im Wissen um den gezielten und bewußten Einsatz des Terrors, mit dem Bolívar versuchte, die unkontrollierbare Welle offener Gewalt für die Patrioten zu kanalisieren (1813/14), im Stil und Aufbau wichtiger Dokumente, in Symbolik, Losungen und Zentralbegriffen, aber auch in der Selbstdarstellung, ist ein klarer Einfluß der französischen politischen Kultur auszumachen. Dabei ist die Spezifik der Auswahl nach den Interessen der Patrioten und den konkreten Gegebenheiten zu unterstreichen. Erst nach schwersten Niederlagen entschloß sich Bolívar, die eigenständige Kultur der Llaneros zu akzeptieren, Eigentümerinteressen zu opfern und offiziell die Sklavenbefreiung und Landvergabe in sein Programm anzunehmen. Die entgegengesetzten Gruppenkonzepte von Freiheit und Gleichheit trafen im Konflikt Piar - Bolívar (1817) aufeinander. Bolívar siegte. Er hatte am gleichen Tag die Landvergabe proklamiert. Aber erst, als sich Patrioten unter Bolívar auf die Guerrillas der Llaneros unter Páez stützte, gelang eine lose Kooperation, die den Spaniern Widerstand leisten konnte.

Die Guerrillas waren an einer schnellen Offensive, wie sie Bolívar anstrebte, zunächst überhaupt nicht interessiert. Als 1821 die konservative Institutionalisierung der Independencia begann, wichen die freien Llaneros wie eh und je weiter nach Süden aus. Ihr Widerstand gegen das Vordringender „zivilisierter“ Gesellschaft einerseits und der Cañillismo eines Páez oder der Monagas andererseits prägten die unruhige Geschichte des venezolanischen 19. Jahrhunderts.

4. Städtische Produktions- und Bergbauzonen

Die oben angeführten Generalia lassen es geraten erscheinen, nur auf einige ausgewählte Erscheinungen hinzuweisen, zumal urbane Volksbewegungen - wie ebenfalls bereits betont - für ganz Spanisch-Amerika ein Forschungsdesiderat darstellen, sieht man von einzelnen Aktionen und dem Beispiel der Städterevolution in Buenos Aires einmal ab.

Für Neu-Spanien fällt besonders der Vergleich zwischen Zacatecas und Guanajuato ins Auge. Beides bedeutende Bergbauregionen, repräsentierte Guanajuato das neue aufstrebende Zentrum, Zacatecas dagegen hatte seinen Zenit längst überschritten. Während Zacatecas im Vorfeld des „Grito de Dolores“ von antispanischen Massenaktionen ereignisvoll wurde, gehörte diese Region später zu den Hauptrekrutierungsgebieten für den Aufbau der „Ejército de Centro“, die zur entscheidenden militärischen Kraft der Spanier im Kampf gegen die Volksbewegung wurde. Guanajuato dagegen steht für eines der markantesten Beispiele des zumindest vorübergehenden Zusammenwirkens von städtischen und ländlichen Volksmassen. Im Oktober 1810 eskalierte sich in dieser Stadt die erste große militärische Auseinandersetzung zwischen den Aufständischen unter Hidalgo und Teilen der spanisch-kreolischen Oberschichten an. Die Vorbereitungen der Verteidiger wurden durch die unmißverständlich feindliche Haltung v.a. auch der Grubenarbeiter zunichte gemacht. Bei der sich entwickelnden Belagerung und Erstürmung des Zufluchtsortes der bewaffneten Royalisten spielten sie eine wichtige Rolle.³⁶⁾ Obwohl es auch in einzelnen anderen Städten wie San Miguel el Grande, Zelaya, Valladolid oder Guadalajara den Aufständischen möglich war, gestützt auf die Zustimmung der unteren Volksklassen, die Städte zeitweilig und kampfflos zu besetzen, kam es wahrscheinlich in keiner größeren Stadt (außer möglicherweise in Oaxaca und Veracruz) zu einer dauerhaften Verbindung von städtischer und ländlicher Volksbewegung. Dagegen zeichnete sich bald, beginnend bei Querétaro und auch in der

Hauptstadt - beides vorrevolutionäre Zentren der Formierung (proto-)liberaler und antispanischer Kräfte -, eine zumindest nicht-unbedingende Unterstützung von Teilen der Volksmassen für die Verteidigung vor den Aufständischen oder eine passive Haltung ab.

Obwohl im Zuge der progressiven Veränderungen in Spanien, v.a. nach der Verkündung der Verfassung von Cádiz 1812, hauptsächlich in der Hauptstadt erneut eine liberale Bewegung und antispanische Verschwörungen entstanden, die z.T. Verbindungen mit den Aufständischen unterhielten, blieb den revolutionären Kräften ein dauerhafter „Einbruch“ in den Städten versagt. Im Gegenteil, nur äußerst selten, und dann zumeist nur unter erheblichen Anstrengungen (etwa die mehrjährige Belagerung Acapulcos) gelang es, Städte zu besetzen.

Vor dem Hintergrund ausgeprägter Regimisdismen auf den verschiedensten konstitutiven Ebenen der lateinamerikanischen Gesellschaften ergab sich ein kompliziertes Beziehungsgefüge von kulturellen Faktoren, Ökonomie, Politik, Ideologie in den gesellschaftlichen Transformationen am Ende der Kolonialzeit. Die sich in der Independencia ausformenden radikalen Volksbewegungen waren Bestandteile dieses Beziehungsgefüges, zugleich leisteten sie gegen bestehende Strukturen, manchmal schon seit langer Zeit, Widerstand. Mit der Paralyisierung der „äußeren“ Machtstrukturen seit 1808 versuchten einige der Massenbewegungen, auch innere Strukturen aufzubrechen. Ihre konkreten Erscheinungsformen und v.a. ihr Gewicht im Prozeß der Veränderung von Strukturen und Verhältnissen war einer Vielzahl von Faktoren geschuldet, die sich über längere oder kürzere Zeiträume herausgebildet hatten. Das schloß v.a. auch die besonders seit den bourbonischen Reformen, dem Eintritt Englands in die industrielle Revolution, der Nordamerikanischen Revolution von 1775 und der Französischen Revolution von 1789 mit deren komplexen Auswirkungen auf die zunehmende Verflechtung von lokalen, regionalen, kontinentalen und globalen Prozessen ein. Insgesamt gesehen hoben sich dadurch die genetischen Bedingungen der Bewegungen seit 1810 deutlich vom Widerstand und von vereinzelt Aufständen der vorangegangenen „kolonialen“ Jahrhunderte ab. Die in der historiographischen Debatte um die Typologisierung von Volksbewegungen angebotenen Kriterien - die sich hauptsächlich an den Realitäten und Gegebenheiten des 18. Jh. orientieren - scheinen deshalb nicht hinreichend geeignet, die Realitäten der Independencia wiederzuspiegeln. Die in der lateinamerikanischen Geschichte bis dato erstmalige (kontinentale) Synchronität von Massenbewegungen und von Bewegungen, die aus dem Widerstand zur organisierten Offensive übergingen, rückt die Frage nach deren regional-strukturellen Grundlagen und ihre Beziehungen zu den kreolisch-patriotischen Trägern bestimmter Unabhängigkeitsmodelle in eine neue Perspektive. Die kontinentalen Rahmenbedingungen fördern zum Vergleich nachgerade heraus.

Im vorliegenden Artikel ist der Versuch gemacht worden, Grundkriterien für die vergleichende Betrachtung politischer Eingriffe der unteren Volksklassen, ausgehend von regionalen Komplexen der Independencia, („Unabhängigkeitsrevolutionen“) in der Geschichte der Transformation Spanisch-Amerikas zu fixieren. Dabei zeigt sich eindeutig, daß „bourbonische Reformen“ und regimie „Unabhängigkeitsrevolutionen“ unterschiedliche Stadien eines Transformationsprozesses darstellen, der in dieser Dichte historische Einmaligkeit beanspruchen darf. Gewiß handelt es sich dabei um das „ewige“ Thema historischen Wandels. Allerdings war die Transformation in Spanisch-Amerika ein historischer Wandel, der in relativ kurzen Zeiträumen qualitativ neue Formen und Inhalte schuf.

- 1 M. Kossok/W. Markov, Zur Methodologie der vergleichenden Revolutionsgeschichte, in: Studien zur vergleichenden Revolutionsgeschichte 1500-1917, hrsg. v. M. Kossok, Berlin 1974, S. 1ff; ders., Das Salz der Revolution - Jakobinismus in Lateinamerika. Versuch einer Positionbestimmung, Berlin 1976 (= Sitzungsberichte der AdW, 106); Ders., Bemerkungen zum zeitgenössischen Robespierrebilo in Spanisch-Amerika, in: Die Französische Revolution 1789 - Geschichte und Wirkung, hrsg. v. K. Hotzapiel und M. Middell, Berlin 1989, S. 222ff. Vgl. hierzu u.a.: S. O'Phelan Godoy, Un siglo de rebeliones anticoloniales: Peru y Bolivia 1700-1783, Cusco 1988; Dies., El mito de la „Independencia concedida“: Los programas políticos del siglo XVIII y del temprano XIX en el Peru y Alto Peru (1730-1814), in: Historica, Bd IX, 2/1985, S. 155ff.; E. Hamnett, Roots of insurgency. Mexican region, 1750-1824, Cambridge/London/New York u.a. 1986; B. Schröter, Die Unabhängigkeitsrevolution in der Banda Oriental (Uruguay) 1811 bis 1820, in: Asien, Afrika, Lateinamerika [im folgenden AALa], Bd. 16, 6/1988, S. 1078ff.; ders., Paraguay 1811 bis 1820 - eine Revolution für das Volk, in: ebenda, Bd. 16, 5/1987, S. 892ff.
- 2 Es gibt sogar Historiker, die den Ereignissen in Buenos Aires im Vergleich mit anderen Regionen den revolutionären Grundcharakter absprechen. Vgl. A. Fernandez Cabrelli, Los Orientales. Revisión histórica, Bd. 1, La Paz 1973, S. 57.
- 3 Vgl. F. S. Ciro Cardoso/H. Pérez Brignoli, Historia económica de América Latina, 2 Bde, Barcelona 1981. Mittlerweile gibt es eine Vielzahl zum Teil recht unterschiedlicher Ansätze, eine Art Typologisierung/Klassifizierung der Regionalismen zu entwerfen. Vgl. hierzu u.a. B. H. Slicher van Bath, Real Hacienda y economía en Hispanoamérica, 1541-1820, Amsterdam 1989, S. 2.
- 4 Vgl. M. Kossok, Struktur und Funktion der „Grenze“ in Spanisch-Amerika, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität, 3/1970; I. Wolff, Die „Grenze“ in Hispano-Amerika, in: Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas [im folgenden JbLA], Bd. 2, 1965; C. Real de Azua, Uruguay, ¿una sociedad amortiguadora?, Montevideo 1984, S. 11ff.; H. Clementi, La frontera en América. Una clave interpretativa de la historia americana. 3 Bde, Buenos Aires 1985, bes. Bd. 1, S. 13ff.; H. Tovar Piazón, Hacienda colonial y formación social, Barcelona 1988, S. 25ff.
- 5 Vgl. zu diesem Komplex u.a. L. Sala de Tourón/R. A. Bloy, El Uruguay comercial, pastoril y caudillesco, Bd. 1, Montevideo 1986; J. E. Pivel Devoto, Raíces coloniales de la Revolución oriental de 1811, Montevideo 1957; L. Sala de Tourón/N. de la Torre/J. C. Rodríguez, Estructura económica social de la colonia, Montevideo 1967.
- 6 M. Izard, Orejones, Cimarrones y arrojados, Barcelona 1989, S. 87.
- 7 Vgl. zu diesem Problemkreis u.a. L. León Solís, Malcos araucanos en las fronteras de Chile, Cuyo y Buenos Aires, 1700-1800, in: Anuario de estudios americanos, Bd. XLIV, 1987, S. 281ff.; M. del Carmen Velázquez, La Comandancia General de las Provincias Internas, in: Historia mexicana, 2/1977, S. 163ff.; M. Griffin, Procesos de extinción y continuidad social y cultural en el norte de México durante de la Colonia, in: América indígena, 3/1970, S. 689ff.
- 8 Vgl. L. Alamán, Historia de Méjico, Bd. 4, México 1884, S. 197.
- 9 Vgl. u.a. E. Semo, Historia del capitalismo en México. Los orígenes. 1521-1763, México 1973, S. 70ff.; J. Broda, La sociedad indígena de México después de la conquista: Continuidad y cambio de structures socio-culturales, in: Lateinamerika-Studien 6, München 1980; D. A. Brading, Miners and merchants in Bourbon Mexico 1763-1810, S. 227ff.; Ch. Bioson, Los Aztecas bajo el dominio español 1519-1810, México 1967.
- 10 M. Zeuske, Kolonie, Reform und Revolution. Vom „bourboalschen Jahrhundert“ in Spanisch-Amerika zur Unabhängigkeit Lateinamerikas: Simón Bolívar und die Formierung der kreolischen Hegemonie in der Independencia Venezuelas, Habilitationsschrift (Manuskript), Leipzig 1991, S. 4ff.
- 11 Ders., Kolonialpolitik und Revolution: Kuba und die Unabhängigkeit der Costa Firme 1808-1820, in: JbLA, Bd. 27, Köln/Wien 1990, S. 149ff.
- 12 Vgl. G. Cespedes del Castillo, América Hispánica (1492-1898), Barcelona 1983, S. 204ff., 298ff., 349ff. (= Historia de España, dir. par Tuñon de Lara, Bd. VI).
- 13 Vgl. z. B. A. Flores Galindo, Aristocracia y plebe, Lima 1760-1830, estructura de clase y sociedades colonial, Lima 1984.
- 14 Vgl. aus der Fülle der Literatur u.a. B. Lewin, La rebelión de Tupac Amaru y los orígenes de la emancipación americana, 2 Bde, Havana 1972; Tupac Amaru y su tiempo. Actas del coloquio internacional, Lima 1982; N. Reed, La guerra de castas de Yucatán, México 1972, S. 611ff.; M. Gonzalez Navarro, Raza y tierra. La guerra de castas y el henequén, México 1970, S. 76ff.

- 15 Vgl. J. I. Domínguez, *Insurrection or Loyalty. The Breakdown of the Spanish American Empire*, Cambridge/London 1980, S. 69ff.
- 16 M. Izard, *Reformismo borbónico e insurgencias indianas*, in: *JbLA*, Bd. 21, Köln/Wien 1984, S. 155ff.
- 17 J. A. Barbier, *Indies Revenues and Naval Spending: The Cost of Colonialism for the Spanish Bourbons, 1763-1805*, in: ebenda, S. 171ff.
- 18 Vgl. J. Fisher, *Imperial „Free Trade“ and the Hispanic economy, 1778-1796*, in: *Journal of Latin American Studies*, Bd. 31/I, 1981, S. 21ff.
- 19 S. Jesualdo, Artigas, Buenos Aires 1961, S. 117.
- 20 Vgl. S. Godoy O'Phelan, *Un siglo*, op. cit.; A. E. López Bohorquez, *Los ministros de la audiencia de Caracas (1786-1810)*, Caracas 1984, S. 83. Dabei kann an dieser Stelle nicht auf die vielfältigen Versuche einer Typologisierung der Bewegungen im 18. Jh. eingegangen werden, wie sie die bisherige Historiographie besonders der achtziger Jahre hervorgebracht hat. Vgl. bes. M. L. Laviana Cuetos, *Movimientos subversivos en la América Española durante el siglo XVIII. Clasificación general y bibliografía básica*, in: *Revisu de Indias*, 1986, vol. XLVI, n. 178, S. 471ff.
- 21 Vgl. S. Godoy O'Phelan, *La rebelion de Tupac Amaru: Organización interna, dirigencia y alianzas*, in: *Histórica*, Bd. 1/1997, S. 89ff.; *Colección documental de la independencia del Perú*, Bd. II/2, S. 578f.; J. Szemiaski, *Los objetivos de los Tupamaristas*, Wrocław 1982, S. 12ff.; ders., *La insurrección de Tupac Amaru. Guerra de independencia o revolución?* In: *Sociedad colonial y sublevaciones populares. Tupac Amaru II 1780*, Lima 1976, S. 201ff.; E. Zudaire Huarte, *Análisis de la rebelión de Tupac Amaru en su bicentenario (1780-1980)*, in: *Revista de Indias*, Bd. XL, Nr. 159-162/1980, S. 31ff.
- 22 Vgl. u.a. F. M. Poland, *Pugnas políticas en el México de 1808*, in: *Historia mexicana*, 13/1954, S. 30ff.; J. Miranda, *Las ideas y las instituciones políticas mexicanas. 1. parte 1521-1820*, México 1952, S. 236ff.; L. Villoro, *El proceso ideológico de la revolución de independencia*, México 1967, S. 44ff.; W. J. Callahan jr., *La propaganda, la sedición y la revolución francesa en la Capitanía general de Venezuela, 1789-1796*, in: *Boletín Histórico*, Nr. 14, Mayo 1967, Caracas, S. 177ff.
- 23 M. Zeuske, *Kolonie, Reform und Revolution ...*, S. 31ff.
- 24 Ebenda.
- 25 Vgl. u.a. H.H. Hamlin jr., *Un discurso, formado con angustia Francisco Primo Verdad el 9 de agosto de 1808*, in: *Historia mexicana*, 11/1979, S. 451; A. Teja Zabre, *Vida de Morelos. Nueva version*, México 1959, S. 128.
- 27 *Cartas de Bolívar*, hrsg. v. V. Lecuna, Caracas 1929, Bd. VII, S. 370f.
- 28 Vgl. zu diesem Komplex auch B. Schröter, *The Great French Revolution as perceived by the confliction parties in the Independence in New Spain*, in: *asia, africa, latin america, special issue 25*, Berlin 1989, S. 19ff.
- 28 Vgl. zu diesem Komplex u.a. N. de la Torre/J. C. Rodríguez/L. Sala de Tourón, *Evolución económica de la Banda Oriental*, Montevideo 1967; Dies., *La revolución agraria artiguista*, Montevideo 1967; E. Azcuay Amagnino, *Artigas en la historia argentina*, Buenos Aires 1986.
- 29 Vgl. J. N. Chavarrí, *Hidalgo*, México 1974², S. 159.
- 30 Vgl. B. Schröter, *Volksbewegung und „Heiliger Krieg“ in der Independencia Neu Spaniens*, in: *AAI.a*, 2/1989, S. 311ff.
- 31 Vgl. hierzu E. Cardenas de la Peña, *Imágen de Morelos*, México 1964, S. 390 u. 238; J. Silva Herzog, *El pensamiento económico, social y político de México, 1810-1964*, México 1967, S. 48.
- 32 J. Lynch, *The Spanish American Revolutions 1808-1826*, London 1990, S. 320.
- 33 M. Zeuske, *Kolonie, Reform und Revolution ...*, S. 62ff.
- 34 Ders., *„Kommentare im Falsch“: Medien, Nachrichten und Revolution in der Independencia Venezuelas (1810-1830)*. Theson, für *COMPARATIV*, II, 3, 1991 vorgesehen.
- 35 C. Parra-Pérez, *La primera república de Venezuela*, Caracas 1959, Bd. II, S. 27ff., siehe auch: Izard, *La Nouvelle Grenade (1777-1821)*, in: *Les revolutions dans le monde ibérique*, ed. B. Lavallé, Bordeaux 1990, Bd. II, S. 229 ff; T. Arends, *Ayudante de Miranda, 1811-1812*, in: *Cultura falconiana*, II, 2, Coro 1981, S. 186ff.
- 36 Vgl. u.a. J. E. Hernández y Davalos, *Colección de documentos para la historia de la Guerra de Independencia de México de 1803 y 1821*, Bd. ; S. 110f. und 126ff.; L. Alamán, *Historia...*, Bd. I, S. 424ff

Betrachtungen über Protoliberalismus, bourbonische Reformen und Revolution.

Neu-Spanien im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts

Das Vizekönigreich Neu-Spanien, auf dessen Territorium später das unabhängige Mexiko entstand, stellt sowohl in der Geschichte der lateinamerikanischen Emanzipationsbewegung als auch innerhalb jener Revolutionszyklen, die die westliche Welt im letzten Drittel des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jh. erschütterten, einen Sonderfall dar. Es erlebte am Beginn der Emanzipationsbewegung eine soziale und politische Revolution, die nach wenigen Jahren erstickt wurde, und erreichte seine Unabhängigkeit als konservative Reaktion auf die liberale Rebellion von Oberst Riego in Spanien im Jahre 1821. Während sich in anderen Teilen des spanischen Kolonialimperiums - vielleicht mit Ausnahme von Peru - die politische und möglicherweise auch die soziale Revolution mit der Emanzipationsbewegung entwickelte, finden wir in Mexiko in der Erhebung der Priester Hidalgo und Morelos authentische revolutionäre Bewegungen auch für die Unabhängigkeit, die schließlich durch die antirevolutionäre Partei nach einem Friedensabkommen mit den unterschiedlichen politischen „Parteien“ durch eine Vereinbarung mit den Repräsentanten der spanischen Monarchie im Lande realisiert wurde.

Über dieses Phänomen, seine Ursachen und über die zwischen 1808 und 1821 ablaufenden Prozesse in diesem Land wurde viel geschrieben: Wir sind gut unterrichtet über Probleme, ökonomische und soziale Strukturen am Ende der Kolonialepoche; über die politischen und intellektuellen Prozesse innerhalb des Vizekönigreichs in den letzten fünfzig Jahren vor Beginn der Krise der Jahre 1808/10 ist hingegen relativ wenig bekannt. Diese Tatsache überrascht angesichts der außerordentlich hohen Anzahl von Teilstudien zur Wirkung der bourbonischen Reformen u.a. im administrativen, ökonomischen und ideologischen Bereich, aber es gibt kaum Versuche einer Synthese und v.a. keine nennenswerten Bemühungen, diesen Zeitraum aus der Perspektive der nachfolgenden Ereignisse, der Epoche der Unabhängigkeitskämpfe¹⁾, zu interpretieren. Womöglich David Brading in seinem schon klassischen Werk über Bergwerksbesitzer und Kaufleute im bourbonischen Mexiko ein Kapitel der „Revolution der Regierung“ widmet und die von José Gálvez eingeführten administrativen Reformen systematisch analysiert, bleibt deren eigentliche Wirkung auf die verschiedenen Provinzen unklar, wie auch die Anlage des Werkes keine Gesamtanalyse der politischen Prozesse zuläßt. Selbst die Arbeiten über die Vizekönige in Neu-Spanien zur Zeit von Karl III. und Karl IV., die eine ausführliche Übersicht zu politischen, administrativen und ökonomischen Problemen während der Herrschaft der verschiedenen Vizekönige enthalten, ändern an diesem Sachverhalt nichts.²⁾

Genau in diese Epoche fallen allerdings zwei Schlüsselrevolutionen, die ab 1808/1810 für den politischen Prozeß in Mexiko von Bedeutung sind: der Unabhängigkeitskrieg der entstehenden Vereinigten Staaten von Amerika und die Französische Revolution. Der unmittelbare und

sichtbare Einfluß beider Revolutionen erscheint eher unbedeutend, obgleich er wahrscheinlich eine größere psychologische Wirkung hatte, als sich nachweisen läßt, zumindest in den städtischen Ober- und Mittelschichten. Unabhängig von der unmittelbaren psychologischen Wirkung bahnte sich jedoch ab Mitte des Jahrhunderts eine tiefgreifende, unsichtbare Revolution an, die mit jener Revolution des 18. Jh. vergleichbar ist, die Richard Herr für Spanien postulierte und die schon in den achtziger und neunziger Jahren ohne tiefe Herrschaftskrise im Vizekönigreich hervorrief und Zweifel an den politischen, sozialen, kulturellen und mentalen Traditionen aufkommen ließ, ein Prozeß, der sich im Gefolge der zwei erwähnten Revolutionen von außen eher verschärfte. Von innen heraus wurde dieser Prozeß durch die Ideen der Aufklärung beschleunigt und befördert.³⁾

Aus der Ideengeschichte ist bekannt, daß seit Beginn der dreißiger Jahre des 18. Jh. der Rationalismus und die neue Naturphilosophie in Amerika, durch die Jesuiten verbreitet, zunehmend Fuß zu fassen begannen. Später beförderte die Verbreitung der sogenannten „angewandten Wissenschaften“ bzw. die ganze Skala praktischen Wissens aus Pharmazie, Medizin, Geographie, Mathematik, Industrie etc. nicht nur die Entstehung einer kreolischen Aufklärung, sondern auch eine Reform der Studienpläne an den hispanoamerikanischen Universitäten, die Bildung auf allen Ebenen bis zur Grundschulbildung; schließlich bewirkte sie in Neu-Spanien im hier behandelten Zeitraum die Errichtung einer ganzen Reihe von Akademien und Bildungsinstitutionen außerhalb der Universitäten, einschließlich wissenschaftlich-technischer.⁴⁾ Im allgemeinen wird geschlossen, daß dieser Prozeß den Antagonismus zwischen Europäern und Kreolen verstärkte und diesen nicht nur die intellektuellen Instrumente lieferte, um ihre Identität gegenüber den Europäern auf historisch-kultureller Basis zu begründen, sondern sie zugleich befähigte, ihre politischen Forderungen zu artikulieren. Scharfsinnige Beobachter aus dem Mutterland hatten diesen Prozeß schon während der Herrschaftszeit Ferdinands VI. bemerkt, wie den Debatten, ob es ratsam wäre, in Amerika dieselben Reformen durchzuführen wie im Mutterland, zu entnehmen ist.⁵⁾ Diese Auseinandersetzungen können nicht in ein vereinfachendes Schema, z. B. einen Streit zwischen Modernisten bzw. Aufklärern und Antimodernisten bzw. reaktionären Traditionalisten, eingeordnet werden, weil es in der Partei der Gegner solcher Reformen in Amerika etliche Verfechter des peninsularen Reformismus gab, während sich unter den Befürwortern der Reformen in Amerika ebenso radikale Modernisierer befanden wie gemäßigtere Aufklärer.⁶⁾

Sicher beschränkte sich diese Debatte zu Beginn der Herrschaft Karls III. eher auf die Metropole. Aber schon Ende der sechziger Jahre agierten Personen wie der Graf von Aranda. Dieser äußerte sich in seinem Gutachten über den vom Visitador für Neu-Spanien vorgeschlagenen Plan zur Einführung des Intendantensystems in nahezu revolutionärer Weise. Den Plan von Gálvez unterstützend, vertrat er die Idee, daß für jede Art von Ämtern in Amerika geeignete Personen zu benehmen seien, ohne im geringsten ihre rassische und gesellschaftliche Herkunft in Betracht zu ziehen. Ausdrücklich schlug er vor, auch Indios und Castas mit öffentlichen Ämtern zu betrauen, wenn Talent und persönlicher Verdienst sie dafür prädestinierten.⁷⁾ Damit verwarf der Graf mit wenigen Worten jenes ständische Konzept, auf das sich diese Gesellschaften gründeten, und sprach sich für ein Gemeinwesen aus, in dem nur Talent und Moral soziale Differenzierungen bewirken dürften; so griff er letztlich dem Prinzip der Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz vor. Der Mensch wird hier eindeutig als Individuum konzipiert, und

die Politik des Staates soll darauf gerichtet sein, diesem die Entwicklungsmöglichkeiten zu erleichtern, da schließlich das Allgemeinwohl oder das des Staates sich als Summe der individuellen Bemühungen für das eigene Wohl verstehe. Die Politik der bourbonischen Reformen in Spanien gründete sich auf dieses Prinzip. Dies belegen sowohl die theoretischen Schriften von Campillo y Cossío, de Ward, Campomanes u.a. als auch die praktischen Maßnahmen, wenn es darum ging, Monopole und Privilegien zu beseitigen, die schulische und handwerkliche Ausbildung zu fördern, kommunales Land aufzuteilen oder lehensrechtliche Privilegien aufzuheben. Im Grunde handelte es sich hier bereits um die Prinzipien des bürgerlich-liberalen Staates des 19. Jh. Es ist bekannt, daß die Minister um Karl III. von jenen Ideen tief durchdrungen waren, die ihren klarsten Ausdruck in der französischen Aufklärung gefunden haben und im Europa jener Zeit weite Verbreitung fanden. Auch der starke Nationalismus dieser Gruppe zeigte jene radikal-liberalen Tendenzen, die sich darauf richteten, die traditionellen ständischen Schemata zu brechen.⁸⁾

Nach und nach drangen diese Ideen auch in Amerika und konkret in Neu-Spanien ein, wengleich auch hier später, da das Vizekönigreich nach der Visitation von Gálvez lange Zeit von dem Vizekönig D. Antonio Bucareli regiert wurde, einem aufklärerischen Technokraten, der sich gleichzeitig mit all seiner Kraft dem radikalen Reformismus entgegenstellte, wie ihn der Ex-Visitor Gálvez konzipiert hatte.⁹⁾ Als dieser 1776 zum Minister aufrückte, brach der Unabhängigkeitskrieg in den englischen Kolonien aus, und die zentralen Teile des Reformprogramms in Neu-Spanien mußten zurückgestellt werden, da man wegen des Krieges mit England in der Karibik die Zuschüsse aus Neu-Spanien benötigte und es nicht ratsam schien, diese finanzielle Unterstützung zu gefährden.

Unmittelbar nach dem Krieg bereitete Gálvez den Boden für die Reformen, indem er zuerst seinen Bruder und - da dieser alsbald starb - dessen Sohn für das Amt des Vizekönigs von Neu-Spanien benannte. Schon mit den beiden Gálvez und schließlich 1787 mit der Annahme des Intendantensystems in Neu-Spanien, gerade als die Gálvez-Dynastie durch den aufeinanderfolgenden Tod des Bruders und Neffen im Vizekönigreich und des Ministers selbst am Erlöschen war, begann nicht nur das Reformprogramm volle Anwendung zu finden, sondern auch eine Gruppe von Beamten Schlüsselpositionen im Vizekönigreich einzunehmen, was zumindest auf Provinzebene etwas absolut Neues darstellte. Diese Personen waren v.a. über familiäre oder Klientelbeziehungen mit der Gálvez-Familie und somit dem radikalen Reformismus verbunden. Die Intendanten von Puebla und Valladolid, letzterer später von Guanajuato, Flon und Riaño, waren mit Bernardo de Gálvez, dem Vizekönig, verschwägert und hatten an dessen Seite in Florida gekämpft. Ihre Frauen, Töchter eines reichen französischen Kolonisten in New Orleans, kannten die neue nordamerikanische Republik aus der Nähe und waren tief von den Ideen der Aufklärung durchdrungen.¹⁰⁾ Der Intendant von Yucatán, Lucas de Gálvez, war ein direkter Familienangehöriger des Clans, der Intendant von Oaxaca stammte aus Málaga, der Ursprungsregion der Gálvez, und der Superintendent von Mexiko, Mangino, hatte mit Gálvez schon während seiner Visitation zusammengearbeitet und eine steile Karriere in der Verwaltungshierarchie des Vizekönigreichs gemacht. Dem Vf. ist nichts über die Verbindungen der anderen Intendanten mit dem Gálvez-Clan bekannt, doch es ist anzunehmen, daß es solche gab. Außerdem war mit der Fiscal der Real Hacienda der Audiencia von México, Ramón de Posada, dem Clan verschwägert. Abgesehen von verwandtschaftlicher Bindung an die Familie des Ministers, hatte diese

Führungsgruppe große militärische und Regierungserfahrungen und war von den neuen ideologischen Strömungen geprägt.

Mit der Ernennung von Bernardo de Gálvez zum Vizekönig zeigte sich ein gewisser Populismus in der Regierung, da Gálvez sehr auf öffentliche Anerkennung setzte. Um eine schwere Hungerkrise in zwei aufeinanderfolgenden Jahren zu überwinden, bediente sich Gálvez einer neuen Politik: Er berief eine „Bürgerjunta“, um mögliche Lösungen auszuarbeiten. Dieser Terminus war im Mexiko jener Zeit gewiß selten zu hören. Außerdem bedeutete der Vorgang selbst den Ausschluss der Institutionen, die traditionell dazu benämten galten, sich in Ausnahmefällen zusammenzufinden, wie der Real Acuerdo, der Cabildo oder der Cabildo abierto oder möglicherweise eine Junta angesehener Bürger. In gewisser Weise bedeutete der Begriff „Bürger“ ein Programm. Mit seinen außerordentlichen Methoden gelang es Gálvez nicht nur, einen lokalen Patriotismus zu mobilisieren, sondern auch eine ganze Reihe öffentlicher Arbeiten in Gang zu setzen, die den unteren Schichten der Bevölkerung Arbeit sicherten und ihnen den Lebensunterhalt erleichterten. Außerdem gewann er bei jenen Bewohnern der Hauptstadt Popularität, die sich schon heimlich zuflüsterten, er wolle aus Mexiko ein von Spanien unabhängiges Königreich schaffen.¹¹⁾

Ein anderer typischer Wesenszug der in der Metropole durchgeführten Reformpolitik fand zunehmend auch in der Regierung Neu-Spaniens Eingang: Es handelte sich um die Politik zugunsten der unteren Klassen und besonders der Indianer, wie z.B. die Maßnahmen der Vizekönige Gálvez zugunsten der Knechte auf den Haciendas, d.h. auch für jene, die häufig durch Schulden an das Eigentum gebunden waren. So wurde verboten, an Geld mehr als 5 Pesos vorzuschließen.¹²⁾ Dies war weder als soziale Vorsorge zu interpretieren noch als Maßnahme, die sich darauf richtete, die individuelle Bewegungsfreiheit zu garantieren und Mechanismen zu zerstören, die auf irgendeine Weise auf die Unterwerfung des Individuums unter institutionelle, ökonomische und andere Zwänge abzielten. Es war eine Politik, die versuchte, mit der traditionellen Haltung patrimonialer Wohltätigkeit gegenüber dem „elenden Indio“ zu brechen. Die Idee bestand darin, den Indio in einen nützlichen Vasallen des Staates umzuwandeln, in dem er Gelegenheit erhielt, seinen Lebensunterhalt durch sinnvolle Arbeit zu verdienen, ohne ihm dabei Fesseln der Abhängigkeit anzulegen, die den Rahmen persönlicher Freiheit begrenzen könnten. Seine kulturelle und soziale Integration schließlich sollte auch befördert werden durch die Erkenntnis, daß ihm persönliche Anstrengungen Vorteile brächten. In dieser Denkrichtung konnte einige Jahre später der Intendant der Provinz Mexiko, Bernardo Bonavía, vorschlagen, den Eingeborenentribut nur von jenen Indios zu verlangen, die in ihrer schändlichen Nacktheit verbleiben wollten und ihn allen denjenigen zu erlassen, die sich wie vernünftige Menschen kleideten. Ausdrücklich schlug jener Intendant vor, den Tribut als eine Strafe zu betrachten, die über alle Indios verhängt wurde, die sich nicht anpassen gedachten.¹³⁾ Damit sind wir nicht weit von der Politik des Liberalismus des 19. Jh. gegenüber den Eingeborenen entfernt, was eine tatsächliche Umkehrung festgefügtter Konzepte bedeutete.

Selbst das Gesetzbuch, das die Intendanturen etablierte, war von dieser Staats- und Gesellschaftsvision durchdrungen, die in der radikalen aufklärerischen Führungsgruppe in Spanien vorherrschte. Der Staat galt als ein Gefüge von Individuen, die in die Lage versetzt werden mußten, ihre maximalen persönlichen wirtschaftlichen Vorteile zu suchen und zu finden. Für diese Ziele wurden substantielle Kräfte von der vizeköniglichen Zentralverwaltung an die

Provinz- und örtliche Ebene delegiert, es wurde sogar die freiwillige Zusammenarbeit rechtschaffener Menschen gesucht, indem man an ihren Bürgergeist appellierte, als *Subdelegierte* der Intendanten zu dienen und staatliche Autorität in dieser Eigenschaft als *Delegierte* auszuüben.¹⁴ Die neuen Intendanten mußten ihre Autorität nutzen, um die Wirtschaft in ihren Provinzen voranzubringen, wobei es darum ging, infrastrukturelle Arbeiten, neue Produktionen usw. zu fördern. Obgleich dieser Gedanke heutzutage Modernisierung von oben genannt würde, finde man schon in der Gesetzgebung die Überzeugung, daß die Zusammenarbeit der gesamten Öffentlichkeit gebraucht werde, um Erfolg zu haben. Durch verschiedene Maßnahmen sollte öffentliches Engagement für kommunale Angelegenheiten intensiviert werden, z.B. durch die Einführung der *Procuradores syndicos del común*, die Rekrutierung der *Subdelegadas* unter den Vollbürgern und die regelmäßigen Visiten der Provinzen durch die Intendanten, um einen ständigen Kontakt zwischen Regierenden und Regierten zu haben. Außerdem gab es gesetzliche Präventivmaßnahmen gegen den Einfluß von Vereins- und monopolistischen Interessen vor.

Das Staats- und Gesellschaftskonzept, auf das sich diese Gesetzgebung gründete, war sicher eher rationalen Zuschnitts, aber mit einer klaren liberalisierenden Tendenz darauf gerichtet, jene traditionellen Fesseln zu beseitigen, die das Individuum daran hinderten, sein Vorwärtkommen zu suchen, es vom traditionellen Patrimonialismus zu befreien und in ein klares System gesetzlicher Normen einzuordnen. Dies war schon Ausdruck einer deutlich liberalisierenden Absicht, obgleich noch die Reglementierung durch die Obrigkeit vorherrschte.

Diese Gesetzgebung über die Intendanturen pflegen viele Autoren jedoch gewöhnlich anders zu interpretieren, weshalb es angebracht ist, sie ausführlicher zu analysieren. In der wissenschaftlichen Literatur wird die Einführung des Intendantensystems in den überseeischen spanischen Königreichen allgemein als Ausdruck der Zentralisierungsbestrebungen der metropolitanen Regierung bezeichnet. Nur ein Autor weicht von dieser Meinung ab und vertritt die Auffassung, daß die durch die Verordnungen von 1782 und 1786 eingeführten Reformmaßnahmen sowohl eine Zentralisation als auch gleichzeitig eine Dezentralisation bedeuteten¹⁵). In keiner dieser Studien über die Einführung des Intendantensystems in Amerika ist jedoch eine Definition der Begriffe „Zentralisation“ und „Dezentralisation“ enthalten, ebensowenig wird dargelegt, warum die Einführung des neuen Intendantensystems eine Zentralisation bedeutete und worin diese bestand. Deshalb wird zu prüfen sein, ob man die in der Verordnung von 1786 im Vizekönigreich von Neu-Spanien und in den nachfolgenden Gesetzesinitiativen enthaltenen Reformmaßnahmen als reine Zentralisation zu verstehen sind.

Das öffentliche Recht versteht unter „Zentralisation die Summe aller derjenigen Bestrebungen innerhalb einer organisierten Gemeinschaft, die darauf gerichtet sind, einen größtmöglichen Teil der Tätigkeit dieser Gemeinschaft an einer Stelle, und zwar in ihrem Zentrum, sich äußern zu lassen.“¹⁶) Als Dezentralisation werden die „entgegengesetzten Tendenzen“ bezeichnet, „die einen möglichst großen Teil der Funktionen der Gemeinschaft von ihrem eigentlichen Mittelpunkt möglichst weit weg anderen Stellen übertragen wollen, die mit dem übergeordneten Zentrum in einem nur loseren Zusammenhange stehen.“ Zentralisation und Dezentralisation stellen sich als „Bestrebungen“ und „Tendenzen“ dar, woraus folgt, daß es um zwei in entgegengesetzter Richtung wirkende Kräfte geht. Wie Hans Peters, Autor o.g. Definitionen und Spezialist des öffentlichen Rechts, ausdrücklich bestätigt, wirken diese Kräfte stets und gemeinsam in jedem Staat. Peters unterscheidet außerdem zwischen örtlicher oder räumlicher und

sachlicher Zentralisation und Dezentralisation. Unter räumlicher Dezentralisation versteht er die Bestrebungen, „die die Staatstätigkeit vom Zentrum des Gesamtgemeinwesens fort in lokal begrenzte kleinere Teilgebiete ziehen“, während er unter sachlicher Dezentralisation versteht, „daß gewisse Muterien aus dem gesamten Tätigkeitsbereich eines Gemeinwesens herausgehoben, zwar unter einer gewissen Überordnung der Zentrale, aber doch mehr oder weniger selbständig von einer von der Zentrale dazu ermächtigten Stelle vorgenommen werden, ohne daß die Zuständigkeit der letzteren räumlich beschränkter ist als die der Zentrale.“ Bezüglich der Dezentralisation verweist er auf den wichtigen Unterschied zwischen administrativer und unabhängiger Dezentralisation. Jene besteht, wenn sich zwischen zentraler und dezentralisierter Stelle eine so strenge Beziehung von Subordination gebildet hat, die es der Zentrale erlaubt, der untergeordneten Stelle bindende Anweisungen zu erteilen. Wenn die Zentrale nicht über dieses Anweisungsrecht verfügt, besteht seitens der untergeordneten Stelle keine Gehörsmpflicht, und man spricht von unabhängiger Dezentralisation. Diese erscheint als wahre Selbstverwaltung im Rechtssinne und als legale Autonomie auf dem Gebiet der Rechtsetzung. Ebenso muß in Betracht gezogen werden, daß sich die Begriffe Zentralisation und Dezentralisation nicht nur in den juristischen, legislativen und administrativen Sektoren zeigen. Es ist unwichtig, in welchem der drei Bereiche sich die unterschiedlichen Klassen der Dezentralisation befinden, immer muß man die unabhängige als stärksten und wichtigsten Ausdruck der Dezentralisation anerkennen.

Diese knappen Erläuterungen umreißen bereits den Doppelsinn der Begriffe Zentralisation und Dezentralisation. Wenn man außerdem beachtet, daß die *Ordenanza de Intendentes* zahlreiche Anweisungen zur Reorganisation der Rechtssprechung und Administration im ganzen Vizekönigreich Neu-Spanien enthielt, erscheint die Behauptung - ohne ausführliche Untersuchung des Problems - sehr gewagt, daß die Einführung des Intendantensystems ein Mittel zur reinen Zentralisation gewesen sei. Die Erklärung des Problems wird außerdem durch die Tatsache erschwert, daß im konkreten Fall von Neu-Spanien zwei Zentren zu beachten sind: die zentrale Administration in Madrid und die vizekönigliche Zentralverwaltung in Mexiko. Der Bezugspunkt wirft ein weiteres Problem auf: Ist das neue Verwaltungssystem mit jenem vergleichbar, das die *Recopilación de Indias* vorsah, oder gleicht die Intendantengesetzgebung dem Verwaltungssystem, das im Ergebnis der späteren Verwaltungsgesetzgebung, besonders zur Zeit der unter Ferdinand VI. und Karl III. vor 1786 eingeführten Reform, entstanden ist also vor der Inkraftsetzung des neuen Verwaltungsgesetzbuches? Wir plädieren für den letztgenannten Fall, daß also die Veränderungen der *Ordenanza de Intendentes* mit dem administrativen System, wie es etwa bis 1780 entstanden war, zu vergleichen sind.

Wenn die Dispositionen der *Ordenanza* von 1786 wirklich der Ausdruck zentralistischer Bestrebungen waren, hätte die frühere Administration dezentralisierter gewesen sein müssen. In alten Verwaltungssystem kann man eine unabhängige Dezentralisation jedoch in keinem Bereich, in dem diese Kräfte hätten wirksam sein müssen, feststellen. Weder in Neu-Spanien noch in Amerika allgemein gab es ständische Mächte, und sogar die beiden feudalen Körperschaften - der *Marquesado del Valle* und der *Ducado de Atlixo* - waren vollständig der Kontrolle der Krone unterworfen. Es gab auch keine von der Krone unabhängige repräsentative Selbstverwaltung, da die Mitglieder des Gemeinderates ihre Sitze zu kaufen hatten und vom König designiert wurden, außerdem unterstanden diese Körperschaften den Befehlen der Staatsgewalt. Daher zeigt sich das Vizekönigreich Neu-Spanien, wie auch die anderen, zentralisierter als z.B.

Spanien selbst, weil in Spanien immerhin die Cortes einen dezentralisierten Organismus bildeten, da sie trotz des Verlustes an Einfluß, in Thronfolgeangelegenheiten konsultiert werden mußten und somit, wenn auch mehr in der Theorie als in der Praxis, noch Ende des 18. Jh. legislative Funktionen ausübten.

Wie in jedem Staat größerer territorialer Ausdehnung notgedrungen eine gesetzgeberische und administrative Dezentralisation vorhanden sein muß, weil sich die Zentrale nicht mit allen administrativen Aufgaben, die für den gesamten Bereich des Staates notwendig wären, belasten kann, gab es sie natürlich auch in Neu-Spanien. Vor der Einführung des Intendantensystems hatte sich diese Form von Dezentralisation im Vizekönigreich allerdings nur unvollständig entwickelt. Die Vizekönige, die Audiencias, die Gouverneure und auch die Cabildos konnten reguläre Befehle erteilen oder allgemeine und besondere Verfügungen treffen, was aber immer die Genehmigung der Zentrale in Madrid erforderte. Alle wichtigen Aspekte betreffend, waren die Kolonialbehörden einzig dazu ermächtigt, Entscheidungen zu treffen, wenn die Verzögerungen, die bei den Konsultationen der Krone entstanden wären, zu großen Nachteilen geführt hätten. Im Bereich der Verwaltung war die Dezentralisation verbreiteter und wegen der großen Ausdehnung der neuspanischen Gebiete unvermeidbar. Schon allein die Strukturierung der Verwaltung auf drei hierarchischen Ebenen - vizekönigliche Zentralverwaltung, provinzielle und lokale oder Distriktsverwaltung - bedeutete eine administrative Dezentralisation. Aber auch innerhalb dieses Kompetenzbereiches hatte sich die Krone die wichtigsten Entscheidungen vorbehalten, v.a. in der ökonomischen Verwaltung, wo den Kolonialbehörden Entscheidungen über außerordentliche Ausgaben bis auf wenige Ausnahmen verboten waren. Auch hier sah die Gesetzgebung nur in dringenden Fällen Ausnahmen vor. Außerdem wurde der größte Teil der Steuererhebungen den staatlichen Autoritäten schon Mitte des 18. Jh. (bei realer Übernahme der veräußerten Zweige in die königliche Verwaltung) übertragen, wodurch die öffentliche Wirtschaft zentralisiert wurde. Man hatte den überseeischen Einrichtungen verboten, neue Ämter zu schaffen und die Löhne der Bediensteten zu verändern. Dieses Recht oblag wie die Besetzung fast aller wichtigen Stellen ausschließlich der Zentralgewalt. Die administrative Dezentralisierung der Rechtsprechung war besonders fortgeschritten. Gewiß unterlagen alle Rechtsorgane der Kontrolle des Königs, doch angesichts der Vielfalt juristischer Instanzen und besonderer Gerichte in diesem Bereich scheint es zulässig, von einer extremen materiellen Dezentralisation auf diesem Gebiet zu sprechen. Auch in der Rechtsprechung forderte die Zentrale, in allen wichtigen Prozessen die letzte Instanz zu sein, da der *Consejo de Indias* als oberstes Appellationsgericht in allen rechtlichen Angelegenheiten, auch der den regionalen Richtern zugeordneten, figurierte.

Insgesamt gilt die Feststellung, daß das gesamte vizekönigliche Verwaltungssystem schon eine äußerst zentralisierte Struktur aufwies, bevor es zur Einführung der Intendanturen kam. Eine administrative Dezentralisation ergab sich nur dort, wo sie durch die Entfernung zwischen Amerika und der Metropole und die große Ausdehnung der überseeischen Königreiche selbst erforderlich wurde. Wenn dann die *Ordenanza de Intendentes* wirklich eine größere Zentralisation einführt, konnte es sich einzig um eine Zentralisation innerhalb eines schon sehr zentralisierten Staates handeln. In Neu-Spanien jedoch bedeutete die Einführung der Intendanten keinesfalls eine solch ausgeprägte Zentralisation, wie sie beispielsweise in Frankreich erfolgte, einem Land, in dem es zu diesem Zeitpunkt noch starke ständische Gewalten und unabhängige Beamte gab, weshalb man in Frankreich von einer unabhängigen Dezentralisation vor der Einführung der neuen Beamten sprechen kann. Als man die Intendanturen in Spanien errichtete, war die

Dezentralisation noch stärker ausgeprägt als in Amerika, speziell im Vizekönigreich Neu-Spanien vor der Reform von 1786. Dieser Umstand tritt noch klarer bei der Betrachtung der spanischen Steuerverwaltung hervor, die sich zum großen Teil in der Hand von Pächtern oder der Gemeinden befand. In Neu-Spanien dagegen war dieser Sektor schon vor der Einführung des Verwaltungssystems zentralisiert worden. Zusammenfassend ist festzuhalten: In Neu-Spanien hatte die Einführung der Intendanturen, wenn überhaupt, nur geringen Einfluß auf eine stärkere Verwaltungszentralisierung, wobei dieses Problem ohnehin viel von seiner Bedeutung verliert, wenn wir den Stand der Dinge in Frankreich, Spanien und Amerika zum Zeitpunkt der Einführung des neuen Systems vergleichen. Bei der durchgängigen Analyse der Verfügungen der Ordenanza von 1786 findet man sowohl Maßnahmen administrativer Zentralisation wie Dezentralisation. Hinsichtlich der Gesetzgebung zeigte sich eine sachliche Dezentralisation in der vizeköniglichen Administration. Diese bildete sich heraus, als die alte *Junta de Hacienda* sich als autonomes Instrument des Vizekönigs mit Vollmachten innerhalb des ganzen Vizekönigreiches konstituierte und befugt war, Dekrete zu erlassen und sie auf dem Gebiet der öffentlichen und kommunalen Finanzen in Kraft zu setzen.

Auf gleiche Weise vollzog sich eine andere Dezentralisation auf zentraler Ebene des Vizekönigreiches, indem sich bei der Einrichtung der Junta Superior ein zweiter oberster Gerichtshof neben dem der Audiencia für das ganze Vizekönigreich bildete. Auf der Ebene der Provinzen kam es zu einer sachlichen Zentralisation der Rechtssprechung, indem man den Intendanten die zivile Rechtssprechung für die entsprechende Provinz und Hauptstadt sowie die Militär- und Finanzgerichtsbarkeit übertrug. Bei der Untersuchung der Finanzgerichtsbarkeit wird zunächst eine sachliche Zentralisation sichtbar, da dieser Zweig der Rechtssprechung vor der Einführung der Intendanten verschiedenen Autoritäten unterstand. Gleichzeitig jedoch ergab sich auch eine lokale oder räumliche Dezentralisation, da zuver ein großer Teil der Rechtssprechung bei den Leihern der einzelnen Zweige der Finanzen, die in der Hauptstadt des Vizekönigreiches residierten, lag, die die Ordenanza nun den Intendanten übertrug, womit ein Großteil der Rechtssprechung in Finanzangelegenheiten von zentraler vizeköniglicher Ebene auf die Provinzebene überging.

Die Generalsuperintendentur der königlichen Finanzen, 1747 zu Händen des Vizekönigs gebildet, verwandelte sich in eine nachgeordnete Superintendentur, ausgestattet mit den Befugnissen eines *Secretario de Estado y del despacho de Indias*, d.h. eines Ministers - eine Maßnahme, die auf administrativer Ebene als Zentralisation anzusehen ist. Das war zugleich die einzige Veränderung, die sich durch die Ordenanza im Bereich der Beziehungen zwischen der vizeköniglichen Zentralverwaltung und dem Mutterland in Madrid ergab. Durch die Errichtung der *Junta Superior* und der vom Vizekönig getrennten Superintendentur gab es jetzt vier anstelle von zwei obersten Gewalten im Vizekönigreich, was wiederum als sachliche Dezentralisation zu verstehen ist. Eine örtliche Dezentralisation bedeutete die Teilung des Vizekönigreiches in 12 Provinzen und die entsprechende Einführung von Provinzintendanten, die jetzt viele Verpflichtungen übernahmen, die sich vorher in den Händen des Vizekönigs als Superintendanten oder - genauer gesagt - als Gouverneur des Königreichs von Neu-Spanien befanden. Ein Beispiel dafür bietet v.a. das Königreich von Neu-Spanien selbst, das durch die Verwaltungsordnung in sechs Regierungsprovinzen unterteilt wurde. In welchem Maße gerade diese Maßnahme eine administrative und örtliche Dezentralisation bedeutete, so wie geplant, ist schon von José de Gálvez in seinem 1768 erarbeiteten Plan über die Bildung der Intendanturen aufgezeigt worden. Gálvez hatte eindeutig dargelegt, daß der Vizekönig allein und ohne große Hilfe das weite Gebiet

des Vizekönigreichs regieren sollte. Desungeachtet schlug er die Einführung der Intendanten in den Provinzen vor, mit der Aufgabe, den Vizekönig zu entlasten und zu unterstützen.¹⁷⁾ Darnach beabsichtigte Gálvez, die administrativen Eingriffe der Zentrale des Vizekönigreichs zu verringern und so den Provinzintendanten zahlreiche Funktionen zu übertragen. Entsprechend der Ausgangsdefinition müßte das im Sinne einer administrativen Dezentralisation verstanden werden. So ergab sich zum ersten Mal die Tatsache der Übertragung der Kontrolle und Leitung des Finanzwesens auf die Provinzintendanten, eine Funktion, die vorher einzig der Vizekönig in seiner Eigenschaft als Superintendent innehatte. Aber auch verschiedene Regierungsangelegenheiten, wie z.B. die Bestätigung der *Alcaldes mayores*, die man jährlich wählte, wurden von der vizeköniglichen Zentralverwaltung den Provinzintendanten übertragen. Ein Teil der Angelegenheiten des Bereichs der kommunalen Finanzen verlagerten sich durch die Ordenanza von der vizeköniglichen Zentrale auf die Ebene der Intendanten. So überprüften z.B. jetzt die königlichen Finanzminister die Jahresbilanz der Gemeindekonten, eine Funktion, die zuvor ausschließlich die *Contaduria general de propios* in der vizeköniglichen Zentrale wahrnahm. Außerdem trat der Vizekönig vielfältige Angelegenheiten der Administration des *Juzgados de tierras* ab, die nun den Intendanten übertragen wurden. Diese Dezentralisation kann allerdings nicht generell festgestellt werden, sondern nur im Hinblick auf solche Intendanturen, die sich auf dem Gebiet der früheren eigentlichen Gobernación Neu-Spanien befanden. Es ist im Augenblick schwierig, die genannten Maßnahmen unter Beachtung der Gobernaciones, die schon vorher existierten, zu interpretieren. Der aktuelle Forschungsstand erlaubt weder eine genaue Orientierung im Hinblick auf die Frage, in welchem Grade die Befugnisse der erwähnten Gobernadores - z.B. im Bereich der königlichen Finanzen - von der Errichtung der Generalsuperintendenturen berührt wurden, noch, ob sie in der Munizipalverwaltung und in Angelegenheiten des *Juzgado de tierras* vom Vizekönig abhingen, weil sich schon mit der vorhergehenden Gründung der Generalkommandantur für innere Provinzen mehrmals - im Vergleich zur früheren Situation - die Angelegenheiten auf dem Gebiet von Regierung und Finanzen geändert hatten. Daneben bedeutete die Errichtung der Provinzintendanturen auch eine Zentralisation in bestimmten Bereichen von Justiz und Regierung, weil gleichzeitig die *Alcaldias Mayores* und die *Corregimientos* von früher aufgehoben wurden, indem die Funktion der hohen Gerichtsbarkeit den Intendanten zufiel. Weder die *Subdelegados* noch die *Alcaldes ordinarios*, die begannen, die *Alcaldes mayores* und *Corregidores* auf örtlichem oder Distriktgebiet zu ersetzen, erhielten die Kontrolle über die Gemeinden ihrer Distrikte, sondern es waren die Intendanten, die sich jetzt dieser Aufgabe annahmen. Das bedeutete, die entsprechenden administrativen Angelegenheiten wurden nicht von der Lokal- oder Distriktsgewalt geklärt, sondern von der Provinzialverwaltung, d.h. der höheren administrativen Ebene. Diese Umstellung der Kompetenz ist als räumliche Zentralisation zu bewerten. Da aber gleichzeitig ein großer Teil der *Ayuntamientos* durch die Abschaffung der *Alcaldes mayores* und *Corregidores* ohne direkte Kontrolle durch einen vor Ort anwesenden königlichen Funktionär verhielt, wies auch diese Maßnahme gewisse Aspekte einer Dezentralisation auf. Eine andere Dezentralisierungsmaßnahme auf administrativer Ebene bestand in der Delegation der Funktionen des Vizepatronats auf die Intendanten und Gouverneure, die weiterhin dessen Amt ausübten, eine Funktion, die sich zuvor in der Hand des Vizekönigs und der Gouverneure, die gleichzeitig Generalkapitäne waren, konzentrierte.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß aus den in der Ordenanza enthaltenen unterschied-

lichen Weisungen sowohl eine partielle administrative Dezentralisation als auch eine partielle administrative Zentralisation resultierten. Obgleich sich das Gesetzgebungswerk stärker durch die Tendenz zu administrativer Dezentralisation als durch das Bemühen nach Intensivierung der Zentralisation auszuzeichnen scheint, erscheint doch der Beziehungswechsel zwischen diesen beiden Ebenen im Vergleich zur vorherigen Administration sehr viel schwächer. Dies wird bekräftigt, wenn man in Rechnung stellt, daß schon vor der Errichtung der Intendanturen die Steuereintreibung an die staatliche Verwaltung übergegangen war, wodurch die auffälligere administrative Dezentralisation eher eliminiert wurde.

Auch in bezug auf die Gemeindeverwaltung läßt sich durch die Einführung des Intendantensystems keine zentralistische Intensivierung feststellen, wiewohl diese Meinung in der Literatur mitunter anzutreffen ist, weil die Verantwortung der örtlichen Verwaltungsorgane viel früher beseitigt worden war. Die Gesetze der *Recopilación* hatten schon eine strikte Kontrolle der Gemeindegewirtschaft durch die staatlichen Behörden angeordnet, und mit der Errichtung der *Contaduría General de Propios y Arbitrios*, während des Besuchs von Gálvez, war eine besondere Abteilung zur Beaufsichtigung der finanziellen Vorgänge in den Gemeinden geschaffen worden.

Die Tatsache, daß die *Ordenanza* Dispositionen enthält, die eine administrative Dezentralisation bedeuteten, während andere auf eine intensivierte administrative Zentralisation abzielten, erlaubt die Schlußfolgerung, daß die Begriffe „Zentralisation“ und „Dezentralisation“ als Kriterien nicht genügend geeignet sind, allein die historische Bedeutung der administrativen Reform von 1786 zu beurteilen. Außerdem schien nicht die Absicht zu bestehen, mit dieser Reform ein bestimmtes Prinzip der Administration zu realisieren. Mehr noch, die Krone verlangte eindeutig, die administrative Organisation des Vizekönigreichs nach rationalen Gesichtspunkten zu strukturieren und zu vereinfachen, und zwar durch die Entlastung der Vizekönige zugunsten neuer provinzieller Körperschaften. Gleichzeitig beabsichtigte man eine Neuaufteilung der administrativen und gerichtlichen Verantwortlichkeiten zwischen den unterschiedlichen hierarchischen Ebenen. Diese Maßnahmen sollten die Effizienz der Verwaltung erhöhen, indem sie der Zentrale die Regierung des Staates erleichterten; ferner zielten sie darauf ab, der Öffentlichkeit einen bequemeren Zugang zur Zentrale zu gestatten. Es waren also eher rationale Überlegungen über eine effektive Verwaltung, nicht so sehr ausschließliche Motive zur Machterweiterung, die die Grundlage der Planung der in der *Ordenanza de Intendentes* von 1786 enthaltenen administrativen Reform abgaben.

Die Verwirrung in bezug auf die Begriffe „Zentralisation“ und „Dezentralisation“, die wir eingangs festgestellt haben, ergibt sich aus zwei Gründen. Zum einen wurde relativ unkritisch die zeitgenössische Interpretation übernommen, die Intendanten kämen, um die wichtigsten alten *Alcaldes mayores* und *Corregidores* zu ersetzen. Wie wir gesehen haben, bedeutete die Einführung des Intendantensystems in Wirklichkeit eine völlige Umgestaltung der drei kolonialen Verwaltungsebenen; dabei ist hervorzuheben, daß die Beamten, die tatsächlich kamen, um die *Corregidores* und *Alcaldes mayores* zu ersetzen, die *Subdelegados* und die *Alcaldes ordinarios* waren, welche die *Ordenanza* einzuführen anwies. Der zweite Grund, der wahrscheinlich zu der Auffassung beitrug, die Einführung der Intendanten stelle eine zentralisierende Maßnahme dar, ist die Stärkung der Kolonialmacht, die sich aus der Reform ergab. Indem sich die *Alcaldes mayores* und *Corregidores* in unbesoldete Beamte verwandelten, nur von ihren eigenen Interessen und denen der Oligarchie ihres Distriktes geleitet, blieb als einzige kompetente Ebene der

Administration die zentrale vizekönigliche Institution. Im Gegensatz dazu wurde mit der Reform auf Provinzebene eine neue administrative Hierarchie eingeführt, ausgestattet mit administrativen Rechten und Gehältern, über die der Arm des Staates auch die Regionen und Bevölkerungsgruppen erreichte, die daran nicht gewöhnt waren und folglich der Reform mißtrauisch gegenüberstanden. Möglicherweise haben beide Motive dazu beigetragen, daß sich in der Literatur die Meinung herausbildete, die Reform sei in erster Linie eine zentralisierende Maßnahme gewesen, obgleich sie in Wirklichkeit eine Erhöhung der staatlichen Kontrolle mittels einer administrativen Dezentralisation anstrebte.

Es ist bekannt, daß die neue Verwaltungsgesetzgebung in Neu-Spanien zumindest seitens der etablierten Administration und eines großen Teils der Öffentlichkeit auf starken Widerstand und offene Feindschaft stieß. Da außerdem kurz nach Inkrafttreten der Ordenanza de Intendentes von 1786 ihr Hauptförderer, der Indienminister José de Gálvez, gerade in der wichtigen Phase der praktischen Umsetzung der neuen Gesetzgebung starb, entbehrte diese einer starken Unterstützung in der Metropole. Die Krone wich sehr bald vor vielen Beschwerden der vizeköniglichen Administration zurück, und bevor die neue Gesetzgebung in die Praxis umgesetzt werden konnte, begann ihre Modifikation durch eine Reihe von Anweisungen aus Madrid, die in erster Linie dadurch bedingt, daß die vizekönigliche Zentralverwaltung viele Anordnungen der Ordenanza für undurchführbar erklärte. Die wesentlichen Merkmale der Gesetzgebung über die Intendanturen, die nach der Ordenanza von 1786 in Kraft trat, waren die offene Rückkehr zu vielen vor der Ordenanza gültigen Bestimmungen, die durch sie geändert worden waren. Gleichzeitig bedeutete diese neue Gesetzgebung über die Intendanturen¹⁸⁾ einen markanten Wechsel zu zentralistischen Prinzipien. So übertrug man die neue *Superintendencia subdelegada* der königlichen Finanzen wieder dem Vizekönig, was einen ersten Schritt zur Zentralisation der Hauptfunktionen in dessen Hand bedeutete. Danach wurde jene Gesetzgebung abgeschafft, derzufolge *Alcaldes ordinarios* in den Dörfern mit entsprechender Einwohnerschaft eingesetzt werden sollten unter Beibehaltung der den Subdelegierten zugeordneten Gerichtsbarkeit, die ursprünglich nur die beiden Bereiche Finanzen und Krieg umfassen sollte und denen man dann auch die der Polizei und Justiz überließ. Später wurde den Verwaltern die Berechtigung zur Ernennung von *Subdelegados* abgesprochen und diese zuerst den Vizekönigen und später dem König selbst zugewiesen, was einen großen Schritt zur administrativen Zentralisation bedeutete.

Die Verstärkung des Zentralismus drückte sich sehr klar in der Haltung des Vizekönigs II. Graf von Revillagigedo gegenüber den Intendanturen aus. Er verteidigte energisch die neue Institution, wollte aber, daß die Intendanten unmittelbar und direkt dem Vizekönig und seinen Exekutivorganen unterstellt blieben, während die Ordenanza die Konzeption verteidigte, nach welcher die Intendanten autorisierte Leiter der Verwaltung mit eigener Initiative sein sollten. Die Auffassung des Vizekönigs setzte sich durch und trat mit der neuen Gesetzgebung über die Intendanturen nach 1789 in Kraft. Eine Serie von Prozessen, darunter einige ziemlich spektakuläre, zwischen den Intendanten und der vizeköniglichen Zentralverwaltung trug auch dazu bei, den neuen Beamten Autorität entziehen, obwohl sie die Gesetzgebung prinzipiell auf ihrer Seite hatten. Gegen Ende des Jahrhunderts beschwerten sich viele Intendanten wiederholt sowohl bei den Vizekönigen als auch gegenüber der Verwaltung in der Metropole wegen ihrer graduellen Zurücksetzung auf reine Exekutivfunktionäre der Vizekönige.¹⁹⁾

Diese liberalisierende Tendenz findet man danach eindeutig im Handeln der neuen Führungsgruppe, die sich von Anfang an vehement gegen die traditionellen Gewalten und Interessen

stellte, die oftmals aufgrund ungesetzlichen Vorgehens sowohl auf der Ebene der Provinzhauptstädte als auch auf höherer Ebene geschaffen und organisiert worden waren.²⁰⁾ Außerdem kam es regelmäßig zu Konflikten mit kirchlichen Würdenträgern, die sich weigerten, die neuen Autoritäten und die Politik, die diese getreu dem Gesetz durchführen wollten, zu akzeptieren. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, beteiligten sie sich nicht an dem traditionellen Spiel, sich durch Vergünstigungen, Geschenke und offene Bestechungen einfließen zu lassen. Typisch wegen seiner durchgreifenden und sachlichen Art ist der Bericht, den der Intendant von Guanajuato, Riaño, 1792 auf Ersuchen des Vizekönigs über das in seinem Regierungsbezirk Realisierte gab. Auf einer knappen Seite schilderte er dem König die beeindruckenden Details der fast überquellenreichen Fülle seiner teils recht autoritär durchgesetzten Reformmaßnahmen von der Reorganisation der Polizei über die Auflösung der Zünfte bis zur Flußreinigung.²¹⁾ Fast alle Intendanten hatten zu Beginn ihrer Amtsübernahme über mangelnde Uneigennützigkeit und Redlichkeit in der Justizverwaltung, über die Verfalllösung der Stadt usw. geklagt. Das scheint nicht nur reine Rhetorik gewesen zu sein, da man häufig die Klagen durch Beispiele und Zeugenaussagen illustrierte und dabei manchmal Begriffe verwendet wurden, die sonst nur aus den „Noticias Secretas“ von Jorge Juan und Antonio de Ulloa bekannt sind.²²⁾

Der Kampf gegen Monopole aller Art wurde zu einem typischen Kennzeichen für viele Intendanten, wie sich z.B. an ihrem Widerstand gegen das Verteilungssystem von Waren der Corregidores und Subdelegados ersehen läßt, was trotz seines Verbots in der Verordnung der Intendanten wegen einer Reihe von Einsprüchen breit diskutiert wurde. Besonders die Intendanten von Puebla und Oaxaca, wo das System tief verwurzelt war, wehrten sich energisch dagegen, daß die Richter in ihren Händen einen Kredithandel monopolisierten, den durchaus spezielle Händler betreiben konnten. Mit dieser Haltung stellten sie sich natürlich gegen die großen Kaufleute des Königreiches, die traditionell diesen Handel der Beamten finanzierten und daraus beträchtliche Vorteile zogen.

Ein anderes interessantes Merkmal in der Tätigkeit der Intendanten ist ihr deutlicher Hang zu einer administrativen Dezentralisation gegenüber der Hauptstadt des Vizekönigreiches und deren Autoritäten. Die Intendanten von Yucatán und Guadalajara verlangten in vielen konkreten Fällen offen die oberste Regierungsgewalt in ihren Provinzen und widersetzen sich der vizeköniglichen Maschinerie; so wurde der Intendant von Puebla auch zu einem theoretischen Verfechter der administrativen Dezentralisation und schlug dem Ministerium in Madrid wegen der Gefahr, daß „dieses monströse Haupt“ des Vizekönigreiches sich eines Tages von Spanien unabhängig machen könnte, sogar die Abschaffung des Vizekönigreiches vor.²³⁾ Er setzte sich für die Bildung von fünf Generalkapitanien mit ebensovielen kleinen Audiencias ein, womit viele überflüssige Ämter in der königlichen Finanzverwaltung abgeschafft werden könnten, die Öffentlichkeit Vorteile hätte, wegen der größeren Nähe zu ihren Autoritäten Kosten einzusparen wären und die Verbundenheit mit Spanien garantiert würde. Dieser Vorschlag zur Dezentralisation, der Krone um die Jahrhundertwende vorgelegt, war nicht sehr weit von der administrativen Reorganisation entfernt, die später die Verfassung von Cádiz anordnete.

Gegenüber diesen Tendenzen kämpften die Vizekönige und metropolitanen Autoritäten darum, die an die Intendanten und die neuen Provinzadministrationen verlorenen Befugnisse wiederzuerlangen. Durch den Tod von Gálvez und die Furcht, die sieh im Gefolge der Französischen Revolution in Madrid auszubreiten begann, gelang es, in wenigen Jahren einen großen Teil der alten Befugnisse zurückzubekommen.²⁴⁾ Wir finden hier einen kolonialen

Vorgänger der schwierigen Problematik, die den unabhängigen Staat des 19. Jh. beherrschte: Zentralismus oder Föderalismus, eine Problematik, deren koloniale Vorgeschichte noch kaum untersucht wurde und die so entscheidend für die Geschichte des mexikanischen Liberalismus ist.

Die Vizekönige jedoch setzten sich weiterhin bis zum Ende des Jahrhunderts und darüber hinaus heftig für ihrer unumschränkten Autorität ein. Sie sahen sie sowohl durch die Politik der Metropole als auch durch die neuen Provinzgewalten bedroht. Sie klagten ständig in Madrid über die Desavouierung ihrer Maßnahmen und protestierten gegen Weisungen der Krone, wie z.B. die Verfügung der Autonomie der Kommandantur für innere Provinzen, die Errichtung von Konsulaten in Veracruz und Guadalajara usw. Gleichzeitig stellten die Intendanten der Krone gegenüber die ständige Herabminderung ihrer Autorität und die der provinziellen Verwaltungsorgane dar, wobei sie anführten, daß Mexiko „ihnen weiter alles entreißt“²⁵⁾ und beabsichtige, über eine bedeutende Anzahl von Ämtern alle Entscheidungen zu monopolisieren. So machten sie auch die Erfahrung, daß es für sie ohne Belang war, ob in Mexiko eine Sache so oder so entschieden wurde.²⁶⁾ Damit entstand ein Regierungstyp, den der Intendant von Puebla auf drastische Weise charakterisierte, indem er sagte, daß in den Institutionen der Hauptstadt des Vizekönigreichs Entscheidungen getroffen werden, bei denen sich der Vizekönig damit begnüge, sie an die Intendanten weiterzuleiten, diese sich darauf beschränken, die Weisung an die *Subdelegados* weiterzugeben, die ihrerseits die Weisung publizieren, und das Publikum stelle sich taub und befolge sie nicht²⁷⁾ - letzten Endes eine Situation, die aus der Geschichte Mexikos während des 19. Jh. gut bekannt ist.

Im Hinblick auf die Thematik, die uns hier beschäftigt, muß hervorgehoben werden, daß während jener Jahre sehr unterschiedliche Bündnisse zur Lösung von Regierungsproblemen entstanden, allgemein aber die Umrisse zweier Allianzsysteme zunehmend hervortraten, die in der Epoche der Independencia häufig anzutreffen waren: Aufgeklärte spanische Bürokraten kollaborierten mit traditionellen Eliten, wenn es um die Verteidigung der Vorrechte der jeweiligen Herrschaftsebene, sowohl der provinziellen als auch der zentralen, ging; dieselben Beamten der Halbinsel verbündeten sich mit aufgeklärten Kreolen, um Maßnahmen der aufgeklärten Regierung zu verteidigen. In der Hauptsache jedoch dominierten verwandtschaftliche Beziehungen und Verbindungen zwischen der traditionellen kreolischen Oligarchie, den großen ökonomischen Interessen Spaniens und der traditionellen Bürokratie und andererseits zwischen den aufgeklärten Kreolen, hauptsächlich mittlerer sozialer Herkunft, und den neuen aufgeklärten Beamten, die von der Halbinsel stammten. Der Intendant von Puebla als Interimsstatthalter z.B. ernannte einen gebildeten Ratgeber, den der Gemeinderat als Mulatten klassifizierte mit dem man nicht zusammenarbeiten könne, und der die Unterstützung des Gerichtshofes finde. Von den Mitgliedern dieses Gerichtes sagt der Vizekönig II. Graf von Revillagigedo, einer der prominentesten Repräsentanten der aufgeklärten Herrscher in Neu-Spanien, daß die meisten seiner Beamten „wegen des Alters, der Müdigkeit und des fehlenden Wissens völlig unnütz“ seien und erweiterte sein Urteil dann auf die Mitglieder des *Tribunal de Cuentas* und andere zentrale Einrichtungen.²⁸⁾ Im Gegensatz dazu tadelte der traditionalistische Erzbischof und Interimsvizekönig, Alfonso Nuñez de Haro, diesen Vizekönig insgeheim nicht nur als verweichlicht und den Vorrechten der Kirche wenig geneigt, sondern bekräftigte sogar, daß „das Herz des Vizekönigs nach dem, was ich seinen Gesprächen entnahm, von den Maximen die die Philosophie dieses Jahrhunderts in ihren Büchern über das, was man Freiheit der Menschen nennt, verbreitet hat, durchdrungen ist. Es scheint, daß er im Prinzip die französische Revolution billige

und nur den Exzeß, zu dem sich diese Nation hat hinreißen lassen, tadelte.“²⁹⁾ Der Intendant von Guanajuato besuchte häufig aufgeklärte kreolische Kreise, die später die Erhebung von 1810 anzettelten, und kannte den Priester Hidalgo gut.

Es wird deutlich, daß in Neu-Spanien schon in den letzten Jahren des 18. Jh. eine Situation ähnlich wie in der Metropole herrschte, d.h. die große Anziehungskraft des französischen Beispiels für die Gruppe der profranzösisch gesinnten aufgeklärten Beamten und für die Aufgeklärten im allgemeinen, die den revolutionären Ideen beipflichteten, aber nicht den gewaltsamen Vorgängen der Revolution, und die schließlich 1808 vor der Alternative standen, sich entweder für Napoleon zu entscheiden, wie es viele taten, oder für die Bewegung, die zu den Cortes von Cádiz führte. Das Beispiel der Französischen Revolution wurde in Neu-Spanien kurze Zeit nach dem ersten Ausbruch zu einer politischen Waffe in den internen Kämpfen für oder gegen die Reform, während sich ein großer Teil der Bürokraten und aufgeklärten Kreolen dem Verdacht gegenüber sah, daß sie - wenn schon nicht Anhänger der Revolution - doch wenigstens Anhänger ihrer Leitideen seien. Somit begann das französische Beispiel allmählich, die bestehenden internen Spannungen aus der Zeit vor der Revolution in der neuspanischen Gesellschaft zu verschärfen und unter der Oberfläche einen polarisierenden Einfluß auf der Ebene der Oligarchie und der Regierungseliten und zunehmend auch in mittleren Schichten der Gesellschaft auszuüben. In der Stunde der Wahrheit jedoch dominierte innerhalb der führenden Gruppe der Halbinsel die Loyalität gegenüber Spanien und nicht die Klasseninteressen. Dies findet seine Bestätigung, wenn man daran erinnert, daß die beiden aufgeklärtesten neuspanischen Intendanten, Flon und Riaño, verschwägert mit Bernardo de Gálvez, im bewaffneten Kampf gegen die Erhebung des Priesters Hidalgo fielen.

Diese Tatsache für sich zeigt die Problematik der Verbindungen zu den unterschiedlichen Gruppen Aufgeklärter und Konservativer, da sowohl Hidalgo und seine Untergebenen einerseits als auch die beiden Intendanten andererseits zugleich der Gruppe der Aufgeklärten angehörten. Auf den ersten Blick erklärt sich dieser Widerspruch aus dem klassischen Antagonismus Kreolen-Europaspanier. Doch es ist keineswegs neu, daß nicht nur in Unabhängigkeitskriegen Koalitionen mit den unterschiedlichsten und in vielen Fällen antagonistischen Gruppen eingegangen werden, sondern daß auch Kreolen und Spanier miteinander verschwägert waren, so daß das einfache Kriterium des Geburtsortes nicht ausreichte, um zu klären, wer Kreole und wer Spanier war. Wenn wir z.B. die mexikanischen Mitglieder der *Real Sociedad Vascongada de Amigos del País*³⁰⁾ beachten, finden wir unter den Mitgliedern dieser aufgeklärten Vereinigung nicht nur baskische und spanische Bewohner der Halbinsel, sondern auch wegen ihres Kreolismus bekannte Kreolen, wie z.B. den Oidor und späteren Regenten der Audiencia, Francisco Javier Gamboa, und José Antonio de Alzate. Es müßten nun komplexere sozio-kulturelle Kriterien entwickelt werden, um die sozialen Führungsgruppen und ihre Eingliederung in Parteien oder Parteiengruppen konkreter definieren zu können. Das Vorhandensein einer breiten Literatur über Mexiko am Ende des 18. Jh., der zunehmend einfacher werdende Zugang zu den notariellen und provinziellen Archiven und die Anwendung prosopographischer Methoden mit Hilfe von Computern könnten diese Aufgabe erleichtern.

Betrachtet man den Komplex der bourbonischen Reformen, kann durchaus geschlußfolgert werden, daß dieser Prozeß in sich keine Einheit darstellte, sondern in mindestens drei unterschiedlichen Phasen ablief. Die erste Phase umfaßte den Zeitraum der Regentschaften von Philipp V.,

Ferdinand VI. und die Anfänge Karls III. und dauerte bis ungefähr 1776. Sie ist durch die Übernahme der veräußerten oder verpachteten Renten durch die staatliche Verwaltung und die Errichtung neuer Staatsmonopole mit der nachfolgenden Erweiterung des bürokratischen Apparates charakterisiert. Es wurden Rentenverwaltungen in den Städten, Gemeinden und Dörfern gebildet, die damals keiner direkten administrativen Einwirkung unterlagen, sieht man von den *Alcaldes Mayores*, *Corregidores* und ihrer Stellvertreter ab, die sich mehr dem Handel als den Justiz- und Regierungsangelegenheiten widmeten. Wir verfügen noch nicht über ein Bild der Beamten, die die neugeschaffenen Ämter besetzten, aber es ist zu vermuten, daß sich das gleiche abspielte wie danach in Armee und Miliz: Die hohen Posten werden in den Händen der Spanier sein, die mittleren und unteren in den Händen der Kreolen. Es wäre jedoch wichtig zu wissen, ob diese mittleren und niedrigen Ämter von hauptsächlich aus städtischen Zentren stammenden Kreolen eingenommen wurden oder von Personen, die aus der gleichen Region kamen, in der sie ihr Amt ausübten. Auf jeden Fall ist zu folgern, daß sich auf provinzieller Ebene eine neue administrative Hierarchie herausbildete, deren Basis wohl aus Kreolen bestand, sei es auch nur aufgrund der bloßen Tatsache, daß kein Spanier bereit war, in kleine Provinzgemeinden überzusiedeln.

Ungefähr zur gleichen Zeit, zu Beginn der fünfziger Jahre, wurde die Verleihung von mit gewissen Vergünstigungen ausgestatteten Ämtern als verdeckter Form des Verkaufs öffentlicher Ämter abgeschafft, obgleich sich der Repartimiento-Handel der vom System der Ämterverleihung profitierenden wichtigsten Beamten bzw. der *Alcaldes mayores* und *Corregidores* fortsetzte. Diese Veränderung muß die Kapazität der Handelsgruppen der wichtigsten städtischen Zentren beschnitten haben, die die Ämtervergabe genutzt hatten, um den Handel mit bestimmten Rechtsbezirken zu monopolisieren, wobei nach und nach die *Alcaldías mayores* und *Corregimientos* der Dörfer für ihre Mitarbeiter und Beamten gekauft wurden. Wiewohl wir Daten über den Repartimiento-Handel³¹⁾ haben, fehlen uns Kenntnisse über das Personal, das diese Positionen innehatte. Leider ist die Regierung der ausgedehnten ländlichen Gebiete Neu-Spaniens weitgehend unbekannt, obwohl sich schon die Mechanismen abzeichnen, nach denen zu bestimmten Zeiten die Städte die Geschäfte und vielleicht auch die Politik auf dem Lande kontrollierten.

In diese erste Phase des bourbonischen Reformismus ab 1765 fällt die Aufstellung des stehenden Heeres und der Milizen. Auch in diesem Kontext scheint sich etwas Ähnliches gebildet zu haben, wie im Falle der Rentenverwaltung: die hohen Kommandostellen für die Spanier und Teile der mittleren und unteren für die Kreolen.³²⁾ Wichtig war jedoch, daß mit den Militärreformen neue Ämter eingeführt wurden, die es gestatteten, den Draufgang zu sozialem Aufstieg zu befriedigen, und - was vielleicht noch wichtiger war - die nicht der ordentlichen Rechtsprechung unterlagen. Auch in diesem Falle muß festgestellt werden, daß der Antagonismus Kreolen - Spanier nicht überbetont werden darf, weil es den Anschein hat, daß die einen wie die anderen auf allen Ebenen als niedere Dienstgrade Fuß faßten, Personen ohne jegliche militärische Erfahrung, die sich dem Handel auf unterem Niveau widmeten. Auf diese Weise könnte es sogar sein, daß der Fall des neuen Offizierskorps auch ein Phänomen des Aufstiegsstrebens der Mittel- oder unteren Mittelklassen wäre, und ebenso könnte man es als Phänomen der neuen Beamtenschaft der Provinzsteuerbehörden und der vielen Anhänger der aufgeklärten Ideen interpretieren. In jedem Fall trägt auch die Einrichtung der neuen militärischen Körperschaften trägt dazu bei, auf Provinzebene ein neues staatliches Element einzuführen.

Außerdem wäre in diesem Kontext die Ausweisung der Jesuiten zu erwähnen. Obgleich diese Maßnahme die Strukturen der Regierung nicht berührte, bedeutete sie die Eliminierung einer mit dem Kreolismus eng verknüpften und zugleich gegenüber dem monarchischen Absolutismus oppositionellen Macht. Die Situation verkomplizierte sich durch die Tatsache, daß der Orden zumindest als erste Verbreitungsinstanz der aufgeklärten Ideen in Neu-Spanien auch einen modernisierenden Einfluß und Impetus hatte. Man müßte die Beziehungen der Jesuiten zur neuspanischen Gesellschaft über die rein institutionellen Bindungen hinaus gründlicher untersuchen, z.B. ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rolle, die erst in Grundzügen bekannt ist.

Insgesamt kann festgestellt werden, daß die erste Phase der bourbonischen Reformen durch eine Politik der Metropole charakterisiert wurde, die darauf gerichtet war, die königliche Kontrolle zu verstärken und die administrative Zentralisierung zu vertiefen. Jedoch schon am Ende dieser ersten Phase wurden klare Gegentendenzen deutlich, die sich in der Phase der Visitation von José de Gálvez zeigten. Dieser schlug nicht nur zusammen mit Croix die Errichtung der Intendanturen vor, sondern auf der Ebene der städtischen Regierung Maßnahmen, die darauf abzielten, das Monopol abgeschlossener Gruppen der örtlichen Elite auf die Munizipalregierung zu brechen, und damit einen gewissen Anstrich von Liberalisierung hatten. Dieser Absicht diente offensichtlich die Einführung der *Regidores honorarios* und der *Síndicos personeros del común* in die Cabildos der Städte³³), letztendlich Wahlämter und dazu bestimmt, sozialen Gruppen die Beteiligung an der Gemeindeverwaltung zu eröffnen, die bisher durch den elitären Charakter der Ämter als käufliche Ämter ausgeschlossen waren. Dieser neue Aufbau, dessen Einführung die Krone auf Betreiben von Gálvez genehmigte, erhielt jedoch nie eine gesetzliche Regelung auf fester Grundlage. Wenn man diese Maßnahme den dezentralisierenden Aspekten des Regimes der Intendanturen hinzufügt, die ebenfalls von Gálvez vorgeschlagen wurden, zeigt sich eine Wende in der Philosophie der Regierung, eingeführt durch den Hauptvisitator, die danach, wie bereits erwähnt, heftige Diskussionen im Mutterland provozierte.

Die zweite Phase des bourbonischen Reformismus fällt mit der Zeit von José de Gálvez' im Indienministerium zusammen (1776-1786). In dieser Epoche des „radikalen“ Reformismus -, in der den Vizekönigen Befugnisse entzogen wurden, versuchte man, eine Stärkung der Finanzen der Munizipien durch die Errichtung der *Contaduría de propios, arbitrios y bienes de comunidad* zu erreichen, es wurden die Kommandantur für innere Provinzen errichtet, der freie Handel eingeführt, der Repartimiento-Handel verboten, die Intendanturen etabliert, und man begann, eine Politik zugunsten der unteren Klassen der Gesellschaft und den Kampf gegen kirchliche und Innungsprivilegien zu führen. Allgemein dominierten in dieser Phase Tendenzen der Dezentralisation und politischen wie wirtschaftlichen Liberalisierung. Letztlich bleibt zu schlußfolgern, daß während der gesamten bourbonischen Reformperiode diese Phase die einzige ist, die wirklich von tiefgreifenden, von der Aufklärung inspirierten Reformen charakterisiert wird. Freilich finden wir sowohl vorher als auch danach aufgeklärte Maßnahmen, aber weder vor noch nach dieser zweiten Phase kann die Gesamtheit der realisierten Maßnahmen als abgeleitet von einem kohärenten, von aufgeklärten Ideen inspirierten politischen Plan interpretiert werden, der vielen später von den Cortes von Cádiz eingeführten Reformen vorgeht.

Wenn man die Maßnahmen der Regierung analysiert, so scheinen sie darauf gerichtet zu sein, die Strukturen traditioneller Macht zu zerstören, sowohl auf der Ebene der Vizekönige als auch auf der der Provinzen und des lokalen Umfeldes. Normalerweise gelang das durch unterschied-

liche Maßnahmen der Dezentralisierung, und auch die wenigen Maßnahmen der administrativen Zentralisation sind darauf gerichtet, die Macht einflußreicher traditioneller Gruppen zu brechen, was im Grunde zu einer Liberalisierung tendiert. Wir haben schon erwähnt, daß mit der Einführung der *Subdelegados* die lokale Macht auf der Ebene der Gemeinden Mitgliedern der örtlichen Elite übertragen und in den Provinzhauptstädten der Einfluß der örtlichen Regierungselite beschränkt wurde. Die Errichtung der *Contaduría de propios, arbitrios y bienes de comunidad* erscheint auf den ersten Blick als eine starke Maßnahme der Zentralisation, doch vergessen wir nicht, daß auch die Cabildos zuvor nur über geringe Mengen ihrer Fonds verfügen konnten und die vizekönigliche Genehmigung für höhere Ausgaben brauchten. Mit den *Reglamentos de propios y arbitrios y bienes de comunidad*, die das Rechnungsamt einführt, entstanden schnell wachsende Einnahmen, die in öffentlichen Arbeiten Verwendung finden konnten, die nicht nur durch die Intendanten, sondern auch durch *Regidores honorarios* und die *síndicos personeros del común* bekanntgegeben wurden. Somit läßt sich zusammenfassend sagen, daß die „Revolution in der Regierung“, von der Brading spricht, aufs engste mit dem durch Gálvez eingeführten Reformismus verbunden ist. Dieser Reformismus tendierte dazu, die versteinerten Machtstrukturen zu eliminieren und trachtete nach einer offeneren, liberaleren Gesellschaft mit größeren Möglichkeiten für Individuen und neue soziale Gruppen. Gleichzeitig wurde die örtliche und provinzielle Regierungsebene gegenüber der Metropole Mexiko aufgewertet, und man versuchte, den Provinzen eine größere ökonomische, soziale und politische Dynamik zu verleihen. Dieser Impetus der von Gálvez eingeführten Reformen erklärte auch die Opposition der traditionellen Bürokratie - Vizekönige und Audiencias, zentrale Steuerämter - sowie das feindliche Umfeld, dem sich die Intendanten in ihren Hauptstädten gegenüber sahen.

Die dritte Phase des bourbonischen Reformismus begann 1787, nach dem Tode von Gálvez. Chronologisch ist jedoch zwischen der Metropole und den verschiedenen vizeköniglichen Zentren zu unterscheiden. In Spanien war unter den Nachfolgern von Gálvez zuerst ein politisches Lavieren zu verzeichnen, begleitet von der Zurücknahme einiger Reformmaßnahmen. In Amerika dagegen, und konkret auch in Neu-Spanien, regierten noch aufgeklärte Beamte, nicht Verfechter aller Ideen von Gálvez, doch auf jeden Fall einer Reformpolitik. Die Vizekönige - unabhängig von ihren mehr oder weniger aufgeklärten Vorstellungen - stellten sich gegen Maßnahmen der Dezentralisation, in denen sie eine Beschneidung ihrer Macht sahen, und arbeiteten damit letztlich gegen den Geist der Reformen von Gálvez. Das zeigte sich klar am Beispiel des aufgeklärten Grafen von Revillagigedo, der sich in seinem Gutachten über die Intendanturen³⁴⁾ zu ihren Gunsten aussprach, aber mit der Einschränkung, daß diese unmittelbare Untergebene und Agenten der Politik der Vizekönige sein müßten, was offen gegen die Handlungsfreiheit ging, die Gálvez ihnen verleihen wollte. Gegenüber dieser Haltung zog sich die Metropole, alarmiert durch die Ereignisse in Frankreich, in den neunziger Jahren zurück und widerrief viele der dezentralisierenden Maßnahmen: Vereinigung der Ämter des Vizekönigs und des Superintendantea, Ernennung der *Subdelegados* durch den Vizekönig und danach durch den König selbst, stillschweigende Genehmigung durch Fortsetzung des Systems des Repartimiento-Handels, in vielen Fällen unterließ man die Ernennung von *Regidores honorarios* usw. Jedoch wagte die Krone nicht, zu dem alten Regierungssystem zurückzukehren, wobei gleichzeitig der Reformismus aufgeklärten Zuschnitts auf der Ebene der öffentlichen Arbeiten fortgesetzt wurde, obgleich die Praxis, Anleihen für die Staatskasse zu Lasten der Überschüsse der kommunalen

Renten zu zeichnen, die Aktionsmöglichkeiten dieser Reformen auf Provinzebene beträchtlich einschränkte.

Bislang ist die tatsächliche Wirkungsweise der drei Phasen des Reformismus noch wenig bekannt. Die erste schien die Macht der vizeköniglichen Zentrale wie der Spanier auf zentraler Ebene, aber auch die der Kreolen auf Provinzebene gestärkt zu haben. Die genaue Kenntnis des in jener Phase in den öffentlichen Dienst eingetretenen Personenkreises wäre erforderlich, um ihn besser beurteilen zu können. Die zweite Phase war ein deutlicher Schlag gegen alle etablierten Mächte, sowohl spanische als auch kreolische, und unabhängig davon, ob ihre Träger aufgeklärten Ideen geneigt waren oder nicht. Es begann eine neue Gruppe von spanischen Beamten zu regieren, die alle bereit gewesen zu sein schienen, die „Revolution in der Regierung“ allen Widerständen zum Trotz durchzuführen. Ihre enge Verbindung zum Gálvez-Clan erklärte sich vielleicht weniger durch eine ausgeprägte Günstlingswirtschaft des Ministers als durch das Interesse, sich auf eine neue Führungsgruppe zu stützen, die der sorgfältigen Auswahl der Anhänger eines bestimmten politischen Projektes entsprechen könnte. Wir kennen den Erfolg dieser Gruppe und des Projektes hinsichtlich des Wechsels der Machtstrukturen noch nicht sehr gut, aber es scheint, daß ihnen eine straffe Kontrolle in den Provinzzentren, den Hauptstädten der Intendanturen, gelang, und daß sie sich weder auf der Ebene der vizeköniglichen Zentrale noch in der ländlichen Provinz durchsetzen konnten. Zumindest in der dritten Phase scheint sich die Situation in dieser Weise herausgebildet zu haben. Wenn sich dies durch weitere Forschungen bestätigen ließe, würde das auf einen gewissen Bruch in den drei Ebenen der Regierungsmaschinerie hindeuten: die Zentrale, beherrscht durch Machtgruppen und traditionelle Regierungsschemata, verband die Interessen der Kreolen und der Spanier; die Provinzhauptstädte wurden zumindest politisch durch das radikal-reformistische Personal aus der Gálvez-Epoche beherrscht, und auf der ländlichen Provinzebene dominierten traditionelle Gruppen mit größerer Autonomie gegenüber den Provinzhauptstädten und gegenüber der vizeköniglichen Hauptstadt. Das schien sich für die letztgenannte Ebenen durch die Tendenz des Vizekönigtums zu beweisen, bei lokalen Konflikten nachzugeben, wie es die Handhabung örtlicher Rechtsstreitigkeiten in jener Epoche anzuzeigen scheint.

Diese Schlußfolgerungen sind Diskussionsangebote und können nur durch nachfolgende Forschungen bewiesen oder widerlegt werden. Um die Konsequenzen der unterschiedlichen Etappen der Reformpolitik einschätzen zu können, müssen wir nicht nur das Personal besser kennen, das während der Prozesse in die Regierungsmaschinerie eingegliedert wurde, sondern es ist auch notwendig, das konkrete Wissen um die politischen Konsequenzen der institutionellen Reformen in bezug auf die sozialen Gruppen auf jeder administrativen Ebene zu vertiefen. Dabei muß profunde Kenntnis der gesetzlichen und institutionellen Mechanismen mit einer Bewertung ihrer politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Wirkung gepaart sein. Das sind Anforderungen an eine emanzipierte politische Geschichtsschreibung, die die institutionell-juristische, die politische und die ökonomisch-soziale Sphäre mit jener der Ideen vereint. Ohne Zweifel wurden in der letzten Zeit in den genannten Einzelbereichen große Fortschritte erzielt, jedoch isoliert voneinander und bisher ohne den Versuch, die Einzelerkenntnisse in einer Zusammenschau zu vereinen. Um die Konsequenzen der Aufklärung und der baurbonischen Reformen für die Geschichte der Emanzipation beurteilen zu können, ist es notwendig, daß die gesamte zweite

Halbte des 18. Jh. einem Prozeß der historiographischen Revision im Sinne der hier angedeuteten Überlegungen unterzogen wird.

- 1 Die Ereignisse ab 1808 sind nach wie vor die Wasserscheide zwischen den Studien über die Kolonialzeit und denen zur Geschichte der Emanzipationsbewegung und des 19. Jh. Letztere gehen im allgemeinen bis 1790 zurück, von den erstgenannten wenden sich nur wenige nach der Untersuchung der bourbonischen Reformepoche chronologisch späteren Phasen zu, ohne jedoch die Frage aufzuwerfen, ob es nicht im Lichte der Ereignisse ab 1808 notwendig wäre, Themen und Probleme der vorangegangenen Zeit wieder aufzugreifen. In der vorliegenden Studie wird von der Idee ausgegangen, daß die großen Probleme der Epoche der Independencia und der beginnenden Unabhängigkeitsära dem besseren Verständnis der bourbonischen Reformen und ihrer nenspanischen Ausprägung dienen.
- 2 D. A. Brading, *Miners and Merchants in Bourbon Mexico 1763-1810*. Cambridge Latin American Studies, 10. Cambridge 1971, „Part one: The Revolution in Government“; J. A. Calderón Quijano (Hrsg.), *Los virreyes de Nueva España en el reinado de Carlos III*, 2 Bde, Sevilla 1967/68; ders. (Hrsg.), *Los virreyes de Nueva España en el reinado de Carlos IV*, 2 Bde, Sevilla 1972. Andererseits muß man sagen, daß diese Arbeiten weder eine politische Geschichte Neu-Spaniens in der Epoche der bourbonischen Reformen sind noch diesen Anspruch erheben. Eine solche politische Analyse des Geschehens in Neu-Spanien zwischen 1765 und 1808 bleibt weiterhin ein Desiderat der Geschichtsschreibung.
- 3 R. Herr, *The Eighteenth-Century Revolution in Spain*, Princeton 1958.
- 4 B. Navarro, *La introducción de la filosofía moderna en México*, México 1948; ders., *Cultura mexicana moderna en el siglo XVIII*, México 1964. Die gründlichste Studie zum Eindringen der Aufklärung in Spanisch Amerika, konkret in Quito, stammt von E. Keeding, *Das Zeitalter der Aufklärung in der Provinz Quito*, Köln/Wien 1983 (=Lateinamerikanische Forschungen. Beihefte zum Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas [JbLA], Bd. 12).
- 5 Schon zur Zeit des Vizekönigs I. Graf von Revillagigedo untersuchte die Krone, ob die Einführung des Intendantensystems in Neu-Spanien ratsam sei, worauf der Vizekönig negativ antwortete. Vgl. *Carta reservada del virrey de Nueva España, Conde de Revillagigedo al Marqués de Ensenada, del 6 de abril de 1748*, Archivo General de Indias (AGI), México, legajo 1506. Von daher rührt auch die Debatte in der Zeit von Gálvez, ob es zweckmäßig sei, daß Neu-Spanien durch das gleiche administrative System regiert werde wie die Metropole, worauf die radikalsten aufgeklärten Reformer in zustimmender Weise antworten, andere hohe Beamte es ablehnen. Vgl. H. Pietschmann, *Die Reorganisation des Verwaltungssystems im Vizekönigreich Neu-Spanien im Zusammenhang mit der Einführung des Intendantensystems in Amerika (1763-1786)*, in: JbLA, Bd. 8, Köln/Wien 1971, S. 126-220.
- 6 Die unterschiedlichen Haltungen werden in den Gutachten deutlich, die in Madrid über den Plan von Gálvez zur Einführung des Intendantensystems in Neu-Spanien verbreitet werden. Vgl. A. Vieillard-Baron, *Informes sobre establecimiento de intendentes en Nueva España*, in: *Anuario de Historia del Derecho Español*, Bd. 19 (1948/49), S. 526-546. Wenn man diese Gutachten aufmerksam interpretiert, zeigen sich zumindest drei verschiedene Haltungen: die Meinungeil der radikalsten Reformisten, die wären sie erfüllt worden - einen vollständigen Bruch mit den Prinzipien einer ständischen Gesellschaft bedeutet hätten; auf diese Weise äußerte sich z.B. Graf Aranda. Dann kann man mehr oder weniger deutlich eine gemäßigte reformerische Position ausmachen, die nicht beabsichtigte, etablierte Mechanismen zu zerstören, wie die des Finanzministers Múzquiz, und schließlich eine völlig konservative Haltung, wie sie sich in der Meinung des Marquis de Piedras, Präsident des Indienrates, ausdrückt. Vgl. auch die Interpretation in H. Pietschmann, op. cit., S. 176ff. Leider verfügen wir noch nicht über eine tiefgründige Analyse der Haltung der wesentlichsten Regierungsvertreter Karls III gegenüber dem amerikanischen Problem, wie man sie sicherlich in anderen Schriften und Gutachten, die im

- Zusammenhang mit konkreten Regierungsproblemen veröffentlicht wurden, finden wird.
- 7 Vgl. die in Anmerkung 6 referierte Meinung von Aranda. Seine Haltung könnte man verbinden mit seinen Plänen, einen „cuerpo teído de naci3n“ zwischen Spaniern und Amerikanern zu schaffen. Vgl. R. Konetzke, *La condici3n legal de los criollos y las causas de la independencia*, in: *Revista de Estudios Americanos*, 5 (1950), S. 45ff.; man könnte sie auch verbinden mit seiner später in den achtziger Jahren verbreiteten Prognose zur lateinamerikanischen Emanzipation.
 - 8 Das Problem des Nationalismus in der zweiten Hälfte des 18. Jh. bleibt noch zu erforschen. Es ließen sich vielfältige Bezüge zu diesem Phänomen und genau in diesem Kontext finden, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß in den Schriften der spanischen Reformen für gewöhnlich oft auf die Wiederersterung Spaniens als Großmacht angespielt wird, wie es zum Beispiel Gálvez in seinem Plan zur Einführung der Intendanturen tat (veröffentlicht in: L. Navarro García, *Intendencias en Indias*, Sevilla 1959.) Es scheint, daß unter den wichtigsten Reformern ein Nationalismus sehr verbreitet war, den man durchaus mit den auf die Förderung des Individuums und seines ökonomischen Interesses gerichteten Ideen und Reformen verbinden könnte.
 - 9 Bucareli erarbeitete einen äußerst umfangreichen Bericht, gestützt auf viele Statistiken, in dem er den Plan von Gálvez zurückwies; vgl. *Archivo General de la Naci3n (AGN), Méxíco, Correspondencia de Virreyes*, Bd. 49 und 50, teilweise publiziert in R. Velasco Ceballos, *La administraci3n de D. Frey Antonio María Bucareli y Ursúa, Cuadragésimo Sexto Virrey de Méxíco*, 2 Bde, Méxíco 1936. Bei alledem war speziell Bucareli kein konservativer Vizekönig, sondern setzte im Gegenteil die während der Visitation von Gálvez initiierte Reformpolitik fort. Eine erneute Interpretation dieser seit längerem bekanntén Quellen im Lichte neuer und umfassenderer Fragen würde sicher ein tieferes Eindringen in diesen verzweigten Komplex der Probleme des bourbonischen Reformismus gestatten.
 - 10 Zu den verwandtschaftlichen Beziehungen von Gálvez mit den Intendanten vgl. J. A. Calder3n Quijano (Hrsg.), *Los virreyes de Nueva España en el reinado de Carlos III*, Bd. 2, Sevilla 1968, S. 329f.; R. Ezquerria, *Un patricio colonial: Gilbert de Saint Maxent, teniente gobernador de Luisiana*, in: *Revista de Indias*, XI, 1950, S. 114ff. Der weiter unten erwáhnte Fiscal Ramón de Posada war mit dem Vorgänger von Bernardo de Gálvez verwandt, Matías mit dem Regenten der Audiencia, Herrera und mit Francisco Fernández de Córdoba, Sekretär des Vizekönigreiches und danach Superintendent der Casa de Moneda. So existierte ein ganzer Familienclan an der Spitze der Regierung von Mexiko, ein Netz, das sich bei einem schöpfenden Studium der familiären Verbindungen der Führungsgruppe unter den neuspanischen Beamten mit großer Sicherheit als noch ausgedehnter entpuppen würde. Über Posada vgl. V. Rodríguez García, *El fiscal de real hacienda en Nueva España*, Don Ramón de Posada y Soto, 1781-1793, Oviedo 1985, S. 40.
 - 11 Vgl. M. del Carmen Galbis Díez, *Bernardo de Gálvez (1785-1786)*, in: J. A. Calder3n Quijano (Hrsg.), *Los virreyes de Nueva España en el reinado de Carlos III*, Bd. 2, passim.
 - 12 Ebenda, S. 344ff. Umfassender in I. González Sánchez, *Situaci3n Social de Indios y Castas en las Fincas Rurales, en Vísperas de la Independencia de Méxíco*, Méxíco 1963, S. 49ff. (Tesis de Licenciatura, UNAM; Facultad de Filosofía y Letras), wo auch die Proteste der Hacendados gegen die ergriffenen Maßnahmen dargestellt werden. Den strukturellen Kontext dieser Beschäftigungspolitik auf dem Lande hat jüngst in innovativer Perspektive analysiert: A. Ouweneel, *Onderbroken groei in Anáhuac. De ecologische achtergrond van ontwikkeling en armoede op het platteland van Centraal-Mexico (1730-1810)*, CEDLA Latin America Studies 50, Amsterdam 1989.
 - 13 Bernardo Borraya al virrey II Conado de Reviña Gígedo, de 22 de febrero de 1790, AGI, Audiencia de Méxíco, legajo 1556.
 - 14 Vgl. H. Pietschmann, *Die Einführung des Intendantensystems in Neu-Spanien im Rahmen der allgemeinen Verwaltungsreform der spanischen Monarchie im 18. Jahrhundert*, Köln/Wien 1972, bes. S. 118ff. und ders., *Alcaldes Mayores, Corregidores und Subdelegados. Zum Problem der Distriktsbeamten im Vizekönigreich Neu-Spanien*, in: *JbLA*, Bd. 9, 1972, S. 173-270.
 - 15 Vgl. z.B. die bekannten Arbeiten über die Intendanturen in Amerika von L. E. Fisher, E. Arcila Farías,

- J. Lynch, C. Deustúa Pimentel, A. Vieillard-Baron, G. Morazzani de Pérez Enciso, J. Fisher und R. R. Jones. Die einzige oben erwähnte Ausnahme bildet L. Navarro García, *Intendencias en Indias*. - Die vorliegende Studie stellt eine Wiederaufnahme des Themas dar, das ich bereits in meinem Buch: *Die Einführung des Intendantensystems in Neu-Spanien im Rahmen der allgemeinen Verwaltungsreform der spanischen Monarchie im 18. Jahrhundert*, Köln/Wien 1972, Ies. S. 118ff., behandelt habe.
- 16 Dazu und im folgenden vgl. H. Peters, *Zentralisation und Dezentralisation*. Berlin 1928, S. 4f. u. S. 14f
- 17 Vgl. Informe y Plan de Intendencias para el Reino de Nueva España presentado por el Visitador D. José de Gálvez y el Virrey Marqués de Croix, y recomendado por el Obispo de Puebla y el Arzobispo de México, in: L. Navarro García, *Intendencias*, S. 164ff.
- 18 Vgl. „Extracto del Cedulaario de la secretaría del virreinato sobre variaciones de artículos de la Ordenanza de Intendentes“, in: H. Pietschmann, *Dos documentos significativos para la historia del régimen de intendencias en Nueva España*, Boletín del Archivo General de Nación (México), Bd. XII, Nr. 3-4, julio-diciembre de 1971, S. 404ff.
- 19 Vgl. Conde de Revilla Gigedo, *Dictamen del virrey Revilla Gigedo sobre la ordenanza de intendentes de Nueva España*, in: L. Chávez Orozco (Hrsg.), *Documentos para la historia económica de México*, vol. 4. Publicaciones de la Secretaría de la Economía Nacional, México 1934, wo der Vizekönig klar seine Auffassung zum Problem der Intendanten darlegt. Über die Klagen der Intendanten vgl. H. Pietschmann, *Die Einführung des Intendantensystems ...*, S. 259ff., und Dokument Nr. II (Carta del Intendente de Puebla, Manuel de Flon al Excmo. Sr. Don Miguel Cayetano Soler, de 21 de diciembre de 1801, in: ders., *Dos documentos significativos ...*, S. 415ff.
- 20 Vgl. ders., *Die Einführung des Intendantensystems ...*, S. 259ff.
- 21 Intendente de Guanajuato, Juan Antonio Riaño a virrey II Conde de Revilla Gigedo, 24 de diciembre de 1792. - AGI, México, leg. 1435.
- 22 Jorge Juan/Antonio Ulloa, *Noticias secretas de América (siglo XVIII)*, Madrid 1918 (und nachfolgende Ausgaben).
- 23 Representación de Manuel de Flon a Miguel Cayetano Soler, Puebla 21 de diciembre de 1801, in: H. Pietschmann, *Dos documentos significativos ...*, S. 399ff, bes. S. 436ff.
- 24 Vgl. die Serie von Veränderungen, die die Ordenanza de Intendentes zugunsten der Vollmachten der Vizekönige erfüllt, in: ebenda, speziell das erste Dokument: *Extracto del cedulaario de la secretaría del virreinato sobre variaciones de artículos de la ordenanza de intendentes*, S. 404ff.
- 25 Carta del intendente de Puebla, Manuel de Flon, a Diego Gardoqui, de 27 de junio de 1792. - AGI, México, leg. 1976.
- 26 Juan Antonio Riaño, intendente de Guanajuato, al virrey Iturrigaray de 31 de enero de 1803. Archivo General de México (AGN), Ramo de Subdelegados, Bd. 43.
- 27 Carta del intendente de Puebla, Manuel de Flon, al virrey Iturrigaray, AGN, Intendencias, Bd. 64.
- 28 Carta confidencial del virrey Revilla Gigedo a Floridablanca de 29 de septiembre de 1790. - AGI, Estado, leg. 20-52.
- 29 Arzobispo Nuñez de Haro a Floridablanca de 27 de enero de 1792. - AGI, Estado, leg. 41-7.
- 30 Vgl. J. Ignacio Tellechea Idigoras, *Socios de la Real Sociedad Bascongada de los Amigos del País en México en el siglo XVIII*. Dem Anschein nach von einer Nummer des Bulletin dieser Gesellschaft separiert (o.O.u.J.). Die Liste ergibt insgesamt etwa 500 Mitglieder, was die geringen Kräfte einer ähnlichen Gesellschaft in Mexiko zum Teil erklärt.
- 31 Vgl. B. R. Hannett, *Politics and Trade in Southern Mexico 1750-1821*, Cambridge 1971; H. Pietschmann, *Der Repartimiento-Handel der Distriktsbeamten im Raum Puebla-Tlaxcala im 18. Jh.*, in: *JbLA*, Bd. 10 (1973), S. 236-250; ders., *Dependencia-Theorie und Kolonialgeschichte. Das Beispiel des Warenhandels der Distriktsbeamten im kolonialen Hispanoamerika*, in: H.-J. Puhle (Hrsg.), *Lateinamerika - Historische Realität und Dependencia-Theorien*, Hamburg 1977, S. 147-167.
- 32 Vgl. C. I. Archer, *The Army in Bourbon Mexico, 1760-1810*, Albuquerque 1977.

-
- 33 Vgl. R. Liehr, Stadtrat und städtische Oberschicht von Puebla am Ende der Kolonialzeit (1787-1810), Wiesbaden 1971, S. 57ff.
- 34 Revillagigedo, Segundo Conde de; Dictamen del virrey Revillagigedo sobre la Ordenanza de Intendentes de Nueva España. Vgl. auch R. Rees Jones, El despotismo ilustrado y los intendentes de la Nueva España, México 1979, passim. (In bezug auf die Interpretation des Intendantensystems weiche ich jedoch in vielem von den Schlußfolgerungen des Vf. ab.)
-

Mitteilungen und Berichte

Der Einfluß Iberoamerikas auf die Kultur Europas in der frühen Neuzeit

Vom 19. bis 21. Februar 1991 fand im Bibelsaal der Herzog August Bibliothek das 29. Wolfenbütteler Symposium zum Thema „Der Einfluß Iberoamerikas auf die Kultur Europas in der frühen Neuzeit“ statt. Das Symposium wurde von *H. Pietschmann* (Hamburg) geleitet. Die interdisziplinäre Veranstaltung brachte Wissenschaftler aus Belgien, Venezuela, Spanien, Großbritannien, den USA, Italien, der CSFR, Schweden und Deutschland zusammen, die sich diesem bisher wenig aus einer Gesamtperspektive beachteten Thema in 14 Referaten widmeten, an die sich jeweils ausführliche Diskussionen anschlossen.

Nach einer Einführung von *F. Niewöhner* (Wolfenbüttel) hielten *Pietschmann* und *J. R. Fisher* (Liverpool) die Einführungsreferate. *Pietschmann* ging in seinem Beitrag „Die Wirkung der amerikanischen Produkte auf Europa“ vom Dialog über gegenseitige Einflüsse zwischen den Kontinenten Europa und Amerika aus und hob hervor, daß nach der forcierten „Europtisierung“ seit dem 19. Jh. erst langsam wieder eine Debatte über amerikanische Einflüsse auf Europa in Gang käme, die allerdings in der engeren Historikerzunft noch wenig Interesse fände.

Fisher führte in seinem Beitrag „Amerikanische Produkte, die nach Europa gebracht wurden“ aus, daß Europa im Krieg der Krankheiten (Blattern und Masern vs. Syphilis) gesiegt habe, auch seien mehr Tiere von Europa nach Amerika gelangt als umgekehrt. Interessant sei, daß fast alle amerikanischen Nahrungsmittel (außer Bohnen) im nichtspanischen Europa ihre Hauptverbreitungsgebiete gewannen. Mit den physiokratischen Ansätzen in der Politik der bourbonischen Reformer sei größte-

rer Wert auf den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten nach Europa gelegt worden. Allerdings habe auch in der Epoche des „Freihandels“ im hohen 18. Jh. Silber das amerikanische Hauptprodukt dargestellt (56-57% des Gesamthandelsvolumens) und weit vor Tabak (14%) und Kakao (8%) bzw. Zucker (5,5%) rangiert. Amerika sei auch im 18. Jh. die Finanzquelle für den europäischen Handel mit anderen Kontinenten gewesen.

U. Ewald (Heidelberg) lieferte in ihrem Beitrag „Notizen und Fragen zu den amerikanischen Innovationen in Europa aus geographischer Sicht“ eine Reihe von Beispielen nicht nur für die Existenz amerikanischer Produkte, sondern für deren anhaltende Wirkung auf die Kulturen Europas. So hob die Referentin den Austausch von Tieren. Produkten der Landwirtschaft, Fleisch sowie Fleischerzeugnissen hervor und verwies auf die Bedeutung der amerikanischen Färbemittel, Waluprodukte und dekorativen Pflanzen. Die Geschichte europäischer Gärten und der Waldpolitik sowie der häuslichen Kultur in Europa seien ohne amerikanische Pflanzen schlechterdings undenkbar.

M. Bellingeri (Turin) sprach über die „Aneignung einer neuen Natur: die Academia dei Lincei und die Schätze Mexikos“. Er analysierte die erhebliche Erweiterung des wissenschaftlichen Verständnisses der „Neuen Welt“ im Italien des ausgehenden Barock. Durch eher zufällige Überlieferung seien wichtige Teile des Werkes von Fern. Hernández über Flora, Fauna und Arzneimittel des vorkolumbianischen Mexiko an die Akademie gelangt und dort ediert worden.

M. Mörner (Mödal) untersuchte in seinem Beitrag „Die Wirkung Lateinamerikas auf die materielle Kultur Schwedens bis 1810“ die Kanäle, auf denen amerikanisches Silber von schwedischen Kaufleuten - etwa in ihrem Chinahandel - genutzt wurde. *Mörner* analysierte die Verbreitungsmechanismen von Tabak und v.a. von Kartoffeln, wobei er dem

traditionellen Argument widersprach, die Kartoffeln seien wegen des „bäuerischen Konservatismus“ erst so spät in Massenanbau überführt worden.

D. Briesemeister (Wolfenbüttel) hielt einen Vortrag über „Amerikanische Produkte in der Literatur des 18. Jahrhunderts“. Er hob die frühen Versuche hervor, Sachinformationen über Amerika einer literarischen Transfiguration zu unterziehen. Im 18. Jh. habe es in den europäischen Literaturen eine Gattung von Sachbüchern über sogenannte „Nützliche Kenntnisse“ gegeben, deren Hintergrund eine europäische Fortschrittsideologie bildete.

P. Schmidt (Eichstätt) zeichnete in seinem Beitrag „die Kultivierung und der Konsum von amerikanischen Grundnahrungsmitteln in Europa“ die Stufen der Akklimatisierung und der Adaptation besonders von Kartoffeln, Mais, Tomaten und Pfeffer in unterschiedlichen sozialen Gruppen sowie die Etappen, Mittel und Regionen ihrer Verbreitung in Europa nach. Er verwies besonders auf den Zusammenhang von erweiterter Nahrungsbasis und demographischem Aufschwung in Europa seit dem 18. Jh. *C. Stoetzer* (Wilton/USA) hielt ein Referat „Der mittelamerikanische Indigo und sein Echo in Europa“. Er gab einen Abriss der europäischen Blaufarbenherstellung im Mittelalter (Waid) und schilderte die Herausbildung von Produktionszentren in Amerika und untersuchte Aufstieg und Niedergang des Indigo-(Anil)handels, v.a. von Guatemala nach Europa.

J. Everaert (Gent) sprach über die „Einführung des Tabaks in den Niederlanden“. Zunächst sei Tabak wegen der mit dem Rauchen verbundenen Brandgefahr und der moralischen Verurteilung durch Kleriker ein Zankapfel gewesen. Seit 1720 aber sei es zu einer schnellen Propagierung und Verbreitung im Scheldegebiet gekommen, Tabak „trinken“ habe z.T. den Alkoholverbrauch gemindert und soziale Kontakte erhöht. Der Referent

schilderte die Entwicklung von Tabakproduktion und -verarbeitung sowie Handel und Politik mit Bezug zum Tabak. 1761 habe es bereits einen jährlichen Pro-Kopf-Verbrauch von 760 Gramm gegeben.

J. Schneider (Bamberg) behandelte das Thema „Europäische Expansion und Industrialisierung“, wobei er drei Stufen der Entwicklung der Weltwirtschaft in der Zeit des ausgehenden 15. bis Ende des 18. Jh. annimmt (Expansion, Integration, Intensivierung). Bis 1800 hätten die Rückwirkungen der überseeischen Expansion nicht mehr als 2% des Bruttoprodukts ausgemacht; die Edelmetalle hätten eine Art „Schmiermittel“ für die europäische Wirtschaft dargestellt. Die Analyse der ökonomischen Rationalität des Überseeehandels zwischen Europa und Amerika zeige dessen Bedeutung für das Funktionieren des Kapitalismus. Das lasse sich auch am Entstehen von Messen und Börsen beweisen, die sich mit der Grenze zwischen entwickelteren und weniger entwickelten Gebieten verlagerten.

J. Opatrný (Prag) untersuchte den „amerikanischen Zucker in Europa im 18. Jahrhundert“. Der Referent ging von einem Vergleich der Zuckerproduktion in St. Domingue und Cuba um 1788 aus und bot Zahlen zum englischen und französischen Zuckerhandel. Nach 1791 sei die französische Route über Bordeaux zusammengebrochen.

N. Vallenilla (Caracas) schilderte in seinem Beitrag „Die Schokolade und ihre Vorstellungswelt, 16. und 17. Jahrhundert. Die amerikanische Welt in einer Tasse“ die Aufnahme und Verbreitung von Kakao und Schokolade in Europa. Er untersuchte v.a. die Stellung des Kakaos in medizinisch-theologischen Traktaten und die Wirkung dieser Debatten auf die Sozialisierung des Getränks Schokolade.

R. Pieper (Hamburg) sprach über „Den Gebrauch der amerikanischen Edelmetalle in Europa“. Sie ging davon aus, daß Edelmetalle im Gegensatz zu Nahrungs- und Genußmitteln

in Europa schon vor 1492 gut bekannt gewesen seien und ein Motiv für die Expansion darstellten. Pieper stellte eine Liste der Verwendung amerikanischer Edelmetalle auf und verwies auf die Bedeutung von Silber und Gold in Wirtschaftskreisläufen, bei der Schatzbildung (religiös/ nichtreligiös) bzw. bei Dekoration und Schmuck. Für 90% des in Spanien gemünzten Geldes sei amerikanisches Silber verwendet worden. Sehr schwierig allerdings sei der konkrete Nachweis amerikanischer Abkunft bei eingeschmolzenem Metall.

R. C. Casanova (Turin) untersuchte die „Wirkung mexikanischer Produkte in der italienischen Kultur der Renaissance“. Die Referentin stellte eine Stufenfolge der kulturellen Adaptation amerikanischer Produkte auf. Aus kurioser Aufmerksamkeit hätte sich eine Sammelleidenschaft höherer sozialer Gruppen entwickelt, woraus ein wissenschaftliches Interesse an der Botanik fremder Pflanzen entstand. Die Suche nach Nahrungsmitteln schließlich sicherte Pflanzen wie Kartoffeln, Mais und Tomate die starke Verbreitung; für die anhaltende Zufuhr neuer Elemente hätten aber auch Launen und Moden gesorgt.

Zum Abschluß des Symposiums sprach H.-J. König (Eichstätt) über „Guayacan, Zarzaparrilla und Chinin - amerikanische Heilmittel gegen Krankheiten in Europa“. Besonders mit den Renaissancekriegen verbreiteten sich auf explosive Weise venerische Krankheiten, bei denen die Syphilis einen ersten Platz einnahm. Zur Bekämpfung dieses oftmals als Strafe Gottes begriffenen Schreckens, entstanden europäische Informationsnetze und Drogenmärkte. G. Fracastoro habe als erster das Argument benutzt, Syphilis sei die Rache Amerikas für die Conquista; Amerika liefere aber zugleich das Gegenmittel Guayak. Der Referent behandelte auch Anbau, Handel, Verbreitung und Wirkung von Zarzaparrilla (*Radix sarsaparilla*) und des Antimalariamittels Chinin.

Leider kann die außerordentlich interessante Diskussion, für die von vornherein die gleiche Zeit wie für vorbereitete Beiträge eingepplant war, hier nicht mit nachgezeichnet werden. Am zweiten Tag des Symposiums informierten Rriesemeister, Niewöhner und P. Raabe (Wolfenbüttel) über die Tätigkeit des der Herzog August Bibliothek angegliederten Gelehrtenkreises „Mundus Novus“.

Michael Zeuske

Problemfeld Globalgeschichte

Vom 8. bis 12. Juli 1991 fand im italienischen Bellagio ein Symposium zum Thema „Global History“ statt. Die Initiative dafür war von Bruce Mazlish, Philosophy Department des Massachusetts Instituts of Technology, ausgegangen. Für die Debatte hatte der Veranstalter einen „Fragespiegel“ mit insgesamt 15 Positionen ausgearbeitet. Das Vortragsprogramm umfaßte: B. Mazlish, Global History in a Post-Modernist Era?; R. Buultjens, Global History and Third World; N. Goodwin, The Rounding of the Earth. Ecology and Global History; R. Grew, On the Prospect of Global History; M. Kossok, From Universal to Global History; W. Schäfer, Global History; W. Gungwu, Migration and its enemies.

An der Veranstaltung nahmen Wissenschaftler aus Europa, den USA, Lateinamerika und Asien teil. Im Mittelpunkt der Vorträge und der Diskussion stand die Frage, inwieweit tradierte Sichten der Geschichte (einschließlich Universalgeschichte) und der Sozialwissenschaften noch geeignet sind, den rapiden Globalisierungstendenzen in der Entwicklung der Zivilisation und damit verbundener Existenzrisiken gerecht zu werden. „Global History“ umfaßt demnach mehr als Globalgeschichte; sie basiert in ihren methodologischen Aspekten auf der Kooperation der

unterschiedlichsten Disziplinen. Die Teilnehmer einigten sich auf die Durchführung periodischer Konferenzen (die nächste ist für 1992 in Frankfurt/M. vorgesehen und wird das Verhältnis von Region und Globalentwicklung analysieren), die Vorbereitung globalhistorisch orientierter Forschungsprogramme und die Prüfung der Möglichkeiten für eine eigene Zeitschrift.

COMPARATIV bemüht sich, über diese Initiativen weiter zu informieren.

Manfred Kossok

Medien/Revolution/Historie

Vom 18. bis 20. Juli 1991 führten das Institut für Universal- und Kulturgeschichte der Neuzeit und das Interdisziplinäre Zentrum zur vergleichenden Erforschung gesellschaftlicher Transformationen (IZT) i.G. eine Tagung unter dem Titel „Medien/Revolution/Historie“ durch, die sich der Frage nach der Rolle von Medien für den Geschichtsprozeß und damit auch der methodologischen Herausforderung der medienwissenschaftlichen Richtung in der Posthistoire-Diskussion zuwandte. Nach der Einleitung von *M. Kossok* (wie die folgenden *Leipzig*) zur Funktion der Medien in den Umbrüchen der Gegenwart speisten historische Analysen einzelner Etappen und ihrer Medien - im Spektrum von mündlicher Überlieferung bis zum Fernsehen - seit der Zeit des Hundertjährigen Krieges (*S. Tanz*) über die Unabhängigkeitsrevolutionen in Lateinamerika (*B. Schröter; M. Zeuske*), die Französische Revolution (*M. Middell*) und die ihr folgenden Jahrzehnte europäischer Geschichte (*F. Haase, Baden-Baden*) bis zum Nationalkomitee Freies Deutschland und seiner (gescheiterten) Propagandaoffensive (*G. Diesener, Leipzig*) sowie den aktuellen Prozessen in der DDR 1989/90 (*I. Münz-Koenen, Berlin*), im Irak (*Z.*

Al-Dahoodi, Leipzig) und in Rumänien (*A. Ujica, Mannheim; H. Farocki, Berlin; E. Appel, Mainz*) eine Debatte um die Rekonstruierbarkeit von Realität „hinter“ der Wirklichkeit der Medien und die Notwendigkeit der Verknüpfung verschiedener medialer Überlieferungen (einschließlich der Bilder) von einem Ereignis/Prozeß zur Annäherung an dessen Gehalt. *P. Spangenberg (Siegen)* widmete seinen Beitrag explizit den Bedingungen medialer Wirklichkeitskonstruktion, der Produktion und Reproduktion von Ereignissen im Medium Fernsehen; *W. Ernst (Bielefeld/Leipzig)* wandte sich in seinen abschließenden Bemerkungen der „Historie als Tele(re)vision“ zu.

Im Kontext des Kolloquiums stellte *E. Appel* den Film „Revolution im Fernsehen“ vor und lasen *U. Hölzer (Köln)* und *F. A. Kütler (Bochum)* in der Leipziger Galerie Eigen+Art zu den Themen „Innere DDR, Computer, Literatur“ bzw. „Unconditional Surrender und Geobiographie (Rochlitz, Peenemünde)“.

COMPARATIV wird verschiedene Beiträge der Tagung in einem der nächsten Hefte veröffentlichen.

Susann Grabel

100. Jahrestag der Errichtung des Lehrstuhls für französische Revolutionsgeschichte an der Sorbonne

Am 2. Juni 1991 beging das 1939 gegründete Institut für Geschichte der Französischen Revolution (I.H.R.F.) an der Universität Paris gemeinsam mit der Société des Etudes Robespierriestes das Centenarium der Begründung eines Lehrstuhls für Geschichte der Französischen Revolution an der Sorbonne, auf der 1891 Alphonse Aulard berufen wurde. *M. Vovelle*, Direktor des Instituts, nutzte die Gelegenheit, den Beitrag des I.H.R.F. im Rahmen der Aktivitäten zum Bicentenaire der Revoluti

on von 1789 zu verdeutlichen (vgl. die Bilanz in: *Annales Historiques de la Révolution Française*, 1990, S.350-355). Er konnte bei dieser Gelegenheit nicht nur auf das bevorstehende Erscheinen eines Bandes zur Bilanz des 200. Jahrestages der Französischen Revolution, der aus den Sonnabendseminaren des Instituts hervorgeht, sondern auch auf ein Repertoire der wissenschaftlichen Kolloquia in Frankreich und außerhalb des Hexagons sowie auf ein Verzeichnis der oftmals nur schwer zugänglichen Qualifikationsschriften französischer Universitäten zur Revolutionsgeschichte verweisen - wichtige Arbeitinstrumente für die internationale Forschung.

Matthias Middell

Forschungszentrum für vergleichende Geschichte sozialen Wandels an der Universität Rouen

Das Centre de Recherches sur l'histoire comparée de la transition (XVI^e-XIX^e siècle) der Université de Haute Normandie in Rouen hat im Mai 1991 eine Bilanz seiner Aktivitäten in den Jahren 1988-1991 vorgelegt (Bilan des Publications [1988-1991]. Etat et perspectives des Recherches, Rouen 1991, 39 S.). Das Forschungszentrum, das mit dem Leipziger IZT im Rahmen einer zunehmend internationalisierten Kooperation (u.a. Barcelona, Besançon, Brüssel, Dublin, Madrid, Moskau, Paris I, Passau, Pisa, York) seit mehreren Jahren durch eine Arbeitsvereinbarung verbunden ist, gehört seit seiner Gründung 1980 zum Institut für Forschung und Dokumentation auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften der Rouennaiser Universität. Aktuell gehören ihm 4 Professoren, ein Maitre de conférences und 5 Mitarbeiter an.

Im Mittelpunkt der Veröffentlichungen standen in den letzten Jahren Fragen der französischen Revolutionsgeschichte - regionalgeschichtliche Untersuchungen zur Normandie, die sich v.a. in dem Kollektivwerk „La Révolution en Haute-Normandie 1789-1802“ (Rouen 1988, 464 S.) niederschlugen; revolutionstheoretische Arbeiten zur Agrar- und Sozial-, wie zur Kultur- und politischen Geschichte der Französischen Revolution (siehe v.a. den voluminösen Tagungsband des Rouennaiser Kolloquiums von 1988 „La Révolution Française et l'Homme moderne“ (Paris/Rouen 1989, 778 S.); schließlich international vergleichende Forschungen. Diesen Schwerpunkten ordnen sich weitere 15 Buchveröffentlichungen in den letzten drei Jahren sowie rund 175 wissenschaftliche Artikel zu (einschließlich der Wortmeldungen von Nachwuchswissenschaftlern, die im Zusammenhang mit dem Zentrum 27 mémoires de maîtrise und 13 mémoires de D.E.A. sowie 7 Dissertationen anfertigten bzw. gegenwärtig abschließen). Die Gruppe hat mit solide fundierter Feldforschung und originellen Beiträgen zur theoretischen Diskussion einen respektierten Platz unter den führenden Zentren der französischen Revolutionshistoriographie errungen, der die Grundlage für eine nunmehrige Ausweitung des Arbeitsfeldes darstellt.

Künftige Untersuchungen sind auf den Vergleich der Herausbildung moderner Gesellschaften in Europa zwischen dem ausgehenden 15. und der Mitte des 19. Jh. gerichtet, dabei besonders auf eine Typologie der Wege des Übergangs (transition) und der Formierung von Nationen (in ihren drei Aspekten Staatenbildung; Konstituierung ethno-kultureller Einheiten und Territorialität). Hierzu ist für das Frühjahr 1993 ein internationales Kolloquium angekündigt, für das der Leiter des Zentrums, *Guy Lemarchand*, ein umfangreiches Exposé vorgelegt hat.

Als Schwerpunkte der Einzelforschungen werden v.a. die folgenden bezeichnet: Volkserhebungen zwischen 1598 und 1815 (im Rahmen der von *J. Nicolas* (Paris VII) geleiteten *Enquête nationale*); Agrargesellschaft in der Normandie vom 17. Jh. bis 1815; Industrialisierung bis 1850; Seehandel und Schiffsrüstung; politische Kultur während der Französischen Revolution und dem Empire; geistige Kultur in der Revolutionszeit; Nationalgüterverkäufe

und Grundstücksübertragung; Großbritannien und die Französische Revolution. Ein regelmäßiges Seminar mit internationalen Referenten belegt in gleicher Weise wie die beeindruckende Publikationsfülle die Intensität der Forschungsdiskussion.

Matthias Middell

Akademisches Leben

Am 29. Mai 1991 fand an der Universität Leipzig die öffentliche Verteidigung der Dissertation B von Dr. phil. Michael Zeuske, wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für Universal- und Kulturgeschichte der Neuzeit des Fachbereichs Geschichte, zum Thema „Kolonie, Reform und Revolution. Vom 'bourbonischen Jahrhundert' in Spanisch-Amerika zur Unabhängigkeit Lateinamerikas: Simon Bolívar und die Formierung der kreolischen Hegemonie in der Independencia Venezuelas“ statt. Die Arbeit wurde von Prof. *A. Gil Novales* (Madrid), Prof. *G. Kahle* (Köln) und Prof. *M. Kossok* (Leipzig) begutachtet, Vorsitzender der Kommission war Prof. *D. Stübler* (Leipzig).

Zeuske widmete seine Arbeit der Entwicklung, Strukturierung und Hierarchisierung der revolutionären Führungsgruppe in der Unabhängigkeitsrevolution der Generalkapitanie

Venezuela. Methoden der vergleichenden Revolutionsforschung und der empirischen Sozialwissenschaften finden Anwendung auf archivalische und gedruckte Quellen sowie Memoirenliteratur des südamerikanischen Raumes. Der theoretische Rahmen der Arbeit wird durch die Untersuchung des Verhältnisses von bourbonischen Reformen und Independencia und durch die Auswertung prosopographischer Analysen verschiedener politischer Gruppierungen in der Unabhängigkeitsrevolution gesteckt. Unter diesem Gesichtspunkt bestand die wichtigste, vom Autor herausgearbeitete Spezifik Venezuelas im zeitlich relativ komprimierten Übergehen der reformerischen Steuerung gesellschaftlicher Prozeßstrukturen in einen Zustand, den der Vf. im Sinne der Systemtheorie als chaotisch bezeichnet, und aus dem sich nach langwierigen Konflikten Ansätze für eine nationalstaatliche Organisation boten. Diese wurden von kreolischen Führungskräften getragen, die sich an Ideen, Institutionen und Modellen der Epoche von 1789 orientierten. Z. zeichnet die wirtschaftshistorischen, demographischen, soziokulturellen und mentalitätsgeschichtlichen Grundlinien der Entwicklung Venezuelas über größere Zeiträume unter Einbeziehung der Konzepte von Region, Subsistenzwirtschaft und sozialer Kultur nach. Die intensive Beleuchtung der kreolischen Hegemonie im Unabhängigkeitskampf erfolgt so vor dem Hintergrund der Prozesse und Strukturen des 18. Jh. in Venezuela.

In seinem Autoreferat „Perspektiven der Transformation in Venezuela: Texte und Realität“ verglich Z. zeitgenössische Aussagen über den Transformationsprozeß mit dessen heutiger Interpretation in verschiedenen Strömungen der Historiographie.

Bernd Schröter

Am 11. Juli 1991 verteidigte Dr. phil. *Karl-Frieder Grube*, wissenschaftlicher Oberassistent am Seminar für Editionswissenschaft des Fachbereichs Geschichte der Universität Leipzig, seine Dissertation B zum Thema „Spanische Revolutionsgeschichte im Spannungsverhältnis von Quellenrezeption, Theorieentwicklung und politischer Publizistik - ein Beitrag zur Analyse der Spanienexzerpte von Karl Marx und zu ihrer Edition in MEGA IV/12“ (Leipzig 1990, 243 Bl.). Gutachter dieser Arbeit waren Prof. *J. Carreras Ares* (Saragossa), Prof. *M. Hundt* (Berlin), Prof. *M. Kossok*, Prof. *M. Neuhaus* und Prof. *M. Thom*; Vorsitzender der Kommission Prof. *H. Zwahr* (alle Leipzig).

Es gibt nur wenige zeitgeschichtliche Arbeiten von Marx, zu denen Dank glücklicher Umstände alle im Vorfeld barlebener Studien und Untersuchungen so lückenlos überliefert sind, wie im Falle seiner Artikelserie „*Revolutionary Spain*“. Ab Mitte 1854 studierte Marx gründlich - fünf voluminöse Exzerpthefte sind überliefert - die Geschichte des Pyrenäenlandes, um die historischen Wurzeln der Anfang des gleichen Jahres ausgebrochenen spanischen Revolution zu ergründen und die Bedeutung dieser Ereignisse vor dem Hintergrund der zeitgleichen orientalischen Krise aufzudecken. Mit der vollständigen Edition der überlieferten handschriftlichen Materialien zu diesem Thema erfüllt *Grube* drei wichtige Aufgaben historisch-kritischer Edition der Werke von Marx und Engels: *Erstens* wird die Material- und Quellenbasis für weitere Untersuchungen über ihr Leben und Werk spürbar erweitert; *zweitens* die bei ihnen anzutreffende Dialektik von Theorieentwicklung und praktisch-politischem Schaffen noch besser zu erfassen und darzustellen sowie *drittens* neue Aufschlüsse über beider Arbeits-, Forschungs- und Studienmethoden zu gewinnen.

Fleiß, theoretischer Spürsinn und editorische Akribie kennzeichnen *G.s* Leistung. Besondere Beachtung fanden die Spezifik der Marxschen Analyse der spanischen Revolutionsereignisse im Verhältnis zu den Bemühungen anderer Zeitgenossen, sein Umgang mit den von ihm exzerpierten Quellen sowie seine differenzierte Sicht auf eine Reihe historischer Zusammenhänge, die bis heute von ihrer Brisanz nichts eingebüßt haben (Rolle der Gewalt, Gefahren spontaner Volksbewegung anhand der spanischen Guerilla usw.). Zum anderen stand der Stellenwert der MEGA bei der Weiterentwicklung der Editionsphilosophie in den letzten Jahrzehnten, ihre Vorzüge und Nachteile zu anderen vergleichbaren Editionen zur Diskussion.

Volker Külöw

Buchbesprechungen

Alfred W. Crosby, Die Früchte des Weißen Mannes. Ökologischer Imperialismus 900-1900, Frankfurt/New York: Campus Verlag 1991, 280 S., Karten.

Nachdem die wichtigsten Arbeiten von Crosby - v.a. sein Buch: *The Columbian Exchange, Biological and Cultural Consequences of 1492*, Westport, Conn., 1972 - bisher nur in Englisch vorlagen, bringt Campus rechtzeitig vor den Feiern zum 500. Jahrestag der „Entdeckung“ das wichtigste neuere Werk des nordamerikanischen Wissenschaftlers in deutscher Sprache heraus. Der deutsche Titel allerdings wirkt ziemlich angestrengt und impliziert einen Beiklang unhistorischer Apologie. Der Vf. selbst kommt zu dem Schluß, daß auch die Ureinwohner Australiens bzw. Amerikas „Pioniervölker“ der menschlichen Expansion gewesen seien. War für Hans Freyer noch die ideen- und machtgeschichtlich geprägte „Weltgeschichte Europas“ wichtigstes *movens* der Kolonialexpansion, geht C. von der profanen Frage aus, warum über „den Reich des Löwenzahn“ die Sonne heute nicht mehr untergeht. Er greift bei der Antwort weit zurück, bis zum Urkontinent Pangäa und zur Neolithischen Revolution. Auf unterschiedlichen Evolutionspfaden seien in Eurasien, speziell in Mesopotamien, durch die Neolithische Revolution das Haustierensemble und die Massenproduktion von Nahrungspflanzen mit ihren unbeabsichtigten Nebenwirkungen (Unkräuter, Schädlinge, Krankheiten) und damit eine historisch einmalige „Großfamilie“ entstanden. Sie bildete sich v.a. durch die engen bio-sozialen Beziehungen dichter Bevölkerungsgruppen mit Tieren, Pflanzen, Unkräutern und Mikroorganismen sowie Krankheitserregern; alle Elemente seien in engen Austausch getreten. Mit den ersten Hochkulturen seien die

ersten ernsthaften Epidemien (Pocken, Märsen, Pest, Staupe) entstanden. Seit der Neolithischen Revolution sei das Immunsystem der Menschen zwar chronisch überfordert gewesen, es hätten sich in Eurasien aber auch Immunitäten gegen gewisse gefährliche Krankheiten eingestellt. Mit dem Beginn der neuzeitlichen Expansion Europas nahmen zunächst die Seefahrer einen „biologischen Musterkoffer“ mit, indem sie die Nahtlinien des zerbrochenen Urkontinents Pangäa überfuhren und alle Segnungen der fortgeschrittenen Gebiete in andere Teile der Welt brachten. Bis 1600 etwa „kamen Hühner mit Kiwis in Berührung, Rinder mit Känguruhs, Iren mit Kartoffeln, Komantschen mit Pferden und Inkas mit Pocken - und alles zum allerersten Mal... Gleichzeitig begannen bestimmte andere Arten von Lebewesen, sich in großer Zahl über die ganze Erde auszubreiten: Schweine und Rinder, gewisse Unkrautarten und Krankheitserreger, angeführt von den Völkern der Alten Welt, die als erste von den Kontakten mit Gebieten jenseits der Nahtlinien der Pangäa profitierten“ (S. 104).

Mit diesen Überlegungen bietet der Autor einen neuen Ansatz zur Interpretation der Kolonialgeschichte seit dem 15. Jh.; gewiß mit einem neo-sozialdarwinistischen Beiklang und unter Vernachlässigung politischer und ökonomischer Faktoren, aber sehr konsequent. In zehn Kapiteln legt C. die geologisch-historischen, biologischen und klimatischen Grundlagen der europäischen Expansion und der Entstehung „neo-europäischer“ Regionen (Südkegel Amerikas, Nordamerika, Australien und Neu-Seeland) dar. Er widmet sich zunächst dem Urkontinent, der Neolithischen Revolution und der Packung des oben genannten „biologischen Musterkoffers“, der sich für die Bewohner genügend weit von Europa entfernter Gebiete als Büchse der Pandora erwies. Der Autor untersucht die gescheiterten ersten Ex-

peditionen von Europäern nach Vinland und Jerusalem, um dann die ersten Seefahrtsspiele der kolonialen Expansion durch die Spanier und Portugiesen sowie die Wirkung biologischer Faktoren dabei darzustellen (Madeira, Azoren und Kanaren). Diese war so „vollkommen“, daß von den Guanichen, der Urbevölkerung der Kanaren, bereits im 16. Jh. kaum noch Spuren übrigblieben.

In einem zweiten Teil befaßt sich C. mit klimatischen Bedingungen, zunächst mit den Windverhältnissen auf hoher See rund um den Erdball, um dann Zusammenhänge herzustellen zwischen dem Klima der Tropenzone, ihren biologischen, epidemologischen und demographischen Verhältnissen und den Mißerfolgen, die die Europäer beim Versuch, sie zu erobern, erlitten.

Im dritten Teil legt C. die biologischen und epidemologischen Grundlagen und Bedingungen für die Entstehung der genannten neoeuropäischen Kolonien dar. Ihre Bildung sei v.a. dort erfolgreich gewesen, wo sich Rinder und Weizen in Massen vermehrt hätten (S. 33). Vor dem Auge des Lesers entsteht das faszinierende und jeglicher Kolonialmystik abholde Bild von Einwanderer- und Kolonistengruppen, die von Mikroben und Krankheitserregern bedeckt waren und innerhalb kürzester Zeit von ihrem Entflohenen oder ausgesetzten Getier überholt wurden. Schweine, Karnickel, Katzen, Hunde, Rinder, Hühner, Pferde, Ratten, Mäuse und Schaben erfüllten bald die neoeuropäischen Gebiete mit ihrem Gackern, Brüllen, Quietschen und Wiehern; sie hinterließen ihren Dung und ihre gebleichten Schädel und Knochen in solchen Mengen, daß in der argentinischen Pampa Zäune damit gebaut werden konnten, ganz abgesehen davon, daß sie die einheimische Fauna zerbissen oder zertrampelten und somit Platz schufen für die europäischen Pflanzen - vom Weizen über die Aprikose bis hin zur Quecke.

C. hat die wissenschaftliche Verve und Gestaltungskraft, auch noch dem letzten Unkraut wissenschaftliches Interesse abzugewinnen und Mäuse oder Ratten in einen regelrecht spannenden Zusammenhang zur ökologischen Expansion Europas zu bringen. Überlegene Organisation und Waffentechnik der europäischen „technologischen Avantgarde“ der Menschheit erscheinen in dieser Optik nur noch als Beiwerte unbewußt eingesetzter biologischer Waffen.

Monokausalität kann bei einem so großflächigen Erklärungsansatz gewiß kein Vorwurf an den Autor sein, doch ist, wie oben bemerkt, eine gewisse Geringschätzung kurzfristig wirkender Faktoren (Politik) bzw. anderer ökologisch-sozialer Faktoren (Wald als Hauptenergieressource) nicht zu übersehen. Dazu kommt eine Vereinfachung der Argumentation; die Generalia greifen nicht für alle Punkte der behandelten Kolonialgebiete. Der Lesbarkeit kommt diese Vereinfachung allerdings sehr entgegen.

Michael Zeuske

Miguel Artola (Hrsg.), Las Cortés de Cádiz, Madrid: Asociación de Historia Contemporánea, Closas-Orcoyen S.L. 1991 (= Ayer 1.1991).

Mit der Publikationsreihe „Ayer“ unternimmt die Vereinigung für Zeitgeschichte (AHC) an der Universidad Autónoma de Barcelona den Versuch, wichtige Ereignisse und Problemfelder der Geschichte von unterschiedlichen Standpunkten aus beleuchten zu lassen. Im Vorwort heißt es: „Gestern ist der Tag, der unmittelbar dem Heute vorangeht...“ Dementsprechend soll die jüngste Vergangenheit Aufmerksamkeit finden. Daß der gedachte

Zeitraum (mindestens bis 1789) relativ weit gefaßt ist, läßt sich am Thema des ersten Bd. erkennen: Die Cortes von Cádiz, ihre Verfassung von 1812 und deren internationale Wirkung.

In den gesellschaftlichen Transformationen, die im Gefolge der Französischen Revolution Europa und außereuropäische Regionen erfaßten, spielten unterschiedliche Verfassungsmodelle für die Konstituierung politischer Ordnungen eine wesentliche Rolle. Die meiste Aufmerksamkeit fand zweifellos die Verfassung von 1791, weigeringeres Interesse dagegen die Cádiz-Verfassung von 1812, obwohl sie über Spanien hinaus zur programmatischen Grundlage der liberalen Bewegung bis 1830 geworden ist.

Der Bd. enthält sieben Arbeiten über Struktur, Leitvorstellungen und internationale Resonanz des Grundgesetzes von 1812. Als Zentralidee ist die parlamentarische Monarchie auszumachen, die in Europa über das gesamte 19. Jh. eine Ausnahme darstellte; dazu gehörte Spanien.

M. Morán Orti bietet einen Überblick über „Die Formierung der Cortes 1808 bis 1810“, behandelt also deren Vorgeschichte (S. 13-36). Die Volksbewegung artikulierte sich zunächst spontan in der Einberufung von Juntas. Allerdings gelang es den Vertretern des alten Regimes (Adlige, Kleriker) rasch, deren Leitung in die Hand zu bekommen; dabei spielte auch die Konstituierung der Junta Central eine entscheidende Rolle. Im Prozeß der Vorbereitung und Einberufung der Cortes, die sich (analog zu 1789) als Nationalversammlung und nicht mehr als traditionelles Ständeparlament begriffen, überschritten sich auf komplizierte Weise der Krieg gegen die französische Invasion und die beginnende Revolution. Der Vf. betont insbesondere den Einfluß des Reformers Jovellanos, macht aber zugleich deutlich, daß die metropolitanen Liberalen nicht daran dachten, die Kolonien in gebührender

Proportion zu berücksichtigen. Damit war eine der Weichen für die Independencia gestellt. Über „Die Exekutive in der liberalen Revolution“ referiert R. Flaquer Montequi (S. 37-65). Es handelt sich um einen detaillierten Abriß der insgesamt vier Regenschichten. Hinsichtlich des Prinzips der Gewaltenteilung ist der Einfluß des französischen Modells eindeutig, wobei allerdings der entscheidende Unterschied darin bestand, daß im Falle Spaniens - wie schon K. Marx in seiner Artikelserie „Revolutionary Spain“ (1854) herausarbeitete - der Kampf nicht gegen, sondern um die Krone geführt wurde. F.M. kennzeichnet den Prozeß (in Übereinstimmung mit den übrigen Autoren) als eine liberale und bürgerliche Revolution. Allerdings bleiben für den weniger informierten Leser wesentliche Fragen im Hinblick auf das Verständnis der historischen Besonderheiten von Liberalismus und Bürgertum in Spanien offen.

„Die Allgemeinen und Außerordentlichen Cortes: Organisation und Vollmachten für eine Regierung der Versammlung“ sind das Thema von J. I. Marcuello Benedicto (S. 67-104). Er bietet eine reich dokumentierte Analyse der Rechte und der Arbeitsweise der Cortes entsprechend den Verfassungsnormen von 1812; sozusagen das Kontrastprogramm von Theorie und Praxis. Besondere Aufmerksamkeit findet dabei wiederum das Prinzip der Gewaltenteilung (S. 82ff.) Das Fazit: „Im Rahmen der außergewöhnlichen historischen Umstände infolge des Unabhängigkeitskrieges suchte der radikale Liberalismus in den Allgemeinen und Außerordentlichen Cortes das geeignete Machtinstrument, um aus seiner Sicht einen tiefgreifenden politischen und sozialen Wandel im Lande herbeizuführen.“ (S. 103) Hier tauchen allerdings zwei Streitpunkte für die Diskussion auf: Kann vor dem Erscheinen der „Exaltados“, die erst ein Produkt der Revolution von 1820 waren, vom radikalem Liberalismus die Rede sein, und scheiterte nicht gerade der eingeleitete

te Transformationsprozeß an der Kompromißpolitik gegenüber den Gewalten des alten Regimes? Auf grundsätzliche Weise äußert sich *M. Artola* über „Die parlamentarische Monarchie“ (S. 105-123). Er bietet eine ausführliche Charakteristik der Hauptmerkmale dieser Regierungsform und betont dabei den Fakt, daß diese Form politischer Macht - mit Ausnahme Englands seit 1688 - in Europa während des 19. Jh. nur von Frankreich, Portugal und Spanien (zeitweilig) praktiziert worden ist.

Mit dem Thema „Spanien 1812: Cádiz, Einheitsstaat in historischer Perspektive“ (S. 125-166) begibt sich *A. Gallego Anabitarte* auf ein kompliziertes, weil bis in die Gegenwart in der praktischen Politik nicht bewältigtes historisches Feld. Diskutiert wird das für Spanien schon damals virulente Problem der Spannung von Zentralismus und Föderalismus, gleichsam die Tocquevillesche Problematik auf spanisch: Wie verhielt sich die Zentralisierungspolitik der bourbonischen Reformzeit zu den unitaristischen Bestrebungen der bürgerlich-liberalen Revolution? Im Kontrast zu Frankreich spricht der Vf. für Spanien von einem „dezentralisierten Einheitsstaat“. (S. 130ff.) Daran knüpfen sich generelle Erörterungen in enger Anlehnung an deutsche Staatstheoretiker an (z.B. Thoma, Krüger, Stern). Die „zentralistische Tradition a la francesa“ (S. 143) wird als „falsches historisches Bewußtsein“ charakterisiert. Allerdings kommt der Vf. zu dem Schluß, das Cádiz-Modell einer Verbindung von Einheitsstaat und demokratischer Dezentralisierung sei, historisch betrachtet, „frühreif und schwach“ gewesen. (S. 162) Der staatsrechtliche Aspekt fällt zurück auf die Gesamtproblematik der Revolution.

Im Mittelpunkt der Überlegungen von *M. Pérez Ledesma* steht das Thema „Die Cortes von Cádiz und die spanische Gesellschaft“ (S. 167-206). Über die staatsrechtlichen Erwägungen hinaus richtet dieser Beitrag die Auf-

merksamkeit auf die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen, nach Anspruch und Wirklichkeit der Revolution von 1808 bis 1814. Gefragt wird nach den Triebkräften der Umwälzung („wer hat sie gemacht“, S. 169); was war an der *Reaktion* des Volkes auf die französische Invasion wirklich *revolutionär*? In welchem Verhältnis standen traditionelles und modernes Denken? Welche Bewertung verdienen die zeitgenössischen Beobachtungen von Blanco White über die spontane, primitive Gewalt der

Volksbewegung? Welche Folgen ergaben sich daraus, daß die Verfassung von Cádiz keine Erklärung der Menschenrechte kannte (was z.B. die Lösung der Sklavenfrage blockierte)? Obwohl wesentliche juristische Privilegien des Adels fielen, blieb der Grundbesitz unangetastet - Folge der nicht existenten Bauernbewegung französischen Stils. Auch das Versagen in der kolonialen Frage gehörte dazu. Insgesamt bieten die Aussagen ein Lehrstück über den Unterschied von liberaler und demokratischer Revolution.

Abschließend untersucht *J. Ferrando Badia* „Die äußere Wirkung der Verfassung von 1812“ (S. 207-248). Immerhin haben die Ideen der „Generation von 1812“ einen ganzen Zyklus revolutionärer Bewegungen bis 1830 beeinflusst. Für die „peripheren“ Revolutionen und revolutionären Erhebungen ab 1820 (Spanien, Portugal, Italien, Griechenland, Rußland), die zugleich alle liberal-militärische Erhebungen waren, galt uneingeschränkt das Modell von 1812. Ungleich zwiespältiger gestaltete sich die Wirkung auf Lateinamerika: Immerhin führte die Angst vor der liberalen Ansteckung aus Spanien in Mexiko zur konservativen Revolution unter Agustín de Iturbide im Jahre 1821. Der Vf. analysiert auch die Haltung der Pentarchie (Rußland, Österreich, Preußen, Frankreich, England) gegenüber den revolutionären Bewegungen der zwanziger Jahre. Da jedoch keine neuen Quellen erschlossen

werden und auch die Literaturbasis sehr lückenhaft ist (v.a. was die Eigeninteressen Rußlands, Österreichs und Preußens angeht), bleibt das gezeichnete Bild oberflächlich und undifferenziert; das gilt sogar für die Diplomatie Spaniens. Wichtig ist der Nachweis des Vf., daß sich die Spuren von Cádiz auch nach 1830 nicht abrufen ließen.

Manfred Kossok

Erich Pelzer, Der elsässische Adel im Spätfeudalismus. Tradition und Wandel einer regionalen Elite zwischen dem Westfälischen Frieden und der Revolution (1648-1790) (=Ancien Régime, Aufklärung und Revolution. Hrsg. Rolf Reichardt u. Eberhard Schmitt, Bd. 21), München: R. Oldenbourg Verlag 1990, 350 S.

Die für den Druck überarbeitete und erweiterte Dissertation Pelzers von 1985 wendet sich der Rolle des Adels im spätfudalen Gesellschaftsgefüge einer Region zu, die für den historischen Vergleich prädestiniert scheint, war doch das Elsaß bis 1648 Teil des Heiligen Römischen Reiches und dann für mehr als zweihundert Jahre eine Provinz Frankreichs. Angesichts des archivalischen wie gedruckten Quellenreichtums beschränkt sich P. auf eine Auswahl aus den über 300 Seigneurien und 450 Adelsgeschlechtern, um mittels Einzelstudien eine kollektive Biographie des elsässischen Adels, seiner Struktur wie seiner Entwicklung zwischen 1648 und 1790. Er beschreibt die Ausgangsbedingungen im Ancien Régime und die Neuorientierung des elsässischen Adels auf die französische Krone, seine Verankerung in Lehnssystem und Seigneurie, die innerständische Differenzierung wie sozio-kulturelle Entwicklung dieser gesellschaftli-

chen Elite, die - ähnlich der Franche-Comté, dem Hennegau oder dem französischen Flandern - nur einen geringen Anteil (0,4%) an der Gesamtbevölkerung darstellte. Nach endgültiger vertraglicher Absicherung des elsässischen Zugewinns durch die französische Monarchie begann im 18. Jh. die gezielte soziale und wirtschaftliche Integration des dortigen Adels in die Herrschafts- und Verwaltungsstruktur des französischen Absolutismus: wie im gesamten Land v.a. mittels Ämtervergabe in Militär und Verwaltung, weniger hingegen in der kirchlichen Hierarchie, wo eine enge Bindung an die deutsche Reichskirche bestehen blieb. Die relativ schnelle politische Anpassung gerade des Adels an die französische Souveränität führt der Vf. auf die konsequente Politik der französischen Intendanten, aber auch auf die vergleichsweise schnelle ökonomisch-soziale Basis des Adels zurück, die den Spielraum für langfristige politische Auseinandersetzungen einengte. Die Allianz zwischen Krone und Adel ruhte spätestens seit den achtziger Jahren des 17. Jh. fest auf dem Kompromiß der Anerkennung französischer Oberhoheit bei Wahrung des adeligen - vormals habsburgischen - Besitzstandes im Elsaß.

Interessant ist die gezielte Ausnutzung der elsässischen Sonderstellung durch bürgerliche Kräfte, die dem Altadel in Militär und Verwaltung in wachsendem Maße zur ernsthaften Konkurrenz gerieten. Der Nobilitierungsgrad war im Elsaß höher als in anderen französischen Regionen; völlig atypisch z.B. die soziale Zusammensetzung des - den *parlements* im übrigen Frankreich, aristokratischen Hochburgen, vergleichbaren - Conseil Souverain d'Alsace in Colmar (70% Bourgeoisie).

Pelzer weist auch auf die Rolle des Adels in der beginnenden Industrialisierung der Region hin, die sich zu Beginn der Revolution in einem Anteil von 40 % an den im Elsaß betriebenen Manufakturen und Fabriken niederschlug. An diesem Prozeß war neben einigen Familien des

Altadels v.a. der Neuadel (Dietrich, d'Anthès) beteiligt. Als Grundzug bürgerlichen Wirtschaftens ließ sich aber auch im Elsaß mehrheitlich die Konsumierung errungener Reichtümer (Landerwerb, Rentenbezug u.a.) anstelle erneuter Investition und erweiterter Reproduktion der Unternehmungen feststellen. (S. 185ff.)

Von der gründlichen Analyse der Feudalitätsproblematik, die hier nicht ausführlich referiert werden kann, seien nur zwei Probleme herausgegriffen: die Höhe der Feudalbelastungen und die Ergebnisse hinsichtlich der oft umstrittenen Seigneurialreaktion. Wie die Juristen des Ancien Régime trennt P. Feudal- und Seigneurialabgaben, obgleich dies im Falle des Elsaß, wo die auf deutsches Lehnrecht zurückgehende Verbindung von Adel und Lehen, von Lehnskomplex und Grundherrschaft besonders eng war, größte Schwierigkeiten aufwirft. Die Feudalabgaben in durchschnittlicher Höhe von 16,5% der adligen Grundeinkünfte einerseits, die Seigneurialabgaben in durchschnittlicher Höhe von 30% der adligen Grundeinkünfte andererseits lassen den Vf. schlußfolgern, daß die ökonomische Bedeutung der Feudalrechte für den elsässischen Adel rückläufig war (S. 242ff.). Die Berechnungen des bäuerlichen Budgets, in dem grundherrliche und feudale Abgaben zusammen mit 10-12% der Bruttoerträge zu Buche schlugen, bestätigen diese Tendenz.

Eine Offensive der Grundherren zur Erneuerung der Grundbücher gab es auch im Elsaß, doch scheiterte sie dort nachhaltig am Widerstand, an der Verweigerungshaltung der Bauern, so daß es nicht zu einer Erhöhung der Feudal- und Seigneurialabgaben kam. Im Gegenzug erfolgte jedoch ein verstärkter Zugriff der Seigneurs auf die kollektiven Nutzungsrechte der Dorfgemeinden, v.a. in den Wäldern. Dies war, so P., der signifikanteste Ausdruck der Seigneurialreaktion im Elsaß. (S.

261ff.) Nach einer Darstellung des Gewichts der Ehrenrechte der Seigneurs schlußfolgert der Vf. dann, daß „das Wesen der seigneurialen Reaktion (...) weniger in ihrer ökonomischen Repression als vielmehr in ihrer äußeren, symbolträchtigen Demonstration (bestand)“ (S. 266), deren schikanöser Charakter weithin ein Gefühl der Ungerechtigkeit auslöste. Erschließt sich damit einer Interpretation an, die auch für andere Regionen bereits vorgebracht wurde. Allerdings legt P. zuvor selbst dar, daß gerade die Waldnutzungs- und Holzschlagrechte für die ärmeren Schichten der Dorfbevölkerung eine entscheidende ökonomische Existenzbedingung darstellten, die ihrerseits zu konstantem Widerstand gegen die grundherrliche Abschließung der Wälder und zu einer Zunahme der Forstdelikte führte. Ohne deshalb die mentalen Auswirkungen symbolträchtiger Machtentfaltung geringzuschätzen, scheint eine Unterbewertung der wirtschaftlichen Einbußen jener Teile der Dorfbevölkerung, deren Existenzsicherung gerade in einer Zeit wirtschaftlichen Wachstums äußerst fragil blieb, nicht angebracht - gerade mit Blick auf die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Agrarverhältnissen und um sich greifender Radikalisierung gesellschaftlicher Protestpotentiale auf dem Land nach 1750.

Genealogische Tafeln und Karten, ein umfangreiches Quellen- und Literaturverzeichnis sowie ein Register beschließen den Band. Aus der angestrebten „Kollektivbiographie“ wurde jedoch die gesamte ideelle Dimension, die Untersuchung der politischen Ideologie und Kultur des Adels ausgeklammert, die vielleicht die These von der sozial-politischen Inhomogenität des Adels auch anhand seiner Geneswelt belegt hätte.

Die Arbeit erscheint zu einer Zeit, da man der Sozialgeschichte bereits seit etwa einem Jahrzehnt (besonders im Hinblick auf ihren Aufschwung in den sechziger und siebziger

Jahren) einen Rückgang nachsagt. Während die „klassische Sozialgeschichte“ nach Labrousse - so Arbeiten über soziale Gruppen im nationalen Maßstab oder Regionalmonographien im Stil umfassender „histoire totale“ - auch zum Bicentenaire nicht eben zahlreich vertreten war, fielen Arbeiten über einzelne Gruppen des Adels (die Parlamentsräte, die Mitglieder des Conseil du Roi u.a.) oder über den Adel bestimmter Regionen, zu denen die besprochene Studie zählt, schon eher ins Gewicht. An Pelzers Arbeit ist zugleich der Wandel der heutigen Sozialgeschichte im Vergleich zu jener der époque labroussienne feststellbar: von einer Sozialgeschichte, die sich vornehmlich als Kehrseite der Wirtschaftsgeschichte verstand, hin zu einer eher der politischen Geschichte nahestehenden und in völligen neue Bereiche - Religion, Familie, Alltag, Mentalität - vordringenden Sozialgeschichte. Hier den Mangel an Gesamtdarstellungen zu beklagen, hieße den gegenwärtigen Forschungsstand überschätzen. Doch eine Arbeit wie die vorliegende ist ein notwendiger Schritt zu solch neuen Ufern.

Katharina Middell

Hans-Christian Harten, Elementarschule und Pädagogik in der Französischen Revolution (= Ancien Régime, Aufklärung und Revolution, hrsg. v. Rolf Reichardt u. Eberhard Schmitt, Bd.19), München: R. Oldenbourg Verlag 1990, 462 S.

Angesichts der oft erwähnten Beziehung zwischen aufklärerischem Erziehungsideal und Revolutionspraxis im Frankreich des 18. Jh. verwundert es schon, daß eine umfassende Darstellung, die quellengestützt den verschiedenen Seiten des Themas nachgeht, erst mit der vorliegenden Monographie geleistet wird. Der

Vf. beschränkt sich nicht auf die Ebene der Institutionen (das Netz der Primärschulen) oder auf die Behandlung der Schulgesetzgebung und erziehungstheoretischen Diskussionen, sondern verbindet diese Gegenstände auf interessante Weise miteinander. II. zeigt anhand von rund 300 zeitgenössischen Texten vom Traktat über die gesellschaftliche Bedeutsamkeit der Erziehung bis zum Schullehrplan die bisher kaum beachtete Breite der Debatte um Erziehung und Schule. (vgl. auch die vom Vf. 1989 in Paris vorgelegte Bibliographie der *Oeuvres pédagogiques de la Révolution française*) Er verfolgt das Elementarschulsystem in seiner Entwicklung während der Revolutionsjahre, den Wandel der Schulkonzeption und -organisation bis zur Einbeziehung von Volksgesellschaft und Revolutionsfest in ein Erziehungssystem 1793/94, das an republikanischer Tugend orientiert war. Beim Übergang von der Jakobinerherrschaft zum Thermidorianerkonvent und Direktorium verringerte sich die unmittelbar politische Operativität dieses tugendhaften Republikanismus erheblich, gleichwohl blieb er in seiner konsensbildenden Funktion für die bürgerliche Gesellschaft fortbestehen.

Die These des Vf., daß die Entwicklung des Elementarschulsystems während der Revolution und insbesondere nach 1795 eher die Entfaltung von Tendenzen mit sich brachte, die im Ancien Régime angelegt waren, wird nur den überraschen, der in einer starren Gegenüberstellung von Bruch und Kontinuität, - die sich für die Bereiche von Sozial- und Wirtschaftsgeschichte bereits als unzulängliche Vereinfachung erwiesen hat -, dem Anspruch der Revolutionäre von 1789 und 1793 auf einen vollständigen gesellschaftlichen Neubeginn vertraut. H. belegt en détail, in welche Spannung ein solcher Anspruch mit den längerfristig wirkenden Gegebenheiten der Sozialstruktur und politischen Kultur, aber auch den kurzfristigen Wandlungen der Revolutionsjahre trat.

Untersuchungen von Entwicklungsabschnitten nach 1800, in denen das Emanzipatorische und Innovative dieses Anspruch seine Wirkungen auch schon vor dem Schulstreit der 3. Republik entfaltete, versprechen für die Zukunft zweifellos weitere Einsichten.

Die Studie *Hartens* gehört zu jenem neueren Trend in der französischen Revolutionsforschung, der den Vorbehalt der enormen regionalen Differenzierung des Landes ernstnimmt. Der Vf. verweist mit entsprechender Vorsicht anhand der Untersuchungen in 20 Departements- und weiteren sieben Stadtarchiven auf die teilweise von Ort zu Ort abweichende Schulpraxis. Gerade diese Art der innerhalb Frankreichs vergleichende Forschung, die zuletzt verstärkt neben die tradierte Regionalmonographie tritt, läßt für die Zukunft manche Revision scheinbar festgefügtter Urteile über die Französische Revolution erwarten. H. ist mit seiner Arbeit ein sachlich wie methodisch wichtiger Beitrag zur Revolutionshistoriographie gelungen, der eine intensive Rezeption verdient.

Matthias Middell

Pierre Chaunu/Georges Duby/Jacques Le Goff/Michelle Perrot, Leben mit der Geschichte. Vier Selbstbeschreibungen, hrsg. von Pierre Nora. Aus dem Französischen von Eva Moldenhauer, Frankfurt/M.: S. Fischer 1989, 246 S.

Der Beruf des Historikers ist in Frankreich v.a. durch die Vertreter der „Nouvelle Histoire“ sehr medienwirksam geworden. International anerkannte Forscher wie der Althistoriker P. Vidal-Nacquet, der Mediävist J. Le Goff oder der Neuhistoriker M. Vovelle haben in populären Geschichtszeitschriften, Radio- und

Fernsehsendungen nicht nur historische Ereignisse einem breiten Publikum nahegebracht, sondern auch öffentlich zu politischen Ereignissen Stellung bezogen, die die französische Öffentlichkeit bewegten. Vielleicht war es gerade diese öffentliche Diskussion von Geschichte und Geschichtswissenschaft, die die Konjunktur der Selbstreflexionen französischer Historiker nachhaltig befruchtet hat. Begünstigt durch ein gewachsenes Interesse des Lesepublikums für historische Biographien und Autobiographien sind in den achtziger Jahren eine Reihe von Arbeiten erschienen, in denen bekannte Historiker wie Ph. Ariès, P. Chaunu, G. Duby, E. Le Roy Ladurie oder M. Ozouf ihren Weg zur Geschichte vorstellten. Die 1987 erschienenen „Essais d'Ego-Histoire“² liegen nur in einer Auswahl, die nicht unumstritten ist und sich vornehmlich an den großen Namen der „Annales-Schule“ orientiert, auch dem deutschen Leser vor.

Der Hrsg. Nora hebt im Vorwort besonders hervor, daß die „Ego-Histoire“ am Kreuzweg zweier großer Bewegungen entstanden sei, die das Verhältnis des Historikers zu seinem Arbeitsgegenstand in den letzten Jahrzehnten verändert haben: „Einerseits sind die klassischen Anhaltspunkte der historischen Objektivität erschüttert worden, andererseits ist die Gegenwart in das Blickfeld des Historikers geraten.“ (S. 7) Die Autoren - Chaunu, Historiker der Großen Entdeckungen des 16. Jh. und einer der Initiatoren der Anwendung quantifizierender Methoden in der Geschichtswissenschaft, die Mediävisten Duby und Le Goff, Wegbereiter der Mentalitätsgeschichte des Mittelalters, und Perrot, Historikerin der Arbeiterbewegung des 19. Jh. und der Frauenbewegung - beschreiben ihren Weg zur Geschichte, der bei allen gesäumt ist von ganz persönlichen Erlebnissen einer historischen Landschaft und ihrer Bewohner, einer religiös oder laizistisch geprägten Familientradition und der Erfahrung mit ihren Geschichtslehrern.

Die ersten Schritte in die Wissenschaft werden unterbrochen durch Krieg, faschistische Besetzung und die Erfahrung der Résistance (*Le Goff*), Ereignisse, die die Generation der zwischen 1918 und 1924 geborenen Autoren politisch prägen und einen wichtigen Anstoß zum Durchbruch neuer Methoden in der französischen Geschichtswissenschaft nach 1945 leisten. Die Erben Marc Blochs³, denen es nach dem Zweiten Weltkrieg gelang, die „Nouvelle Histoire“ zu institutionalisieren, waren in ihrer Mehrheit durchdrungen vom Geist der Résistance und dem Gefühl, die französische Gesellschaft und v.a. ihr Bildungssystem erneuern zu können.

Die Autdren haben alle früher oder später den Weg der „Annales“ gekreuzt, F. Braudel oder E. Labrousse als Lehrer und Förderer schätzen gelernt, aber auch Konflikte innerhalb der von Braudel geleiteten „Institution Annales“ ausgetragen. Die Vf. heben die Erfahrung unterschiedlicher methodischer Ansätze in ihrer historischen Auszubildung hervor, so *Duby* die Kombination von solider hilfs-wissenschaftlicher Ausbildung (Ch.-E. Perrin) und problemorientiertem universalgeschichtlichen Herangehen (L. Febvre) und zugleich die Vermittlung von Geographie und Geschichte: „gebeugt über Pläne und Landkarten“, gewann er die Überzeugung, „daß jede Gesellschaft ein Ganzes bildet, daß sie global betrachtet werden muß, inmitten dessen, was sie umgibt und in der Totalität ihrer Komponenten ...“ (S. 75)

Gesellschaftliches Engagement an der Seite der Linken spielt bei einigen Autoren eine bedeutende Rolle in ihrer Biographie, die geprägt war von ihrer Protesthaltung gegen den Algerienkrieg (*Perrot*) und dem Einsatz für eine Erneuerung des französischen Hochschulsystems im Frühjahr 1968. Konfrontiert mit den Widersprüchen in der Sowjetunion und in den nach 1945 entstandenen Volksdemokratien

- *Le Goff* erlebt den Februar 1948 in Prag und nimmt später durch seine Frau und die Freundschaft zu W. Kula und B. Geremek besonderen Anteil an der Entwicklung in Polen - gehen *Le Goff* und *Perrot*, wie viele ihrer Kollegen, in den fünfziger Jahren auf Distanz zur Politik der FKP, ohne jedoch deren Einfluß auf die französischen Intellektuellen im ersten Nachkriegsjahrzehnt zu leugnen. *Duby*, *Le Goff* und *Perrot* heben den Einfluß des Marxismus - vermittelt durch Hochschullehrer wie E. Labrousse - als eine methodologische Richtung hervor, die auf ihre Forschungsansätze eingewirkt hat, neben der französischen Anthropologenschule (M. Mauss, C. Lévi-Strauss) für *Le Goff* oder dem Ökonomen F. Simiand für *Perrot*. *Le Goff* sieht den Einfluß des Marxismus v.a. „in der unabdingbaren Forderung nach Rationalität“ und „dem Willen zur interdisziplinären Arbeit. Man treibt Geschichte nicht allein mit dem Gepäck des Historikers.“ (S. 157)

Profilierte Vertreter der französischen Geschichtswissenschaft finden sich in sehr unterschiedlichen politischen Lagern, wofür die Standpunkte von *Chaunu* und *Le Goff* zum Gründungsereignis der modernen französischen Gesellschaft, der Revolution von 1789, ein gutes Beispiel liefern. Während sich *Chaunu* in medienwirksamen Polemiken fast ausschließlich auf die negativen Aspekte der Französischen Revolution konzentrierte, verteidigte *Le Goff* die Revolution und polemisierte gegen die Interpretation der Rechten. Sein konservativer Standpunkt zur Revolution von 1789 hindert *Chaunu* jedoch nicht daran, *M. Vovelle*, Revolutionshistoriker in der Tradition der Linken, als Anreger für seine Forschungen auf dem Gebiet der Mentalitätsgeschichte zu würdigen. Methodologische Gemeinsamkeiten mit der historiographischen Tradition der Linken sind nicht zu übersehen, wenn *Chaunu* sich für eine neue Konjunktur der Wirtschaftsgeschichte engagiert oder schreibt: „Die Geschichte liefert

den Sozialwissenschaften die Dauer. Wir glauben, daß die Geschichtswissenschaft die Aufgabe hat, mit allen Disziplinen zusammenzuarbeiten, mit den Sozial- und Humanwissenschaften, aber ebenso mit der Biologie und der Medizin.“ (S. 63)

Die Selbstbeschreibungen gestatten einen interessanten Blick hinter die Kulissen von Wissenschaftsorganisation und Macht im französischen Hochschulsystem. Die Autoren, die alle vor ihrer Universitätskarriere als Gymnasiallehrer gearbeitet haben, erinnern an den Anspruch des Historikers, ständig über sein wissenschaftliches Credo und seine Aufgabe als *Erzieher* nachzudenken, ganz in der Tradition von M. Bloch, der in seiner 1940 geschriebenen Analyse der Niederlage Frankreichs sich und den meisten seiner Kollegen das Recht zubilligte, solide wissenschaftliche Arbeiter gewesen zu sein, aber in Zweifel stellte, daß sie ausreichend engagierte Staatsbürger waren, und später in die Reihen der Résistance fand.

Ein Geheimnis des anhaltenden Erfolgs der französischen Geschichtswissenschaft besteht zweifellos darin, daß sich Historiker unterschiedlicher methodischer Grundsätze und politischer *Couleur* nicht voneinander abschöten, sondern ihre Polemiken öffentlich austragen und dadurch interessante Neuansätze für ihre Forschungen finden. Davon zeugt nicht zuletzt die Tatsache, daß es gelang, verschiedene methodische Ansätze und politische Standpunkte in diesem Bd. zu vereinen.

Steffen Sammler

- 1 Die Autobiographie von Ph. Ariès, *Un historien du dimanche*, Paris 1980, steht an Anfang dieser Reihe, jene von P. Chaunu, *Colère contre colère*, Paris 1991, markiert einen vorläufigen Endpunkt.
- 2 M. Agulhon/P. Chaunu/G. Duby/R. Girardet/J. Le Goff/M. Perrot/R. Rémond, *Essais d'ego-histoire*, prés. par P. Nora, Paris 1987.

- 3 Marc Bloch (1886-1944) legte gemeinsam mit Lucien Febvre (1878-1956) 1929 mit der Gründung der „Annales d'histoire économique et sociale“ den Grundstein für eine neue Geschichtswissenschaft, die in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg internationale Bedeutung erlangen sollte. Zur Biographie vgl. C. Fink, *Marc Bloch. A life in history*, New York 1989.
- 4 „Il ne nous reste pour la plupart, que le droit de dire que nous fêmes de bons ouvriers. Avons-nous toujours été d'assez bons citoyens?“ M. Bloch, *Etrange défaite*, Paris 1990, S. 205.

Wolfgang Schwanitz (Hrsg.), Berlin-Kairo: Damals und heute. Zur Geschichte deutsch-ägyptischer Beziehungen, Berlin: 1991, 143 S.

Dieser von dem Berliner Nahostexperten *W. Schwanitz* herausgegebene Bd. ist in mehrfacher Hinsicht ungewöhnlich. Dies betrifft zunächst den inneren Aufbau. Neben den Materialien eines Kolloquiums zur Würdigung von Gamal Abdel Nasser im Rahmen der Deutsch-Ägyptischen Gesellschaft vom September 1990 findet der Leser persönliche und politische Reminiszenzen an die vielfältigen Beziehungen zwischen der DDR und Ägypten, eine interessante Studie von *G. Höpp* zu den ideellen Vorläufern der ägyptischen Revolution von 1952 sowie den vom Herausgeber selbst besorgten, stellenweise geradezu spannenden Artikel „Streng vertraulich? Aus den Akten der Deutsch-Arabischen Gesellschaft 1958-1969“. Ferner enthält der Band diverse Chroniken, Informationen über Ziele und Tätigkeit der Deutsch-Ägyptischen Gesellschaft, eine Literaturübersicht und ein umfangliches Personenregister. Diese nicht unbedingt übliche Mischung erschwert die Einordnung der Arbeit, erstaunlicherweise jedoch nicht ihre Lesbarkeit.

Eine zweite Eigentümlichkeit liegt darin, daß auf den knapp 150 Schriftseiten und in dem kleinen Fototeil über (DDR-) Deutsches fast ebenso viel zu erfahren ist wie über Ägypten. Die dabei vermittelten Informationen sind fast durchweg wichtig, die geistigen Reflexionen lesenswert.

Fertiggestellt im Zeitraum der Vereinigung Deutschlands, erschienen Anfang 1991, widerspiegeln nicht wenige Beiträge oder Passagen die Schwierigkeiten, zumindest aber das Bemühen der Autoren, die raschen und tiefgreifenden historischen Veränderungen im eigenen Land zu verarbeiten. In jedem Fall ist es Herausgeber und Autoren sehr zu danken, daß sie wertvolles Quellenmaterial bewahrt und zu erschließen begonnen haben. Eine Fortsetzung, dann vielleicht in etwas ruhigeren, geordneteren Bahnen, ist diesem empfehlenswerten Band unbedingt zu wünschen.

*Rolf Müller-
Syring*

BBC WORLD NEWS 1990, Jahrbuch für internationale Politik, Hrsg. v. Werner Kastor, Leipzig: Reclam-Verlag 1991, 439 S.

Im Augenblick einer Sättigung des Büchermarktes mit einem Jahrbuch aufzuwarten, ist eine ebenso mutige wie riskante Entscheidung. Denn längst wissen Vermarktungsstrategen der schwarzen Kunst, daß mit unserem Kurzzeitgedächtnis ein Geschäft zu machen ist. Hat ein Einsteiger da überhaupt noch Chancen? Der Leipziger Reclam-Verlag scheint die Frage dankenswerterweise beiseite zu schieben und übernimmt die Publikation des Senders BBC. Journalisten fassen noch einmal die Entwicklung jener Regionen im Jahresüberblick zusammen, die im Zentrum ihrer Korrespondententätigkeit stehen. Aus dieser Anlage

entspringt der vielleicht größte Vorzug des Bandes: die Überwindung einer eurozentristischen Sicht. Die acht Abschnitte des Buches (Afrika südlich der Sahara/Asien und Pazifik/Lateinamerika/Nordamerika/Der Nahe Osten und Nordafrika/Osteuropa/Westeuropa/Sowjetunion) werden auf jeweils wenigen Seiten durch scharfsinnige Analysen und Bewertungen des Gesamtgeschehens eingeleitet. Es schließt sich die Chronologie der Entwicklungen in den einzelnen Ländern an - neben dem politischen Geschehen stehen wirtschaftliche Prozesse im Zentrum. Deutlich knappere Zusammenfassungen gelten drei weiteren Stichworten (Europäische Gemeinschaft/Abrüstung/Vereinte Nationen).

Aus der Gesamtheit der Informationen ergibt sich das Panorama der politischen Geschehnisse des Jahres 1990, und zwar nicht nur als Summe von Einzelereignissen, sondern auch - und hier liegt das Verdienst der Kommentierung - als Entwicklung und Veränderung eines Gesamtorganismus.

Zutreffend weist *Kastor* einführend auf die weltweiten Konsequenzen der dramatischen Ost-West-Veränderungen hin, die zweifellos neben der Golfkrise dem Jahr 1990 das Gepräge gegeben haben: Globale Politik wird sich zunehmend regionalisieren, infolge des Zerbrechens der aus dem Zweiten Weltkrieg und dem Kalten Krieg herrührenden Netzwerke werden ganze Regionen neue Identitäten finden müssen.

Auch wenn uns v.a. die Dynamik des europäischen Geschehens fesselt: in anderen Erdteilen liefen nicht weniger bedeutsame Vorgänge ab. *S. Branford* fällt im Resümee der lateinamerikanischen Entwicklung kein eindimensionales Urteil. Das herausragende politische Signal in der Region war 1990 gewiß die Ablösung der noch bestehenden Militärdiktaturen. Dabei erreichte das Ende der Ära Pinochet in Chile in der Tat die größte Auf-

merksamkeit. Negative Schlagzeilen kamen v.a. aus der Wirtschaft der dortigen Länder. Statt der Annäherung an die westlicher Industrienationen ist die weitere Öffnung der Schere zwischen dieser armen Region und den reichen Teilen der Welt zu verzeichnen. Die kaum vorstellbare Summe von 223 Milliarden Dollar Nettokapitalabführung aus Lateinamerika innerhalb von neun Jahren zeigt schlaglichtartig das tiefgehende ökonomische Desaster. Wohl auch hierauf reagierten große Teile von Wählern in gleich mehreren Ländern: Sie verschmähten die traditionellen Eliten und gaben politischen Außenseitern eine Chance. So bedeutete die Wahl Alberto Fujimoris zum Präsidenten in Peru im Juni 1990 eine faustdicke Überraschung. Und selbst das nikaraguanische Wahlergebnis - der Sieg von Violetta Chamorro - war von Kennern der Region so nicht prophezeit worden.

Man mag dabei im Einzelfall auch anderer Meinung sein als die BBC-Journalisten. Die Kommentierung der Entwicklung in Kuba etwa erscheint anfechtbar - liegt nicht gerade in der so trefflich konstatierten, sehr widersprüchlichen Entwicklung Lateinamerikas auch ein Fidel Castros Politik stabilisierendes Element? Dennoch ist mit dem recherchierten Material zur Entwicklung des Landes eine vorzügliche Quelle zu würdigen.

Nachrichten sind stets an die Tagespolitik gebunden. Wie oft hört man in den täglichen Meldungen von einem „historischen“ Geschehen; kaum ist das Urteil ausgesprochen, ist das Ereignis in Vergessenheit geraten. Gerade hieraus resultiert Skepsis, ob es überhaupt möglich ist, ohne jeden Abstand eine Chronologie tatsächlich relevanter Abläufe zu präsentieren. Doch die Probe aufs Exempel führt ausnahmslos zu positiven Befunden. Es gibt im vorliegenden Buch keine nennenswerte Redundanz, Ereignisse und Personen mit mittelfristiger Wirkung sind verzeichnet. Jeder Historiker

kennt das Problem der langen Entwicklungen, die oft unbeobachtet ablaufen und erst in der Kulmination wahrgenommen werden. Erstklassige Journalisten haben hierfür ein sicheres Gespür. Gerade aus jenen Teilen der Welt, die wir wenig oder gar nicht im Blick haben, scheinen derartige Abläufe hier registriert. Die Handhabbarkeit des Bandes wird durch einige Karten erleichtert.

BBC hat angekündigt, diesen Almanach bis zum Jahre 2001 fortzusetzen. Damit wird Kurs genommen auf ein Kompendium, das die Entwicklung im letzten Jahrzehnt des 20. Jh. flickernlos resümiert wird. Das Angebot des Verlages, Abonnenten schon heute die gesamte Reihe zuzusichern, ist auch in schwierigen Absatzzeiten eine begrüßenswerte Entscheidung.

*Gerald
Diesener*

Autorenverzeichnis

Gerald Diesener, Dr. sc. phil., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig

Susan Graber, Dipl.-Hist., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig

Manfred Kossok, Prof. Dr. phil. habil., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig

Volker Külow, Dr. phil., Seminar für Editionswissenschaft, Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig

Katharina Middell, Dr. phil., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig

Matthias Middell, Dr. phil., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig

Rolf Müller-Syring, Dr. phil., Sektion Afrika-Nahostwissenschaften, Universität Leipzig

Horst Pietschmann, Prof. Dr. phil. habil., Historisches Seminar, Universität Hamburg

Steffen Sammler, Dipl.-Hist., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig

Bernd Schröter, Dr. phil., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig

Michael Zeuske, Dr. phil. habil., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig

**Lateinamerikaforschung im
Programm der
EDITIONS DE LA MAISON
DES SCIENCES
DE L'HOMME PARIS**

**Un théâtre
d'ombres
Libres et
assujettis
Entre le Peuple
et la Nation**

Vertrieb über
CID
131, boulevard Saint-Michel
F-75005 Paris
Tel. (1) 43 54 47 15